



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Inklusive Sonderdoku Garching

Zukunftskongress der CSU-Fraktion:

Der Staat von morgen

Auf ihrem Zukunftskongress in Bamberg erörterte die CSU-Landtagsfraktion das Thema „Staat von morgen - sicher, schlank und bürgernah“. In vier Foren beschäftigten sich die Konferenzteilnehmer mit der Rolle der Kommunen im modernen Staat, mit den künftigen Anforderungen an eine moderne Verwaltung und mit der Frage, wie viel Macht der Staat eigentlich haben sollte.

Der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion, Georg Schmid und Dr. Günther Denzler, Landrat von Bamberg und Bezirksstagspräsident von Oberfranken, beschäftigten sich mit der Frage, „Brauchen die Kommunen mehr Kompetenzen?“ Justizministerin Dr. Beate Merk und Angelika Gifford, Mitglied der Geschäftsleitung von Microsoft Deutschland, beleuchteten mögliche Konsequenzen der Digitalisierung für die Handlungsfähigkeit des Staates. Zum Thema „Innere Sicherheit 2020: Wie viel Macht soll der Staat haben?“ diskutierten Innenminister Joachim Herrmann und Prof. Dr. Christian Pfeiffer, der Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen. „Was erwarten wir von einer modernen Verwaltung“ lautete schließlich das Thema von Finanzminister Georg Fahrenschon und Prof. Dr. Helmut Krcmar von der Technischen Universität München.

Handlungsfähiger Staat

In seiner Begrüßung hatte Landtagsfraktionschef Georg Schmid darauf hingewiesen, dass ein handlungsfähiger Staat für die Zukunft Bayerns und Deutschlands von entscheidender Bedeutung sei. Angesichts der demographischen Entwicklung, der digitalen Revolution und der Herausforderung einer globalisierten Welt wolle die CSU im Gespräch mit den Bürgern ausloten, was der Staat von morgen zu leisten habe und wo seine Grenzen liegen. Der Zukunftskongress der CSU-Landtagsfraktion ist Bestandteil des Bürgerdialogs „Gemeinsam Bayern bewegen“ (siehe auch <http://www.gemeinsam-bayern-bewegen.de>).

Bürger müssen mehr Verantwortung übernehmen

Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier, mahnte, die Bürger müssten in Zukunft mehr Verantwortung für sich, ihre Mitmenschen, den Staat und die Gesellschaft übernehmen. Er warnte die Politik davor, immer mehr Leistungen und andere kostenträchtige Staatsaktivitäten oder Steuersenkungen oder sogar beides gleichzeitig zu versprechen. Papier plädierte für eine Reföderalisierung. Auf politisch kleinräumigere Ebenen wie die Kommunen sollten mehr Kompetenzen übertragen werden.

Immer neue Aufgaben

Dem Staat dürften nicht immer neue Aufgaben aufgebürdet werden, so der Professor. Denn angesichts der hohen Verschuldung und der steigenden Flut von Gesetzen sei dieser an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit gelangt. Mehr Eigenverantwortung der Bürger sei daher die unverzichtbare Voraussetzung für Aufrechterhaltung der per Grundgesetz geschützten Freiheiten, aber auch für die Funktionsfähigkeit des Sozialstaates.

„Wirklich kluge politisch-moralische Führung sehe ich darin, dies der Bevölkerung immer wieder zu vermitteln und nicht etwa darin, das staatliche Füllhorn immer ungenierter zulasten einer dauerhaften Existenz- und Funktionsfähigkeit des demokratischen Staates und damit der Zukunft künftiger Generationen über das Volk zu entleeren“, meinte Papier.

Steigende Gesetzesflut

Eine steigende Gesetzesflut und damit einhergehende neue Verordnungen von Bund, Ländern und nicht zuletzt der Europäischen Union erforderten im Vollzug nicht nur immense weitere Kosten, sondern führten auch zu einem Vollzugsdefizit, kritisierte Papier. Die fatale Konsequenz sei, dass das Rechtsbewusstsein der Bürger schwinde. Andererseits werde der falsche Eindruck erweckt, der Staat könne mittels Gesetzen und Bürokratie alle Probleme der Gesellschaft lösen. Beides führe zu mehr Politikverdrossenheit. **DK**

TU München in Garching:

„Tourismus für alle“

Tagung der Vereinigung Kommunalen Interessenvertreter von Menschen mit Behinderung in Bayern

Eine Lücke in ihrem Serviceangebot für Menschen mit Behinderungen hat die VKIB mit ihrer Tagung an der TU München in Garching geschlossen. 1. Vorsitzender Herbert Sedlmeier und Waltraud Joa, die kommissarische Leiterin des Fachbereichs „Tourismus“ in der VKIB, freuten sich über den regen Teilnehmerzuspruch und die Anwesenheit hochkarätiger Referenten. Prof. Dr. Veit Senner, Leiter des Lehrstuhls für Ergonomik an der TU München-Garching, bekräftigte die Notwendigkeit, mit den Betroffenen ins Gespräch zu kommen, da sein Institut die wissenschaftlichen Basisforschungen für einen barrierefreien Tourismus leisten soll.

In ihrer Begrüßung beschrieb die Behindertenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Ingrid Badura, kurz ihre Aufgaben. Ihr Appell: „Wir müssen weg von behindertenbezogenen Spezialisierungen, da ein barrierefreies Design in allen Lebensbereichen auch allen Menschen nützt. Vor allem aber müssen die Barrieren in den Köpfen überwunden werden.“

Dr. Otto Ziegler, Referatsleiter

Tourismus im Bayerischen Wirtschaftsministerium, stellte mit zahlreichen Beispielen, Zahlen und Argumenten das Zusammenspiel von fünf Erfolgsfaktoren für die zukünftige Entwicklung des Fremdenverkehrs in Bayern in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Sowohl der Umfang der privaten Investitionsbereitschaft als auch die Anreize durch staatliche Wirtschaftsförderung stellten wichtige Faktoren für eine nachhaltige Weiterentwicklung dar. Entscheidende Impulse würden aber auch der demografischen Entwicklung, dem Wandel des Tourismusverhaltens und dem Marketing in Bayern zugeschrieben. „Der Gast muss Wertschätzung erfahren und sich an seinem Urlaubsort willkommen fühlen“, stellte Ziegler als Grundanliegen von „Tourismus für alle“ heraus.

Barrierefreiheit

Erwin Pfeiffer, Ressortleiter Touristische Services beim ADAC, erinnerte daran, dass seine Organisation sich bereits seit Jahren mit dem Thema „Barrierefreiheit“ (Fortsetzung auf Seite 4)

► Gemeindlichen Umsatzsteueranteil erhöhen.
► Grundsteuerreform vorantreiben, Aufkommen verbessern.
2. Ausgaben reduzieren. Nicht hinnehmbar ist, dass die Kommunen mit den Sozialausgaben in großem Maße gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgaben finanzieren und im Wesentlichen keinen Einfluss auf diese Ausgaben haben. Die Kommunen müssen insbesondere bei den Kosten der Unterkunft für Hartz IV-Empfänger, der Eingliederungshilfe für Behinderte und bei der Grundsicherung im Alter entlastet werden.

Kosten der Unterkunft: Faire Lastentragung zwischen Bund und Kommunen!

► Keine Absenkung, sondern Erhöhung der Bundesbeteiligung.
► Änderung der Anpassungsformel unter Zugrundelegung der tatsächlichen Kosten.
► Zusammenlegung von Unterkunftskosten und Wohngeld.
► Pauschalierung vorsehen, Bürokratiekosten einsparen.

Eingliederungshilfe für Behinderte: Versicherungslösung mit einem bundesfinanziertem Leistungsgesetz
► Das Risiko einer Behinderung ist – ebenso wie die Pflegebedürftigkeit – ein allgemeines Lebensrisiko. Daher sollte zur teilweisen Abdeckung dieses Risikos ein Versicherungsschutz des Einzelnen eingeführt werden, der organisatorisch mit der Pflegeversicherung verbunden wird.
► Als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wird ergänzend ein bundesfinanziertes Leistungsgesetz für (Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von **Sabrina**



Auch der Bürgermeister gehört zu denjenigen, die der WM doch etwas hinterhertrauern. Besonders vom Optimismus, der Dynamik, aber auch der Fairness der Mannschaft schwärmt er jetzt noch. Deshalb fände es der Chef der Vorzimmerperle auch großartig, einen Teil der allgemeinen Euphorie ins restliche Jahr hinüber zu retten. **S. 11**

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Hauptschulen werden Mittelschulen	2
Neues Dienstrecht	2
GZ-Kolumne Stefan Rölle: Den Benediktinern auf der Spur	3
Breitbandausbau ist in vollem Gange	3
Transparenz schafft Vertrauen	4
GZ-Fachthemen: Kommunalfahrzeuge	5-7
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	8/9
Aus den bayerischen Kommunen	10-12
GZ-Spezial: Energie für Bayerns Kommunen	... II/1-II/12

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Das hat noch nicht einmal Hollywood geschafft: Techniker aus Ostbayern haben den größten Roboter der Welt gebaut, der beim „Drachenstich“ in Furth im Wald als furchterregendes Fabelwesen Zehntausende von Besuchern begeistern wird. Er ist aber nicht nur der neue, umjubelte Hauptdarsteller des ältesten Volksschauspiels Deutschlands, sondern auch eine technische Sensation: In neunjähriger Planungs- und Bauzeit haben Elektronik- und Maschinenbauspezialisten aus Ostbayern den größten, auf vier Beinen laufenden Roboter der Welt erschaffen. **Foto: Furth im Wald**

Hauptschulen werden Mittelschulen

**Landtag beschließt neues Konzept für den Weg zur mittleren Reife
FDP bekennt sich mit Vorbehalt zur Bildungspolitik der Koalition**

Bildung durch individuelle Förderung statt in Einheitsschulen bleibt für Staatsregierung und Koalition ein Leitmotiv der Politik. Die Verabschiedung einer Neufassung von Erziehungs- und Schulfinanzierungsgesetz zum 1. August in diesem Sinne, ergänzt durch eine Regierungserklärung von Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle (CSU), waren zentrales Thema der letzten Plenarsitzungen des Landtags vor den Sommerferien. In der Praxis beginnt im neuen Schuljahr die Weiterentwicklung der Hauptschule zur Mittelschule mit dem Ziel eines mittleren Schulabschlusses auf dem Niveau der Realschule. Für Schüler, Eltern und Schulträger, darunter Kommunen und private Träger, ergeben sich organisatorische und kostenträchtige Folgerungen.

„Wir sind auf einem ambitionierten Weg“, fasste der Minister am Tag nach der Gesetzesverabschiedung – mit den Stimmen der Koalition gegen die der Opposition – die zweitägige Diskussion zusammen. Mit dem bewährten differenzierten Bildungssystem würden die Chancen aller Kinder verbessert. Spaenle stützte seine Regierungserklärung auf den Ländervergleich 2009, bei dem Bayerns Schulsystem in allen Schularten die besten Plätze erhalten hat. Er versicherte, die Neuerungen im Haupt- und Realschulbereich seien für weitere Verbesserungen offen. Die 5. Klasse als Gelenkklassse mit Intensivierungsstunden in Deutsch, Englisch und Mathematik sei ein wesentlicher Schritt nach vorn. Nachholbedarf sah der Minister vor allem für Kinder mit Migrationshintergrund.

Vorbehaltlose Zustimmung

Die Zustimmung zum Konzept war seitens der CSU vorbehaltlos. Der große Erfolg Bayerns im Ländervergleich beschreibe zugleich Handlungsaufträge für die Politik, konstatierte Georg Eisenreich, der Vorsitzende des CSU-Arbeitskreises Bildung, Jugend und Sport. Die FDP-Sprecherin Renate Will sprach dem Minister zwar das Vertrauen aus, verhehlte jedoch nicht, dass ihre Partei im Koalitionsvertrag manchen Kompromiss geschluckt habe und nicht alle Initiativen ihrer Partei in dieser Legislaturperiode verwirklicht werden könnten. Persönlich bekannte sie sich zur sechsstufigen Grundschule. Die FDP werde aber die Bildungspolitik gemeinsam mit der CSU weiterführen. Von Staatsregierung und CSU unkommentiert

blieb Wills Empfehlung, die Zuständigkeit für Kinderkrippen und -gärten aus dem Sozial- ins Kultusministerium zu verlagern.

SPD, Grüne und Freie Wähler blieben dabei, die Schulpolitik der Koalition sei falsch oder zumindest Stückwerk. Die guten Ergebnisse im Ländervergleich, so der SPD-Bildungssprecher Hans-Ulrich Pfaffmann, seien nicht als Erfolg der Staatsregie-

rung zu werten, sondern dem Engagement und der Kompetenz von Eltern und Lehrern geschuldet. Die Gelenkklassse sei „der Schmarren des Jahres“. Dadurch werde der Leistungsdruck nur auf die fünfte Klasse ausgedehnt. Notwendig seien die Gesamtschule und die Ganztagsbildung.

Ganztagschule

Die Ganztagschule bleibt für Staatsregierung und Koalition wichtiger Bestandteil der Weiterentwicklung. Spaenle betonte, es müsse sie überall geben. Von den 979 Hauptschulen haben demnach die meisten schon entsprechende Angebote, die aber noch nicht in vollem Umfang realisiert werden können. Die Teilnahme am Mittelschulkonzept sei freiwillig. Der Minister räumte ein,

Bürgermeister werden vorab informiert:

Beim Digitalfunk können alle mitreden

Innenministerium hält Regionalkonferenzen und empfiehlt Bürgerversammlungen

Es bleibt dabei: Das Digitalfunknetz in Bayern soll ab 2013 so gut wie überall zur Verfügung stehen und die Kommunikation von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten erheblich verbessern. Noch müssen laut Innenministerium 375 von 945 geplanten Standorten für die Funkmasten gefunden werden. Um das Verfahren transparenter zu machen, haben Regionalkonferenzen mit Staatssekretär Gerhard Eck (CSU) in den Landkreisen begonnen. Bei Bedarf soll es auch Bürgerversammlungen geben.

Das Ministerium geht damit auf die Schwierigkeiten und Proteste aus der Bevölkerung ein, die von Funkmasten und Funktechnik gesundheitliche und landschaftliche Schäden befürchtet. So der ministerielle Projektleiter Oberregierungsrat Wolfgang Zacher im Auftrag des Staatssekretärs im Innenausschuss des Landtags, der einen Bericht angefordert hatte. Digitalfunkstandorte fehlen insbesondere noch in bergigen Gegenden wie in den Alpen und im Bayerischen Wald.

Die für die Akquise zuständige Firma Telent aus Backnang wurde angewiesen, die Bürgermeister persönlich zu informieren, wenn in ihrer Gemeinde ein Standort in Betracht gezogen wird.

Zeitplan wird eingehalten

Zacher wies auf die vertragliche Verpflichtung der Firma hinsichtlich des Zeitplanes hin. Bei Überschreitungen seien Strafzahlungen fällig. Eck hatte schon vor der Ausschusssitzung bestätigt, dass es bei der Einführung des Digitalfunks „eine kleine Delle“ gebe. Er zeigte sich jedoch zuversichtlich, den Zeitplan einhalten zu können. Der Freistaat will zusätzlich zu den Bundesmitteln bis 2021 etwa 772 Mio. Euro in den Digitalfunk investieren. Über die Kosten war Ende letzten Jahres ein Kompromiss zwischen Freistaat, Kommunen und Rettungsdiensten erzielt worden. Letztere sollen nur zu 20% an den Anschaffungskosten der Geräte beteiligt werden. Heuer stellt Bayern 65 und nächstes Jahr 75 Mio. Euro bereit.

dass nicht für alle Schulen Standortgarantie bestehe.

Zusätzliche Kosten

Auch an diesem Punkt hakte die Opposition ein. Das bedeute, dass nicht der Staat sondern die Schulträger die zusätzlichen Kosten aufbringen müssen. Nach Pfaffmanns Informationen sind 700 Schulstandorte schon abgehakt. Kein Grund zum Jubeln gebe es auch bei den Ganztagsangeboten. Der Zuwachs von 206 Ganztagsklassen im kommenden Schuljahr entspreche bei insgesamt knapp 53 000 Klassen einem Plus von 0,3%. Günther Felbinger (FW) warnte vor neuen Belastungen der Kommunen.

Seine Fraktionskollegin Eva Gottstein forderte ein Ende der Strukturdebatten, mehr Lehrer und kleinere Klassen. Die Freien Wähler prüfen eine Verfassungsklage wegen unterschiedlicher Chancen für Kinder und Eltern. Ähnliche Überlegungen gibt es in der SPD, wie Martin Güll mitteilte. Thomas Gehring (Grüne) sprach von einem Gesetzeswerk der vertanen Chancen. Für Ganztagschulen müsse es einen Rechtsanspruch geben wie auch für das erste Kindergartenjahr. **rm**

Im Ausschuss wurde die öffentliche Beteiligung an der Standortsuche einhellig begrüßt. Die Geheimhaltung sei auf unüberhörbare Kritik bei Kommunen und Bürgern gestoßen, berichtete Helga Schmitt-Bussinger (SPD). Der so angerichtete Flurschaden sei bis heute nicht geheilt. Für die Regierungskoalition bestätigte Dr. Andreas Fischer (FDP), solche Projekte ließen sich nur mit weitgehender Akzeptanz der Bevölkerung durchsetzen. **rm**

Fitmachen für längerfristigen Betrieb:

Vorrang für Sicherheit

Kernkraftwerk Gundremmingen investiert 20 Millionen Euro

Bei einem Pressegespräch in Gundremmingen wurde über die erste große Modernisierungsrevision zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Anlage informiert. Der Technische Geschäftsführer Dr. Helmut Bläsig betonte, dass die deutsche Sicherheitsphilosophie zum Betreiben von Kernkraftwerken weltweit unbestritten als beispielhaft gilt: „Mit der jetzigen umfangreichen Jahresrevision wollen wir beginnen, ein großes Modernisierungsrad zu drehen, wie zum Beispiel die Umrüstung auf digitale Technik.“

Ziel sei vor allem, das Kraftwerk für einen längerfristigen Betrieb fit zu machen: „Wir müssen davon ausgehen, dass unsere sicheren Kernkraftwerke noch länger als derzeit festgeschrieben ihren umweltfreundlichen, das Klima schonenden Beitrag zur Stromversorgungssicherheit in Deutschland leisten werden.“

Für die jetzige, bis in den Au-

Landtag ändert 15 Gesetze:

Neues Dienstrecht

**„Leistung vor Laufbahndenken“
Pensionsalter steigt auf 67 Jahre**

Nach intensiven Beratungen hat der Landtag das noch von Finanzminister Erwin Huber vor zwei Jahren angekündigte, neue Dienstrecht für Bayerns Beamte verabschiedet. Ab Januar 2011 soll Leistung vor Laufbahndenken stehen. Materiell besser gestellt werden die unteren und mittleren Besoldungsgruppen. Die Pensionsgrenze steigt andererseits auf das 67. Lebensjahr. Der amtierende Finanzminister Georg Fahrenschon (CSU) sprach von einem historischen Schritt nach vorn. Er erwartet weitere Leistungssteigerung im Interesse des Staates sowie seiner Bürgerinnen und Bürger.

Das neue Dienstrecht gibt laut Fahrenschon konkrete Leistungsanreize und dem Freistaat alle Instrumente moderner Personal- und Verwaltungsführung. Im Endausbau rechnet der Minister mit 240 Mio. Euro finanziellem Aufwand, dem eine Entlastung durch Anhebung der Altersgrenze in beträchtlicher Höhe gegenüberstehen werde. Praktisch stehe eine Null unter dem Kostenstrich. Für die Koalition begrüßte Berichterstatterin Ingrid Heckner (CSU), die Vorsitzende des federführenden Ausschusses für den öffentlichen Dienst, die Änderung von 15 einschlägigen Einzelgesetzen. Die Opposition hatte zahlreiche Änderungsanträge vorgelegt. Änderungen der Regierungsvorlage vom Januar dieses Jahres wurden auch von CSU und FDP vorgelegt und beschlossen, wozu Prof. Georg Barfuß (FDP) im Plenum einräumte, dass nicht alle Änderungsvorschläge seiner Fraktion berücksichtigt worden seien. Die Praxis werde das korrigieren.

Viele Probleme

Mitberichterstatter Stefan Schuster (SPD) sprach von sozialer Unausgewogenheit des neuen Rechts. Viele Probleme im öffentlichen Dienst würden nicht verbessert, sondern sogar noch verschärft. Adi Sprinkart (Grüne) rechnet mit einer finanziellen Schlechterstellung zahlreicher Staatsdiener. Die optimistische Kostenbeurteilung des Ministers teilte er nicht, sondern er vermu-

tete, dass kostenträchtige Teile der Reform nicht verwirklicht würden. Die Oppositionsanträge wurden von Plenum wie zuvor in den Ausschüssen abgelehnt.

Flexibilisierung des Laufbahnsystems

Eine der entscheidenden Neuerungen ist laut Minister und Koalition die Flexibilisierung des Laufbahnsystems. Im einfachen, mittleren und gehobenen Dienst sollen die Laufbahngruppen durch eine einzige Laufbahn ersetzt werden. Die Zahl der bisher über 300 Fachlaufbahnen soll stark verringert werden. Leistungsprämien wird es Sinne des Prinzips weiterhin und auch verstärkt geben. Versorgungsrechtlich werden schule und lesbische Staatsdiener in eingetragener Partnerschaft mit verheirateten gleichgestellt.

Zum Zeitplan des ohnehin nur sukzessiv einzuführenden neuen Dienstrechts bestätigte der Minister, man werde zunächst die November-Steuerschätzung abwarten und dann entscheiden, in welchem finanziellen Umfang die Reform bereits nächstes Jahr umgesetzt werde. Maßgebend sei die Verantwortung gegenüber den Steuerzahlern. Insgesamt sind laut Fahrenschon 314.000 im öffentlichen Dienst Beschäftigte, davon 219.000 Beamte, betroffen. Dazu kommen derzeit 112.000 Versorgungsempfänger. Auch im kommunalen Bereich wird die Reform Auswirkungen haben. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Klaus Hümmer
95488 Eckersdorf
am 27.7.

Landrat Eberhard Irlinger
91052 Erlangen
am 28.7.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Müller
93464 Tiefenbach
am 5.8.

Bürgermeister Georg Heilmaier
85469 Walpertkirchen
am 9.8.

Bürgermeister Dieter Klein
92724 Traitz
am 9.8.

Bürgermeister Joachim Wagner
84375 Kirchdorf am Inn
am 29.7.

Bürgermeister Johann Thurner
82291 Mammendorf
am 29.7.

Bürgermeister Martin Rauscher
96489 Niederfüllbach
am 30.7.

Bürgermeister Franz Stumpf
91301 Forchheim
am 31.7.

Oberbürgermeister

Ingo Lehmann
86899 Landsberg am Lech
am 31.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Kirchmaier
83558 Maitenbeth
am 2.8.

Bürgermeisterin Ursula Mayer
85635 Höhenkirchen-Siegertsbrunn
am 31.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wolfgang Blum
97773 Aura i. Sinngrund
am 2.8.

Bürgermeister Bernhard Kerler
87730 Bad Grönenbach
am 3.8.

Bürgermeister Uwe Giebl
88145 Hergatz
am 8.8.

Oberbürgermeister

Dr. Ulrich Maly
90403 Nürnberg
am 8.8.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Thomas Schwarzenberger
82494 Krün
am 8.8.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



Mit dem Kran wurden die Pressevertreter im Kernkraftwerk Gundremmingen über die Turbine und den Generator im Maschinenshaus gefahren. Bild: jdt

E-Plus:

Breitbandausbau ist in vollem Gang

Die Bayerische Gemeindezeitung im Gespräch mit dem Mobilfunkanbieter

Im Mai diesen Jahres endete die Versteigerung verschiedener Funkfrequenzen durch die Bundesnetzagentur. Dabei standen die ehemaligen Rundfunkfrequenzen im 800-MHz-Bereich („Digitale Dividende“) in Verbindung mit dem Einsatz der vierten Mobilfunkgeneration (LTE) im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit – nicht zuletzt wegen der politischen Diskussion um die Versorgung der sogenannten „weißen Flecken“ im ländlichen Raum mit schnellen Internetzugängen: Dort können Funklösungen als Alternative zum Festnetz eingesetzt werden. Unser Gespräch mit Pressesprecher Martin Reinicke und Technik-Regionalleiter Stefan Schuhbauer zeigt hingegen, dass die allgemeine Bedeutung der mobilen Breitbandversorgung durch Mobilfunkstationen dabei zu Unrecht in den Hintergrund geraten ist.

GZ: Von E-Plus haben wir selten etwas zum Thema Breitbandversorgung und schnelles Internet gehört. Vollzieht Ihr Unternehmen gerade einen strategischen Schwenk?

Reinicke: Nein, ganz und gar nicht. Es bleibt unsere Strategie, eine sich etablierende Kundennachfrage mit flexiblen und preislich sehr attraktiven Angeboten zu bedienen. Vor fünf Jahren war das Thema „mobiles Internet“ noch kein großes Thema für unsere Kunden. Heute wandelt sich das und darauf stellen wir uns ein.

GZ: Welche Bedeutung haben dabei die Frequenzen, die die E-Plus Gruppe kürzlich ersteigert hat?

Schuhbauer: Wir haben unser Frequenzspektrum im Bereich 1800 MHz und 2000 MHz verdoppeln können und werden mit dessen Einsatz die schnell aufwachsende Nachfrage nach mobilem Internet und mobilen Datenlösungen bedienen, die durch die begehrten Smartphones und die günstigen Tarife entsteht.

GZ: Sehen Sie in Funklösungen eine Alternative zur DSL-Versorgung über Glasfaserkabel?

Reinicke: Wir sind der Auffassung, dass derzeit bei mobilen Datendiensten eine Massennachfrage entsteht, die sich überwiegend unabhängig von den jeweiligen lokalen Festnetzangeboten entwickelt und die wir bedienen werden. Die Diskussion, ob eine Gemeinde einen Breitbandanschluss per Festnetz oder per Funk erhalten soll, müssen wir als Mobilfunkanbieter nicht führen und wird in Zukunft keine Relevanz mehr haben. Der jüngste Bericht der Bundesnetzagentur zur stetig wachsenden Nachfrage nach mobilen Datendiensten zeigt das sich verändernde Kundenverhalten ganz klar auf.

GZ: Benötigen Sie für Ihre Pläne viele neue Mobilfunk-Standorte?

Schuhbauer: Nein eigentlich nicht. Wir gehen davon aus, dass wir in ca. 90 % der Fälle bestehende Standorte mit neuer Technik ausrüsten können. Zusätzlich werden einige neue Standorte entstehen, die wir mit den Kommunen abstimmen. Außerdem sind bei einem weit ausgebauten Netz immer einige Stationen zu ersetzen.

GZ: Wollen Sie dabei auch schon den neuesten Mobilfunkstandard LTE (Long Term Evolution) einsetzen?

Reinicke: Wir bleiben unserer Strategie treu, die richtige Technik zur richtigen Zeit einzusetzen.

Jubiläumsbuch zum 90-jährigen Bestehen der Bayerischen Verwaltungsschule

Ende Juni feierte die Bayerische Verwaltungsschule im Rahmen eines Festakts ihr 90-jähriges Bestehen. Für alle, die dem Haus verbunden sind, brachte der Vorstand Dr. Josef Ziegler ein Jubiläumsbuch heraus. Das 98-seitige Jubiläumsbuch umfasst drei Teile über die BVS: Rückblick, Einblick und Ausblick.

Alle Informationen zum Jubiläum und zum kostenlosen Jubiläumsbuch sind im Internet unter www.90jahre-bvs.de zu finden.

Auch ohne LTE-Standard sind heutzutage mit modernster UMTS-Technik Spitzenraten von über 20Mbit/s erreichbar. Ausgehend von den derzeitigen Nutzeranforderungen gibt es noch viel Potential auszuschöpfen, bis die Grenzen der UMTS-Technik erreicht sind.

GZ: Manche Kommunen versuchen, die Standorte von Mobilfunkanlagen mit sogenannten „Standortkonzepten“ zu steuern. Was halten Sie davon?

Schuhbauer: Sofern mit 'Standortkonzepten' politische Festlegungen auf einige wenige kommunal akzeptierte Mobilfunkstandorte gemeint sind, so basieren diese auf zwei Missverständnissen: Zum einen der Einschätzung, ein Mobilfunkanbieter würde

kommunale Vorschläge im Rahmen des üblichen Dialogs – wie im bayerischen Mobilfunkpakt verankert – ohne gute Gründe ablehnen und so unnötige Akzeptanzprobleme riskieren. Leider gibt es für unseren räumlichen Kompromisspielraum technische und wirtschaftliche Grenzen. Zum anderen haben wir ja gerade erklärt, wie dynamisch sich die Mobilfunkwelt verändert. Da dies auch Auswirkungen auf die notwendigen Standorte hat, sind Festlegungen in Form von Konzepten – selbst wenn sie bisweilen auch einzelne brauchbare Standortvorschläge enthalten – oftmals schnell veraltet. Dann haben die kommunalen Mandatsträger im besten Fall das Problem, dass sie Steuergelder für ein Standortergebnis ausgegeben haben, dass auch kostenlos im Rahmen des Dialogs nach Mobilfunkpakt zu erreichen gewesen wäre. Im schlechtesten Fall sind alle Beteiligten unzufrieden und wir als Anbieter werden gezwungen, die Versorgung der Menschen durch das Einlegen von Rechtsmitteln zu erreichen – dann meist mit Verzögerung und zum Nachteil der Kunden.

GZ: Wir danken Ihnen für das Gespräch.

Würzburg:

Obst und Gemüse ums Eck

Bayerischer Nahversorgungstag diskutiert den Strukturwandel im Lebensmitteleinzelhandel

Lebensmittel zu Fuß einzukaufen wird schwieriger, zeigt eine Studie der Münchner CIMA Beratung und Management GmbH. Im Jahr 2007 mussten erst rund acht Prozent der Bundesbürger mehr als fünf Kilometer zum nächsten Lebensmittelmarkt fahren. Im vergangenen Jahr stieg die Quote auf fast 11,5 Prozent. Konsequenzen aus dieser Entwicklung wurden beim Bayerischen Nahversorgungstag mit rund hundert Vertretern von Kommunen und Kammern, mit Einzelhändlern und Marketingexperten diskutiert.

„Der von der CIMA aufgezeigte Trend wird sich fortsetzen“, ist Hermann Lück vom Bayerischen Wirtschaftsministerium überzeugt. Der harte Wettbewerb und die engen Margen des Lebensmittelhandels erforderten heute höhere Mindestbetriebsgrößen: „Kleinere Geschäfte sind zunehmend nicht mehr überlebensfähig.“ Im derzeit fortgeschriebenen Landesentwicklungsprogramm (LEP) solle dieser Entwicklung Rechnung getragen werden.

Zulassungsprobleme

Bisher dürfen keine größeren Märkte im ländlichen Raum, in Klein- und Unterzentren angesiedelt werden – außer, so eine Bestimmung aus dem Jahr 2006, die Lebensmittelversorgung in dem betreffenden Ort ist bereits vollständig zusammengebrochen. In Anspruch genommen wurde diese Möglichkeit bislang jedoch kaum. Bei den aktuellen Diskussionen im Zuge der LEP-Überarbeitung zeichnet sich dennoch ei-

ne breite Zustimmung dafür ab, künftig überall Märkte in Mindestgrößen zuzulassen.

Inzwischen seien acht Millionen Menschen in Deutschland beim Einkauf von Waren des kurzfristigen Bedarfs unterversorgt, konstatierte Michael Krüner, Präsident des Handelsverbandes Bayern (HDE). Ältere Menschen, Frauen und Männer mit Handicap sowie junge Familien litten unter dem Trend zur Errichtung von Einzelhandelsagglomerationen. Zum konkreten Versorgungsengpass gesellt sich ein soziales Problem: Für nicht wenige ältere Menschen sei der tägliche Einkauf der „einzige Draht zur Außenwelt“.

Konzentrationsprozess im Lebensmitteleinzelhandel

Bundesweit haben es nahezu 45 Prozent aller Menschen über 65 Jahre weiter als 500 Meter zum nächsten Lebensmittelladen, bestätigte CIMA-Projektleiter Christian Hörmann. Damit seien Senioren die eindeutigen Verlierer des Konzentrationsprozesses im Lebensmitteleinzelhandel. CIMA-Untersuchungen zufolge stehen diese Konsumenten andererseits nicht alleine da mit ihrer Forderung nach wohnortnaher Versorgung. „Nähe“ sei für viele Verbraucher ein wichtiger Grund, warum sie sich für ein bestimmtes Geschäft entscheiden. Gewünscht wird ferner, dass sich der Lebensmittelmarkt nicht isoliert an der Peripherie befindet. Märkte ge-

GZ Kolumne Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

wir diskutieren voller Inbrunst und mit großem Einsatz über die Kindergarten- und Schulsituation, über Arbeitsplätze und Infrastruktur, Bauprogramme und Kommunalfinanzen. Vergessen wir nicht manchmal, mehr an die Tugenden und Grundwerte unserer christlich geprägten Heimat zu denken? Müssen wir uns nicht öfter bewusst machen, was unsere Wurzeln, die Verbundenheit zur Familie, das Miteinander und den eigenen Lebensmittelpunkt ausmachen?

Ein Gespräch, das die Zukunftscommission, der ich angehöre, mit dem Abt von St. Bonifaz in München und Kloster Andechs, Dr. Johannes



Den Benediktinern auf der Spur

Eckert, führte, hat mir dies wieder einmal deutlich gezeigt.

„Die Benediktsregel und ihre Aktualität für unsere heutige Zeit“ war unser Thema. Die Mönche des Benediktinerordens bewegen sich im Spannungsfeld zwischen Tradition und Innovation. Dabei sind die Prinzipien, die der heilige Benedikt – wohlgerichtet im 6. Jahrhundert – festlegte, für sie hilfreich. Auch die Politik kann sich daran orientieren!

Eine Parallele zwischen den Benediktinern und unserer Politik ist das Denken und Leben im Miteinander mit der klaren Vorgabe, dass Entsch-

winnen an Attraktivität, wenn sich in ihrer Nähe andere Dienstleister, Läden oder Gesundheitseinrichtungen befinden.

Wohnortnahe Versorgung

Um die wohnortnahe Versorgung zu verbessern, werden in zahlreichen Orten Bayerns kleine Dorfläden von oft nur wenigen Quadratmetern Fläche gegründet. Viele von ihnen florieren trotz ihrer geringen Größe. Einige hartnäckigen Vorurteile machen den Nachbarschaftsläden allerdings zu schaffen, so Wolfgang Gröll, Unternehmensberater, der Dorfläden an den Start verhilft. Eines der hartnäckigsten Vorurteile lautet: „Groß ist billig.“ Mit dem für Dorfläden negativen Umkehrschluss: „Klein ist teuer.“

Gröll beteuert: „Das ist nicht der Fall.“ Zumal dann nicht, wenn der Benzinverbrauch für die Fahrt zum Discounter in die Kalkulation einbezogen wird. Hinzu kommt, dass in Dorfläden mit ihrem abgespeckten Sortiment bewusster eingekauft wird, was ebenfalls den Geldbeutel schont. In jedem Fall bleibt das im Dorfladen erwirtschaftete Geld in der Gemeinde selbst. Auch würden neue Arbeitsplätze geschaffen.

Frische Waren

Dorfläden sind laut Gröll dann erfolgreich, wenn sie frische Waren wie Obst und Gemüse, Wurst, Fleisch und Fisch attraktiv anbieten. Geschätzt werden außerdem regionale Produkte sowie Biowaren, ein individuelles Gesicht des Ladens als Gegenentwurf zur Einheitlichkeit der Discounter sowie eine Kommunikation fördernde „Wohlfühlatmosphäre“. Von untergeordneter Bedeutung sei die Größe des Geschäfts. Auch kleine, innovative Dorfläden können Rendite abwerfen. Vor allem dann, wenn die Macher es schaffen, die Bevölkerung für das dorfeigene Projekt zu begeistern.

Noch kaum bekannt in Bayern ist der in Frankreich inzwischen verbreitete Betriebstyp des „Extremdiscounters“, der auf die Überproduktion von Lebensmitteln reagiert. Laut Markus Wotrub, Leiter der Abteilung Standortforschung bei der BBE Handels-

beratung GmbH, werden bis zu 20 Prozent der in und für Deutschland hergestellten Lebensmittel wegge- worfen. Extremdiscounters nehmen sich dieser Waren in umge-

dungen „von unten“ wachsen müssen, d. h. von der kleineren Einheit her. Im Orden äußert sich das praktisch in einer großen Autonomie der Klöster; in der Politik sprechen wir vom Subsidiaritätsprinzip.

Die Grundüberzeugungen des heiligen Benedikt faszinieren mich in Bezug auf ihre Gemeinsamkeit mit Politik und Demokratie. Dabei ist zu bedenken, dass Prinzipien und Werte orts-, kultur- und zeitgemäß verstanden und umgesetzt werden müssen.

Die Benediktsregel hat bis heute nichts von ihrer Aktualität verloren. Modern übersetzt geht es also um Menschenführung im Dialog und in der Gemeinschaft. Das Gehorsamsgebot ist auszulegen als gegenseitiges Zuhören und nicht im Sinne des bedingungslosen Gehorchens. Kommunikation versteht sich als verständiges und verständliches Erklären und Führung geschieht durch Vorbildfunktion im Reden und Handeln.

Tradition und Innovation bedeutet demnach sowohl bei den Benediktinern als auch für uns: Das Gute bewahren, Traditionen fortführen, wenn sie einem guten Zweck dienen. Und wenn der ursprüngliche Zweck entfallen ist, die Tradition aber als schön und erhebbend empfunden wird, ist sie auch gerechtfertigt.

Trotz des öffentlich wahrnehmbaren Ringens der Politik und der Parteien um die richtigen politischen Antworten auf Sachfragen haben ethische Fragen einen höheren Stellenwert, als man manchmal einräumt, sind wichtig und prägen unsere Kultur.

Ihr Stefan Rößle

Gemeindetagspräsident Brandl zu Sicherheitswachten:

Gelebte Zivilcourage

Hohes Ansehen in der Bevölkerung

„Die kommunalen Sicherheitswachten in bayerischen Städten und Gemeinden haben sich bewährt“, sagte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl. „Ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger zeigen durch ihre Präsenz auf Straßen und Plätzen Zivilcourage und vermitteln ein Gefühl von Sicherheit. Dafür gebührt ihnen der Dank der Gesellschaft.“

Er betonte, dass der Bayerische Gemeindetag das Konzept kommunaler Sicherheitswachten unterstützt habe. „Hinschauen statt wegschauen muss die Devise sein. Der weitverbreiteten Mentalität des ‘Das geht mich doch nichts an’ muss durch sichtbare Präsenz engagierter Bürger entgegengewirkt werden.“

Erlaubniserteilung

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat den Bürgermeistern von Burghausen, Krumbach, Penzberg und Schongau jüngst mitgeteilt, dass sie Sicherheitswachten gründen dürfen.

Sommerhitze:

Brände leicht vermeidbar

Angesichts der derzeitigen extremen Sommerhitze und der erheblich gestiegenen Brandgefahren in Wald und Flur bittet der Bayerische Gemeindetag die Bürgerinnen und Bürger, mitzuhelfen, dass Brände nicht entstehen.

„Jeder kann dazu beitragen, dass die Feuerwehren nicht vermehrt ausrücken müssen“, sagte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl. „Rechtzeitiges Melden von Bränden gehört hierbei ebenso dazu wie sorgfältiges Verhalten im Freien. Wer achtlos eine Zigarette wegwirft, kann damit bereits die Ursache für einen Flächenbrand legen.“

Erhöhte Alarmbereitschaft

Lagerfeuerromantik am Waldesrand mag verlockend klingen – ein umher fliegender Funke reicht aus, um den Wald zu Asche zu

nutzten Altimmobilien an. Hier tun sich dem Geographen zufolge neue Chancen für Kommunen mit geringer Kaufkraft und hohem Leerstand auf.

Pat Christ

Damit steigt die Zahl der Sicherheitswachten in Bayerns Städten und Gemeinden auf 63.

Unterstützung der Polizei

Sicherheitswachten unterstützen die örtliche Polizei durch Anwesenheit auf Straßen und Plätzen. Sie sind Ansprechstellen für die Bürger, denen beispielsweise fehlerhaftes Verhalten von Personen aufgefallen ist oder die Missstände, wie Verunreinigungen im öffentlichen Raum, melden wollen. Sicherheitswachten sprechen gezielt verhaltensauffällige Personen an und nehmen Bürgerbeschwerden auf.

VDV-Jahrestagung in München:

Sparkurs im ÖPNV

Präsident Fenske befürchtet Gefährdung des Wirtschaftswachstums

Der Sparkurs im Öffentlichen Verkehr könnte Konsequenzen für das wirtschaftliche Wachstum in Deutschland haben, betonte der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) auf seiner Jahrestagung in München. „Eine Haushaltskonsolidierung kann nur gelingen, wenn das Sparen strategisch gut geplant wird. Dies bedeutet aber auch gleichzeitig, dass gerade in nachhaltig rentable Bereiche und Branchen stärker investiert werden muss“, erklärte VDV-Präsident Jürgen Fenske. Investitionen in den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und Schienengüterverkehr (SGV) seien Investitionen, die sich volkswirtschaftlich auszahlen.

Busse und Bahnen sind Fenske zufolge „unabdingbar für das ökonomische Wachstum“. Sie sorgten jährlich für eine Bruttowertschöpfung von 32 Milliarden Euro. Rund zwölf Milliarden Euro würden allein von den ÖPNV-Unternehmen jedes Jahr für Investitionen und Verkehrsleistungen ausgegeben. 90 Prozent davon flössen in die deutsche Wirtschaft.

„Auch beschäftigungspolitisch ist der ÖPNV eine Wachstumsbranche“, erläuterte der VDV-Präsident. ÖPNV und SGV garantierten sichere Arbeitsplätze, die sich nicht einfach ins Ausland verlagern lassen. Rund 500.000 Arbeitsplätze hingen direkt und indirekt am ÖPNV und SGV. Bis 2015 wollen die VDV-Mitgliedsunternehmen 4.000 bis 5.000 Arbeitnehmer pro Jahr einstellen.

Sinkende Kofinanzierung

Die Verkehrsunternehmen handeln zunehmend eigenwirtschaftlich: Trotz sinkender staatlicher Kofinanzierung konnten die Mitgliedsunternehmen des VDV im Jahr 2008 bereits rund 77 Prozent ihrer Ausgaben aus eigener Kraft decken – im Jahr 2000 waren es noch 68 Prozent, so Fenske. Der Staat müsse aber weiterhin seinen finanziellen Beitrag zum Erhalt und Ausbau der Infrastruktur sowie für den Betrieb leisten, „denn diese Bereiche sind nach wie vor chronisch unterfinanziert“.

Der ÖPNV und der Schienengüterverkehr haben in den vergangenen Jahren Fenske zufolge bereits erhebliche Kürzungen bewältigen müssen. Allein beim ÖPNV ist ein Sanierungsstau von 2,35 Milliarden Euro entstanden. Für turnusmäßige Erneuerungsinvestitionen sind jährlich 550 Millionen Euro notwendig. Hiervon könnten zurzeit aus Eigenmitteln der Aufgabenträger und Infrastrukturbetreiber jährlich 220 Millionen Euro finanziert werden – bleibe eine Finanzierungslücke von 330 Millionen Euro. Jedes Jahr kämen weitere 330 Millionen Euro hinzu, die aus Eigenmitteln der Verkehrsunternehmen allein nicht gedeckt werden könnten.

Fehlendes Geld

Geld, das zum Beispiel fehlt, um Gleise zu reparieren, Oberleitungen, Fahrzeuge, Bahnsteige, Rolltreppen, Fahrgastinformationssysteme oder die Betriebssteuerung zu erneuern. Bei den Verkehrsanlagen der Nichtbundeseigenen Eisenbahnen bestünde zusätzlich ein Erneuerungsbedarf in Höhe von 150 Millionen Euro jährlich. Insbesondere seien hier regionale Schienenwege betroffen, die nur durch den Güterverkehr genutzt werden. Um diesen Sanierungsberg abzubauen zu können, müsste die Bundesregierung in einem Sonderprogramm von 2011 bis 2015 jährlich 480 Millionen Euro zur Verfügung stellen, bemerkte der Präsident.

Rund 28 Millionen Fahrgäste sind täglich in Deutschland mit Bussen und Bahnen unterwegs – Tendenz steigend. „Weitere Kürzungen im ÖPNV würden zu drastischen Angebots- und Leistungsver schlechterungen führen“, machte Fenske deutlich. Das Einsparprogramm wäre für

den Öffentlichen Verkehr konjunktur- und finanzpolitisch kontraproduktiv. Daher halte der VDV auch weiterhin an seine Forderungen für die Sicherung eines ÖPNV-Grundangebotes fest: Um den Erhalt des ÖPNV-Systems in Deutschland finanzieren zu können, müssten die Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) bzw. dem Entflechtungsgesetz auch in Zukunft zweckgebunden bleiben. Neben Neu- und Ausbaumaßnahmen müssten auch Maßnahmen der Bestandserhaltung ermöglicht werden. Ab 2019 endet die Förderung von Projekten über GVFG-Mittel – hier sei ein Finanzierungersatz notwendig. Spätestens dann sollte die Zweckbindung der Mittel auch auf die Erneuerungsinvestitionen erweitert werden. Bis heute gebe es im Bund noch keine gesetzliche Finanzierungsgrundlage für den Substanzerhalt.

„Ohne eine nachhaltige Finanzierung werden Busse und Bahnen dauerhaft zum Sanierungsfall“, hob Fenske hervor. Der VDV fordert von der Bundesregierung die Etatkürzungen mit Weitsicht anzugehen. Denn schließlich stehe fest: „Verkehrspolitik ist Wirtschaftspolitik.“

Qualitätssteigerungen

VDV-Vizepräsident Horst Klein verwies darauf, dass mit den Regionalisierungsmitteln erhebliche Leistungs- und Qualitätssteigerungen im Nahverkehr mit Bussen und Bahnen erreicht worden seien. Entsprechend der Zielsetzung, insbesondere den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) als Rückgrat des Nahverkehrs zu finanzieren, konnten in den letzten zwölf Jahren knapp 20 Prozent mehr Betriebsleistungen „auf die Schiene“ gesetzt werden. Neben dieser eher technischen Größe sei für die Kunden entscheidend, dass dieses höhere Angebot mit modernen Fahrzeugen und eingebettet in optimierte ÖPNV-Netze zu vertretbaren Preisen zur Verfügung steht.

Einer erneuten Kürzung der Regionalisierungsmittel könnten Verkehrsunternehmen und Aufgabenträger nur mit deutlichen Einschränkungen begegnen. Aufgrund der Kostenstrukturen im SPNV könne darüber hinaus die geforderte Einsparung nur durch überproportionale Angebotseinschränkungen erreicht werden. So wie die Angebotsausweitungen der vergangenen Jahre zu Fahrgastzuwächsen von über 40 Prozent geführt hätten, sei bei den im schlimmsten Fall bevorstehenden Angebotseinschränkungen und/oder Fahrpreiserhöhungen eine Rückverlagerung auf den motorisierten Individualverkehr (MIV) zu befürchten.

Mobilitätssicherung

„Die Regionalisierungsmittel sind ein wesentliches Finanzierungsinstrument für die Mobilitätssicherung in Deutschland. Um die bisherige Erfolgsgeschichte zum Wohle aller fortzuschreiben, bedarf es nicht weniger, sondern langfristig gesicherter, der allgemeinen Preis- und Kostenentwicklung folgende Mittel: Aus unserer Sicht ist neben dem Erhalt der Regionalisierungsmittel über 2014 hinaus ein

Plus von 2,5 Prozent pro Jahr unerlässlich, um die Bedeutung des ÖPNV für Mobilität und Gesellschaft langfristig zu sichern“, meinte Klein.

Elektromobilität

Wie VDV-Vizepräsident Dr. Eberhard Christ konstatierte, ist der Einsatz neuer oder weiterentwickelter Technologien wie die der Elektromobilität für das Erreichen der Klimaschutzziele der Bundesregierung dringend notwendig. Bis 2020 soll die Treibhausgasemission weiter gesenkt werden – um 40 Prozent gegenüber 1990. Die Verkehrsunternehmen arbeiteten weiter daran, noch umweltfreundlicher zu werden: Statt konventioneller Busantriebe solle künftig vermehrt Elektrizität als Energiequelle eingesetzt werden – gerade in Ballungsräumen. Als Zwischenschritt erfolge die Elektrifizierung des Antriebsstrangs im Rahmen von Hybridkonzepten. Aktuell sind bei acht Mitgliedsunternehmen des VDV rund 14 Hybridbusse in Betrieb. Bis 2011 sind ca. 200 Hybridbusse geplant.

Die hohen Kosten seien für die

meisten kleineren Verkehrsbetriebe eher ein Hinderungsgrund für die Einführung von Bussen mit Elektromotoren. Allein die bis 2011 geplanten Beschaffungen kosteten die VDV-Mitgliedsunternehmen trotz staatlicher Förderung Eigenanteile von 100 bis 150 Millionen Euro.

Problemlöser beim Umweltschutz

„Der ÖPNV muss noch stärker als ein aktiver Bestandteil in die Klimaschutzstrategie des Bundes integriert werden, denn Busse und Bahnen sind Problemlöser in Sachen Umweltschutz. Die Verkehrsunternehmen im VDV bitten deshalb Bund, Länder und Aufgabenträger um weitere nachhaltige finanzielle Unterstützung, damit das gemeinsame Ziel des alltäglichen Regelbetriebs elektrisch betriebener Busse im ÖPNV schnell erreicht wird“, so Christ. Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil forderte eine Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV): „Wir brauchen nachhaltige Investitionen in Bus und Bahn, um einen attraktiven und leistungsfähigen öffentlichen Verkehr zu erhalten und auszubauen. Investitionen in den öffentlichen Verkehr eröffnen Zukunftsperspektiven. Wir dürfen wichtige Zukunftsinvestitionen in diesem Bereich nicht in Frage stellen.“

Der Bund müsse mehr Mittel zum Ausbau der Schieneninfra-

struktur zur Verfügung stellen. „Nur so werden wir den steigenden Anforderungen im Personen- und Güterverkehr gewachsen sein und neues, nachhaltiges Wachstum in Deutschland erzielen“, so Zeil. Beim Ausbau der Schieneninfrastruktur des Bundes bestehe dringender Handlungsbedarf. Zeil: „Wenn der Bundesverkehrswegeplan nicht für immer ein bloßer Wunschzettel bleiben soll, muss der Investitionsbetrag des Bundes dauerhaft deutlich angehoben werden.“ Den Überle-

gungen innerhalb der Bundesregierung, hohe Einsparungen im Verkehrshaushalt zu erzielen, erteilte Zeil eine klare Absage. „Ausgerechnet im Verkehrsreich den Rotstift besonders stark anzusetzen, ist grundverkehrt. Verkehrsinvestitionen sind ebenso Zukunftsinvestitionen wie Ausgaben für Bildung und Wissenschaft. Sie entscheiden über künftige Wachstumschancen und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes“, erklärte der Verkehrsminister. **DK**

Transparenz schafft Vertrauen

„Endlich hört die Geheimniskrämerei bei der Suche nach geeigneten Antennenstandorten für den Aufbau des Digitalfunknetzes im Freistaat auf“, sagte Gemeindegatspräsident Dr. Uwe Brandl. Das bayerische Innenministerium hat in einem Newsletter an die Kommunen die bisherige strenge Vorgabe, mögliche Antennenstandorte unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten, aufgegeben.

„Wir begrüßen dies nachdrücklich“, sagte Brandl. „Der Gemeindegats hat seit jeher darauf hingewiesen, dass gesetzliche Geheimhaltungsgründe nicht vorliegen und die Bürger zu Recht kein Verständnis dafür haben, dass über neue Antennen im Ort hinter verschlossenen Türen beraten und beschlossen werden soll.“ Brandl vermutet, dass offenbar der öffentliche Druck und die zunehmende Forderung der Bürgermeister nach Offenheit und Information der Bevölkerung zu einem Umdenken im Innenministerium geführt haben.

Konkrete Standorte

Mit dem an die Kommunen versandten Newsletter weist das Bayerische Staatsministerium des Innern darauf hin, dass künftig im Zusammenhang mit der Suche nach geeigneten Antennenstandorten für den Aufbau des neuen Digitalfunks für die Behörden

und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (Polizei, Rettungsdienst, Feuerwehren) mehr Transparenz geschaffen werden darf. So könnten jetzt Ortsangaben zu einzelnen konkreten Standorten von Basisstationen innerhalb des Gemeindegebiets ebenso öffentlich behandelt werden wie Auskünfte zu Gebieten eines Landkreises, in dem Standorte gesucht werden sollen.

Gemeindeordnung

Technische Detailangaben zu Basisstationen werden allerdings, weil Verschlusssache, auch weiterhin nicht herausgegeben. Brandl: „Die Gemeindeordnung verpflichtet die Gemeinden zu größtmöglicher Transparenz. Gemeinderatssitzungen sind - von wenigen Ausnahmen abgesehen - stets öffentlich. Dass dies auch für mögliche Standorte für neue Antennen im Gemeindegebiet gilt, stand für uns nie in Frage.“ □

Gemeindegatsforderung an den Bund:

Hilfe bei den Sozialabgaben

Auf einer gemeinsamen Sitzung im Rathaus der unterfränkischen Stadt Iphofen forderten der Gemeindegats Baden-Württemberg und der Bayerische Gemeindegats die Bundesregierung auf, sich an den Sozialausgaben der Kommunen mit gesamtgesellschaftlicher Bedeutung nachhaltig und dauerhaft zu beteiligen. Dies betrifft insbesondere die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung und die Hilfe zur Pflege, aber auch die Hilfe für Arbeitssuchende und die Grundsicherung im Alter.

Nachhaltige Entlastung nötig

„Das vom Bundeskabinett beschlossene Sparprogramm hilft den Gemeinden, Märkten und Städten nicht. Wir haben dem Bund kürzlich eine Reihe von Sparvorschlägen übersandt. Die sollte er eingehend prüfen – und übernehmen“, sagte Bayerns Gemeindegatspräsident Dr. Uwe Brandl. Baden-Württembergs Gemeindegatspräsident Roger Kehle ergänzte: „Wir brauchen endlich eine nachhaltige Entlastung bei den Sozialausgaben. Sonst können die Kommunen ihre eigentlichen Aufgaben zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger nicht mehr erbringen.“ Die Präsidien der beiden Gemeindegats befassen sich auf ihrer gemeinsamen Sitzung neben dem Sparprogramm der Bundesregierung auch mit der Verwaltungsreform in Baden-Württemberg. □

Rettet die lokale...

(Fortsetzung von Seite 1) behinderte Menschen benötigt.

Grundsicherung im Alter: Renten armutsfest machen!
 ▶ Vorgelagerte Sicherungssysteme stärken.
 ▶ Lebensarbeitszeit verlängern, Eigenvorsorge ausbauen.
 3. Kinderbetreuung solide finanzieren
 ▶ Betreuungsbedarf realistisch feststellen.
 ▶ Bundes- und Länderbeteiligung an den tatsächlichen Bedarf anpassen.
 ▶ Wirtschaft stärker einbinden.
 ▶ Vorrang für Investitionen in die Infrastruktur statt Erhöhung von Transferleistungen.
 4. Arbeitsmarktpolitik der Kommunen
 ▶ Fördern und Fordern konse-

quent anwenden.
 ▶ Kommunale Kompetenz in den neuen Jobcentern dauerhaft sichern.
 ▶ Kreisangehörige Gemeinden in die Entscheidungsprozesse einbinden.
 ▶ Bundesvorgaben reduzieren, Spielraum des Jobmanagers vor Ort erhöhen.
 ▶ Bezahlte Bürgerarbeit ausbauen.
 5. Mitwirkung und Gesetzesfolgenabschätzung
 ▶ Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände verfassungsrechtlich absichern.
 ▶ Gesetzesfolgenabschätzung zwingend vorschreiben.
 ▶ Planspiele für den Gesetzesvollzug ausbauen.
 ▶ Bürokratiekosten solide feststellen und minimieren. **DK**

Botschafterfunktion

„Wir sind in der Phase einer umfangreichen Datenerhebung und Auswertung. Dafür werden spezielle Datenerheber pro Region geschult. Sie werden nicht nur ‚Datensammler‘ sein, sondern sollen auch ‚Botschafter‘ für mehr Barrierefreiheit sein und auf Wunsch die Anbieter beraten. Die Ergebnisse sollen als Impulse und Hilfen für strukturelle Entscheidungen und finanzielle Investitionen von staatlichen Stellen, Betrieben und Wirtschaftsförderern dienen“, umriss Michaela Waldmann die Projektarbeit. „Viele kleine Schritte und ein langer Atem werden die Realisierung möglich machen“, zeigte sie sich überzeugt. **DK**

Tourismus für...

(Fortsetzung von Seite 1) im Tourismus“ befasse und diverse Forderungen an die Politik gerichtet habe. „Die aktuelle demografische Entwicklung muss dringend zu einer Vernetzung der Glieder der touristischen Servicekette führen“, forderte der Experte. Es gebe zu viele unübersichtliche Angebote, keine bundeseinheitliche Transparenz und Datenbank. Barrierefreiheit müsste in die Lehr- und Studienpläne aufgenommen werden.

Die Verantwortung der Bündelung touristischer Aktivitäten auf eine ministerielle Ebene zu heben, wurde von den Tagungsteilnehmern mit einem deutlichen Fragezeichen versehen. „Missionarischer Eifer bei der Entwicklung von barrierefreiem Tourismus für alle ist notwendig“, appellierte Pfeiffer.

Innovationen fehlen

Dr. Peter Neumann, Tourismusexperte mit eigener Beratungsfirma, konstatierte seinerseits, dass es dem Tourismus in Deutschland an Innovationen fehlt. Herausforderungen wie z. B. die Wirtschafts- und Finanzkrise und der demografische Wandel benötigten deutliche ökonomische Impulse, um mit qualitativ hohen Angebotssegmenten allen Menschen an möglichst vielen Tourismus- und Freizeitangeboten eine größtmögliche Teilhabe zu schaffen. „Barrierefreiheit ist ein Komfortmerkmal für alle“, so Neumann.

Zwei Drittel der Deutschen machten eine Urlaubsreise und der Anteil der Menschen mit Behinderungen steige dabei deutlich. Fakt sei, „dass 48 % der behinderten Menschen bei mehr Barrierefreiheit und 62 % bei besserer Qualität der Reiseangebote deutlich öfter verreisen wollen“. In Europa gebe es nur wenige Beispiele für geschlossene touristische Angebotsketten und die webbasierten Angebote seien unübersichtlich und nicht barrierefrei. „Design für alle muss zur Chefsache bei den Entscheidungsträgern in der Tourismusbranche werden“, forderte Neumann.

Engagement

Trotz unterschiedlicher Herangehensweise hätten sich bestimm-

IFAT ENTSORGA 2010 in München:

Kernthema Kreislaufwirtschaft

**Rohstoffverwertung / Einführung einer Wertstofftonne
Biogas aus Vergärungsverfahren als kommunale Energiequelle**

Die Verknappung und Verteuerung wichtiger Rohstoffe steigert die Wirtschaftlichkeit der Abfallverwertung. Nach Experten-Einschätzung, unter anderem auch des Bundesumweltministeriums, gehen noch zu viele wertvolle Stoffe verloren, weil mit Abfällen nicht sorgsam genug umgegangen wird. Beispiele für weiteren globalen Handlungsbedarf sieht das Ministerium unter anderem bei Elektronik-Altgeräten, Altautos, Bioabfällen und Kunststoffen.

Die Themen Kreislaufwirtschaft und Recycling haben also Konjunktur. Dies wird sich auch bei der IFAT ENTSORGA 2010, der Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft zeigen. Zum einen repräsentiert die Ausstellerliste der im September in München stattfindenden Schau ein praktisch vollständiges „Who is who“ der internationalen Entsorgungsbranche, zum anderen findet sich das Thema Rohstoffverwertung in zahlreichen Facetten auch in den Veranstaltungen des Messe-Rahmenprogramms.

Neuordnung des Abfallrechts

Großes Diskussionspotenzial bietet zum Beispiel die Einführung einer Wertstofftonne im Rahmen einer vom BMU geplanten gesetzlichen Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts. Demnach sollen die Haushalte in einer Tonne ab dem Jahr 2015 Kunststoffe, Metalle sowie eventuell kleine Elektrogeräte und Holz-Wertstoffe sammeln. Strittig ist, wer diese Materialien bei den Bürgern abholen und die Massenströme gewinnbringend lenken darf.

Erschließung neuer Märkte

Um die Erschließung neuer Märkte geht es bei der internationalen Kooperationsbörse „Brokerage Event on Environmental Solutions“. Ziel der vom EU-Kooperationsbüro der Bayern Innovativ, Partner im Enterprise Europe Network, organisierten Veranstaltung ist es, Firmen und Institute aus dem Umweltbereich aus ganz Europa zusammenzubringen und bei der Geschäftsanbahnung zu unterstützen.

Online-Katalog

Unter den im Online-Katalog einsehbaren Technologieprofilen finden sich Angebote aus dem Themenfeld Abfall- und Recycling. Präsentieren wird sich zum Beispiel die Arbeitsgruppe Recyclingtechnologie Bayern. Die hier zusammengeschlossenen Unternehmen bieten den Kunden aus einer Hand ein breites Leistungsspektrum an Anlagentechnik aus den Bereichen trocken- und nassmechanischer Aufbereitung, automatischer Sortiertechniken sowie Nassvergärung. Die enge Bindung der Unternehmen in einem Recyclingnetzwerk erlaubt eine projektspezifisch flexible und sehr reaktionsschnelle Zusammenarbeit.

Biogas: Energie nicht nur vom Acker

Die Erzeugung von Biogas ist

in der Abfallentsorgung eine bisher kaum genutzte Option. Nach Angaben des Fachverbands Biogas waren zum Jahresende 2009 in Deutschland rund 4.500 Biogasanlagen in Betrieb. Etwa 95 Prozent davon nutzen landwirtschaftliche Substrate wie Gülle, Mist und Energiepflanzen. Kommunal eingesammelter Haushaltsbiomüll oder organische Abfälle aus der Lebensmittelproduktion dienen bislang nur in sehr begrenztem Umfang als Energiequellen.

Herausforderung

Ein Grund hierfür liegt in der stark schwankenden Zusammensetzung dieser Inputstoffe, die für die Vergärungstechnologien eine besondere Herausforderung darstellt. Außerdem müssen abgelaufene Lebensmittel und sonstige Speiseabfälle vor der Vergärung hygienisiert werden, was zusätzliche Kosten bedeutet.

Nichtsdestotrotz hat sich eine Reihe von Firmen etabliert, die für kommunale und industrielle Bioabfälle Vergärungsverfahren anbieten. Technik und Dienstleistungen rund um das Thema Bio-

gas bilden einen neuen Schwerpunkt der traditionsreichen Umwelttechnologiemesse.

Biogas

Neben die Erzeugung von Strom und Wärme über Blockheizkraftwerke ist in den letzten Jahren die Aufbereitung des Biogases auf Erdgasqualität als weitere energetische Verwertungsoption getreten. Der Charme dabei ist, dass das veredelte Biogas direkt in das Erdgasnetz eingespeist werden und so leitungsgelassen zu jedem Einsatzort und zu jeder Verwendungsart gelangen kann.

Obwohl Schweden die weltweit größte Zahl an Biogasveredelungsanlagen hat, liegt die größte Einspeisekapazität in Deutschland. Ein Grund dafür ist, dass in Schweden – wie auch in einigen anderen europäischen Staaten – das aufbereitete Biogas in vielen Fällen direkt als Kraftstoff genutzt wird, ohne den Zwischenschritt der Einspeisung. Deutschland hingegen verfügt nach Angaben der dena im europäischen Vergleich über die höchste gesetzliche Einspeisevergütung für Bio-Erdgas, dicht gefolgt von Österreich.

Ein Marktanreiz, der auch auf die Anlagen zur Vergasung von Bioabfällen wirkt. Ein aktuelles Beispiel ist die Biogasanlage in Altenstadt/Schongau. Die im Jahr 2001 in Betrieb genommene

Anlage vergärt gewerbliche Abfälle, wie überlagerte Lebensmittel, Reststoffe aus Käsereien und Molkereien, Schlachtabfälle sowie Biomüll. Bevor die Abfallstoffe in die Nassfermenter gelangen, durchlaufen sie eine Hygienisierungsstufe, die durch Hitze prozessschädliche Bakterien abtötet.

Innovationen bei erdgas schwaben

Bisher produzierte die Anlage ein Rohbiogas, das in fünf Blockheizkraftwerken mit einer elektrischen Gesamtleistung von knapp zwei Megawatt vor Ort verstromt wurde. Die parallel entstehende Wärme wurde zu einem Drittel zur Hygienisierung der Inputstoffe und zu einem weiteren Drittel zur Beheizung der Fermenter genutzt. Der Rest wurde mangels Abnehmer über Wärmetauscher an die Umwelt abgegeben. Nicht zuletzt um diese ökonomisch wie ökologisch negativen Energieverluste abzustellen, hat die Erdgas Schwaben GmbH aus Augsburg zusammen mit der Ökopower GmbH (Altenstadt) im Sommer dieses Jahres eine ergänzende Anlage gebaut, die das Biogas auf einen Methangehalt von rund 98 Prozent aufbereitet. Aus stündlich 1.200 Kubikmetern Rohgas sollen 750 Kubikmetern Bio-Methan entstehen, die in das Erdgas-Verteilnetz eingespeist werden.

Die IFAT ENTSORGA 2010 findet von 13. bis 17. September auf dem Gelände der Neuen Messe München statt. Informationen rund um die Messe und das hochkarätige Rahmenprogramm: www.ifat.de bzw. www.ifat.de/de/Rahmenprogramm. □

Mecalac Ahlmann auf der GaLaBau:

Kompakt, vielseitig und mit innovativer Technik

Mecalac Ahlmann stellt auf der GaLaBau eine Auswahl an kompakten Radladern und Baggern vor, die ideal für alle Arbeiten im Garten- und Landschaftsbau und für kommunale Anwendungen geeignet sind. Schwenk- und Frontlader sowie Kompaktlader und -bagger bieten für jede Anwendungsart viele intelligente Lösungen an.

Aus der neuen Serie der knickgelenkten AX-Baureihe von Ahlmann wird der AX 1000 mit einer längeren Armvariante zu sehen sein, dem so genannten „Highlift“. Damit erreicht der AX 1000 eine Ausschütthöhe von 2,80 m und eine Überladehöhe von 3,30 m und kann z. B. auch hochbordige 3- bzw. 4-achsige LKW beladen.

Die neue Ahlmann AX-Baureihe zeichnet sich durch extrem kompakte Abmessungen und eine geringe Bauhöhe von 2,47 m aus. Der Monoboom mit der geschützten, kraftvollen Z-Kinematik und zwei Hubzylindern sorgt für starke Leistungsdaten. Hohen Sicherheitsstandard bietet der markenkompatible Schnellwechsler mit serienmäßiger elektro-hydraulischer Verriegelung. Die starken Leistungsdaten, eine einfache Bedienung, die komfortable Kabine und wartungsarme Motoren machen die Ahlmann AX-Baureihe zu perfekten Basisgeräten im vielfältigen Kommunaleinsatz.

Erstmals auf der GaLaBau wird die Revolution im Bereich der 7t-

Erdbewegungsmaschinen zu sehen sein: der Mecalac 8MCR, der Bagger und Kompaktlader in einer einzigen Maschine ist.

Bagger und Kompaktlader in einer einzigen Maschine

Bei dem einzigartigen Mecalac-Konzept ist der Oberwagen ähnlich dem eines Baggers aufgebaut, der Unterwagen besteht aus einem dreieckförmigen Raupenlaufwerk mit hydrostatischem Fahrantrieb. Der 8MCR ist eine echte Innovation in Bezug auf Produktivität, Wirtschaftlichkeit, Komfort und Umweltschutz.

Dabei ist die Bedienung äußerst einfach. Mit einem Wahlschalter kann der Anwender zwischen ISO-Baggersteuerung und ISO-Kompaktladersteuerung wechseln. Mit einer maximalen Fahrgeschwindigkeit von 10 km/h erledigt der Mecalac 8MCR seine Arbeiten schnell und effektiv. Mit dem serienmäßigen Mecalac-Schnellwechsler können die Anbaugeräte einfach und zeitsparend gewechselt werden.

Drehbar um 360 Grad

Auch im Kompaktladerbetrieb kann der 8MCR den Oberwagen um 360° drehen. Das bedeutet einen erheblichen Vorteil gegenüber einem Standard-Kompaktlader. Ein Großteil der Fahrvorgänge wird vermieden und die Beschädigung des Bodens sowie der Verschleiß der Gummiketten minimiert. Aufgrund der wesentlich größeren Ausschütthöhe von 3,50 m und Hubhöhe von 4,50 m ist der Mecalac 8MCR deutlich vielseitiger einzusetzen. Dank seiner Reichweite ist z. B. sogar ein Entladen eines LKW mit Paletten aus der zweiten Reihe möglich oder aber eine wesentlich bessere Verteilung des Schüttguts auf dem LKW mit der Ladeschaufel.

Derzeit sind mehr als 10 verschiedene Anbaugeräte verfügbar, z. B. Tieflöffel, Grabenräumlöffel, Greifer, Hydraulikhammer, Reißzahn, Ladeschaufel, Skidschaufel, 4in1-Schaufel, Palettengabel sowie Werkzeugadapter für weitere Anbaugeräte. □



Ahlmann AX 1000 Highlift (l.) beim Beladen eines LKW und Mecalac 8MCR beim Einsatz als Kompaktlader.



Fotos: Ahlmann und Mecalac



Messe München
International

www.ifat.de

NEUE PERSPEKTIVEN FÜR DIE UMWELT

ONLINE-REGISTRIERUNG FÜR BESUCHER:
www.ifat.de/tickets



**WELTLEITMESSE FÜR WASSER-,
ABWASSER-, ABFALL- UND
ROHSTOFFWIRTSCHAFT**

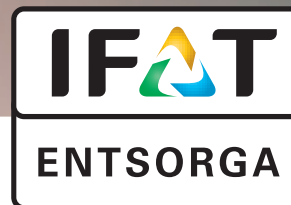
**13.-17. SEPTEMBER 2010
IN MÜNCHEN**

**DAS INTERNATIONALE ANGEBOT FÜR
DIE GESAMTE UMWELTTECHNOLOGIE**

- Zukunftsweisende Innovationen, Technologien und Trends
- Alle Anwendungsfelder, alle Produkte, alle Dienstleistungen
- Technologieführer, Spezialisten und Newcomer aus aller Welt
- Für jede Anwendung und jeden Einsatz die passende Lösung
- Erstklassiges Rahmenprogramm für Information und Networking

Ausführliche Informationen und Vortragsprogramm unter: www.ifat.de

Neue Messe München
81823 München
Tel. (+49 89) 9 49 - 1 13 58
Fax (+49 89) 9 49 - 1 13 59



A WORLD OF ENVIRONMENTAL SOLUTIONS

GaLaBau 2010 in Nürnberg:

Zukunftsperspektiven im Garten- und Landschaftsbau

BGL gestaltet attraktives Rahmenprogramm mit fünf Fachtagungen

Zur 19. Internationalen Fachmesse „Urbanes Grün und Freiräume – Planen – Bauen – Pflegen“ präsentiert die grüne Branche vom 15. bis 18. September 2010 in Nürnberg mit rund 1.000 Ausstellern den Gästen aus dem In- und Ausland ihre Kompetenz und ihre Leistungsfähigkeit.

Zusammen mit seinen Landesverbänden und Servicegesellschaften präsentiert der Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau in Nürnberg das Dienstleistungsangebot für Landschaftsgärtner und gestaltet ein attraktives Rahmenprogramm. BGL-Präsident Hanns-Jürgen Redeker erläuterte im Vorfeld der Messe: „Wir bieten den Fachbesuchern eine Fülle von Informationen, Anregungen und Perspektiven für ein erfolgreiches unternehmerisches Handeln. Denn der Stellenwert von Grün steigt und auf allen Ebenen wird deutlich: Nur mit Grün lässt sich eine Zukunft voller Lebensqualität gestalten!“

Fachtagungen

Der BGL greift Trends im Garten- und Landschaftsbau auf und bietet ein vielseitiges Fachprogramm rund ums Bauen mit Grün:

Rasen: Topfit für Sport, Freizeit und Garten

Die **GaLaBau-Fachtagung I „Rasen: Topfit für Sport, Freizeit und Garten“** findet in Kooperation mit dem Greenkeeper

Verband Deutschland statt. Die Anforderungen an Golfgras, Sportgras, Parkgras oder Spiel- und Zierrasen im Privatgarten sind ganz unterschiedlich. Es gibt eine Vielzahl verschiedenster Arten von Gräsern, mit denen ansprechende und qualitativ hochwertige Rasenflächen für verschiedenste Einsatzbereiche geschaffen werden können.

Ausgewiesene Rasenexperten zeigen auf, welchen Einfluss die Auswahl der richtigen Gräserarten und Mischungen für Ansaaten oder Fertiggras auf die Eigenschaften, Leistungen und jeweiligen Einsatzmöglichkeiten hat. Sie informieren außerdem über aktuelle Entwicklungen und neue Erkenntnisse rund um die automatisierte Pflägetechnik.

Ingenieurblogische Bauweisen – Zukunft für den GaLaBau

GaLaBau-Fachtagung II „Ingenieurblogische Bauweisen – Zukunft für den GaLaBau!“: Durch einen bewussteren Umgang mit der Natur steigt die Nachfrage nach ökologischen Bauweisen. Gesteigertes Umweltbewusstsein führt immer mehr dazu, dass Gewässer natur-

nah umgestaltet werden. Für den Garten- und Landschaftsbau eröffnen sich dadurch neue Tätigkeitsbereiche. Dabei werden wiederentdeckte Methoden der ingenieurblogischen Ufersicherung angewendet. Dazu werden landschaftsangepasste Baustoffe (zum Beispiel Holz und Steine) unter

„Licht – krönt die Gartenfreude“: Auch nach Sonnenuntergang hat der Hausgarten eine hohe Erlebnisqualität. Eine innovative Beleuchtung krönt die Gartenfreude und lässt das „grüne Wohnzimmer“ im Frühling, Sommer, Herbst und Winter zur Bühne für die Sinne werden. Gezielt eingesetzt, schafft Licht eine besondere Stimmung und Atmosphäre im Garten. Beleuchtete Terrassen und Sitzplätze laden in der Gartensaison auch abends noch zum Verweilen ein. Pflanzen, Kunstelemente oder die Teichanlage werden mit Licht in Szene gesetzt.

Eine gute Beleuchtung sorgt außerdem für Sicherheit im Zu-

Holder auf der GaLaBau

Bei Holder hat sich seit der Übernahme durch die neuen Gesellschafter im Oktober 2008 viel getan. Durch eine Fülle von Veränderungen ist das Metzinger Traditionsunternehmen auf dem besten Wege, seine frühere Spitzenproduktion und das Vertrauen seiner Kunden zurückzugewinnen.

Dazu zählt auch die Rückbesinnung auf das, was Holder groß gemacht hat: hohe Qualität, schwäbischer Fleiß und innovative Ideen. Die Basis dafür - exzellente Produkte und eine motivierte Mannschaft - ist nämlich vorhanden. Die Mitarbeiter bleiben dabei das wichtigste Kapital. Der Erfindungsreichtum der Holder-Ingenieure macht den Unterschied zwischen einem normalen Fahrzeug und einem Holder. Dass es auch tatsächlich bessere Fahrzeuge werden, dafür sorgen die qualifizierten Mitarbeiter in der Produktion. Und dass die Fahrzeuge auch ihr Leben lang echte Holder bleiben, ist dem Service zu verdanken. Standplatz: GaLaBau Halle 9/9-109.

besonderer Berücksichtigung von Pflanzen eingesetzt. Hier können Landschaftsgärtner ihr umfassendes Know-how noch stärker einbringen. Experten über aktuelle Entwicklungen.

Licht krönt die Gartenfreude

GaLaBau-Fachtagung III

gangsbereich und auf allen Garten- und Parkwegen. Bei Neuanlagen können notwendige Erdarbeiten für die Beleuchtungsanlage gleich mit den Pflanzungen vorgenommen werden. In Zusammenarbeit mit Elektrikern planen und realisieren Landschaftsgärtner die fachkundige Beleuchtung der Grünanlagen und krönen mit Licht die Gartenfreude.

VOB, BGB, HOAI – Hinweise und Neuigkeiten

Die **GaLaBau-Fachtagung IV „VOB, BGB, HOAI – Hinweise und Neuigkeiten“** findet in Kooperation mit dem Bund Deutscher Landschaftsarchitekten e. V., bdla, mit Unterstützung der UNITA Unternehmensberatung GmbH statt.

Für die Neufassung der VOB Ausgabe 2009 ist der Teil A erheblich überarbeitet und der Inhalt von ehemals 32 Paragraphen auf jetzt 22 Paragraphen reduziert und neu verteilt worden. Die wesentlichen inhaltlichen Änderungen werden erläutert und die Vorteile der Präqualifikation aufgezeigt.

Während den öffentlichen Auftraggebern die Verwendung der VOB vorgeschrieben ist, stellt sich den Landschaftsarchitekten und den GaLaBau-Unternehmern immer häufiger die Frage, ob bei Verträgen mit Privatkunden (Verbrauchern) weiterhin die Nutzung der VOB/B als Allgemeine Geschäftsbedingungen opportun ist oder die Regelungen des BGB ausreichend sind. Daneben werden die wichtigsten Neuheiten der aktuellen HOAI aufgezeigt und es wird erläutert, ob diese auch von planenden GaLaBau-Unternehmen anzuwenden sind.

Kreditgespräch: Gut geplant – ist halb gewonnen!

Bei der **GaLaBau-Fachtagung V „Kreditgespräch: Gut geplant – ist halb gewonnen!“** geht es darum, dass viele mittelständische Unternehmen Finanzierungsprobleme haben, insbesondere diejenigen, die – wie GaLaBau-Betriebe – bei der Finanzierung überwiegend auf Bankkredite angewiesen sind. Damit die Bank in der momentanen Kreditklemme den Hahn nicht zudreht, sind einige wichtige Dinge zu beachten, um zumindest vernünftige Konditionen zu erlangen.

So gewinnt der Bauhofalltag an Transparenz

MOBIWORX auch auf der IFAT ENTSORGA 2010

Das MOBIDAT WorkPad für die mobile Auftragsbearbeitung und Tätigkeitserfassung im Straßenbetriebsdienst sorgt durch standardisierte Erfassungsmöglichkeiten für enorme Kosteneinsparungen und ein insgesamt effizienteres Arbeiten.

Das Handgerät MOBIDAT WorkPad unterstützt die Mitarbeiter bei der mobilen Bearbeitung von Aufträgen wie etwa der Streckenkontrolle und Schadenserfassung. Bisher werden diese Leistungen im Strassenbetriebsdienst noch manuell erfasst. Dadurch können Meistereien und Bauhöfe nur pauschal abrechnen. Mit Hilfe des WorkPads können künftig alle Tätigkeiten und Ist-Zustände einfach, einheitlich und digital erfasst und kommuniziert werden, sogar orts- und zeitgenau.

Die Datenauswertung und -weiterverarbeitung erfolgt unter der bewährten Internetplattform www.mobidat.com. Das Schreiben von Einsatzberichten entfällt, die nachträgliche Erfassung handgeschriebener Berichte durch die Verwaltung gehört ebenfalls der Vergangenheit an. Übersichten und Statistiken über Aufträge und Tätigkeiten, Verbräuche, Personaleinsatz und Kosten: Alles wird leicht verständlich und sicher – aufgeteilt auf die jeweiligen Kostenträger -, ausgewertet und aufbereitet.

Aber auch im Versicherungsfall kann auf einen dokumentenechten Nachweis zurückgegriffen werden.

Mobiworx bietet Interessenten die Möglichkeit, das WorkPad sowie alle anderen Systemlösungen auf der IFAT ENTSORGA 2010 in München im Betrieb zu testen und sich die Neuheiten direkt vor Ort demonstrieren zu lassen. (Halle C4, Stand 100).



Das neue MOBIDAT-Gerät für den mobilen Einsatz: Das MOBIDAT WorkPad.

Landschaftsgärtner-Cup und Trendpreis

Mit seiner fünften Auflage lenkt der **bundesdeutsche Berufswettbewerb „Landschaftsgärtner-Cup“ im Rahmen der „GaLaBau 2010“** erneut die Blicke auf die vielseitigen Anforderungen an die Experten für Garten und Landschaft. Die gesamte Palette der Berufsbildung, von der Ausbildung über das Studium bis hin zur Fortbildung stellt sich dar. Erneut findet auch

das Hochschullehrertreffen statt.

Bereits zum siebten Mal wird ein innovatives Projekt mit dem Internationalen ELCA-Trendpreis „Bauen mit Grün“ gewürdigt. Zudem verleiht der BGL mit der „Silbernen Landschaft“ erneut seine höchste Auszeichnung für außerordentliche Verdienste. Außerdem werden fortschrittliche, zukunftsweisende Lösungen für den Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau mit der „GaLaBau-Innovations-Medaille 2010“ ausgezeichnet.

Checklisten für den Winterdienst

Natürlich mutet es eigenartig an, im Hochsommer an den Winter zu denken, aber jetzt ist exakt der richtige Zeitpunkt, um die Checklisten für die kommende kalte Jahreszeit durchzugehen und die Betriebsanweisungen auf ihre Aktualität zu überprüfen.

Eine Bestandsaufnahme über den vorhandenen Fuhrpark ist unerlässlich. Entsprechen die Fahrzeuge den aktuellen Anforderungen? Sind Kraftstoffverbrauch und Emissionswerte akzeptabel? Wie kommen die Mitarbeiter mit den Geräten zurecht? Befinden sich Streufahrzeuge, Streuaufbauten, Schneepflüge, Schneefräsen etc. in tadellosem Zustand?

Welche Werkzeuge sind vorzuhalten? Wie sieht es mit den Schutzeinrichtungen aus? Ist geklärt, dass das eigenmächtige Einsteigen in Silos und Bunker für Streustoffe streng verboten ist? Gibt es Stauungen in Silos und Bunkern? Werden von der Ladefläche aus von Hand auftauende oder abstumpfende Mittel ausgebracht? Dann ist die Lade-

fläche mit einem Schutzgelenk von einem Meter Höhe zu sichern.

Sind Fräs- und Schleudereinrichtungen durch Verdeckungen gesichert? Und sind sie mit Hilfsmitteln zum Beseitigen von Verstopfungen ausgerüstet?

Ist der Geräteführer ausreichend vor Verletzungen gesichert - z. B. beim Anfahren an Hindernisse? Sind Überbeanspruchungen der Winterdienstgeräte auszuschließen? Sind Schürfleisten formschlüssig befestigt und sind sie gefahrlos zu wechseln? Ist die Datenerfassung des Straßenbetriebsdienstes sichergestellt?

Wie sieht es mit der persönlichen Schutzausrüstung und Wärmekleidung für Beschäftigte aus (Brillen, Schuhe, Handschuhe, Wetterschutz, Handreiniger)?

ERLEBEN SIE DEN NEUEN HOLDER C 250 AUF DER GALABAU

Besuchen Sie uns in Halle 9, Stand 109

HOLDER
KEINE KOMPROMISSE

www.max-holder.com

IHR GEBIETSVERKAUFSLEITER:

Werner Kraus
90449 Nürnberg
Telefon: 0171 5800444
w.kraus@max-holder.com

IHRE KOMPETENTEN STÜTZPUNKTHÄNDLER:

Degner Agrartechnik GmbH
95032 Hof
Telefon: 09281 75740
degner-agrartechnik@t-online.de

Jordan Motorgeräte
90530 Wendelstein / Nürnberg
Telefon: 09129 4717
info@jordan-motorgeraete.de

Alfred Wirth GmbH
86675 Buchdorf
Telefon: 09099 96660
info@wirth-landtechnik.de

Kalinke Vertriebs GmbH
82335 Berg/München
Telefon: 08171 43800
verkauf@kalinke.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG
89231 Neu-Ulm
Telefon: 0731 97560
rene.senser@wilhelm-mayer.com

Wohlschaff GmbH
88239 Wangen
Telefon: 07522 97150
richard.karg@kno-wo.de

GaLaBau2010 NÜRNBERG, 15. – 18. SEPTEMBER

PLANEN

ERFASSEN

ÜBERMITTELN

AUSWERTEN

STARTEN SIE DURCH MIT EFFIZIENTER DATENERFASSUNG.

Profitieren Sie von der nutzbringenden Internetanwendung. Erstellen Sie verständliche Analysen und Tourenverfolgungen auf Knopfdruck.

Merkmale von MOBIDAT®:

- Störungsfreier Dauerbetrieb
- Einfachste Anwendung
- Kundenspezifische Auswertung
- Weiterverarbeitung der Daten
- Erfassung sämtlicher Anbaugeräte
- Günstige Datenübermittlung

Telefon: 0 80 35/96 463 - 0
www.mobiworx.de



Beeindruckende Kulisse, perfekte Location, komplettes Angebot für den Kommunaleinsatz - und das bei „Kaiserwetter“! Die Henne-Unimog GmbH und die Autohaus Hornung GmbH informierten die kommunalen Gäste umfassend.

Kommunale Leistungsschau in Garmisch-Partenkirchen

Autohaus Hornung und Henne-Unimog GmbH zeigten modernste Spezialfahrzeuge

Kehrmaschinen, Schneepflüge und andere kommunale Spezialfahrzeuge hat jeder schon einmal auf unseren Straßen gesehen. Wer diese Beispiele deutschen Fahrzeugbaus und innovativer Ingenieurskunst einmal in aller Ruhe aus nächster Nähe betrachten wollte, hatte am am letzten Samstag im Juni im Garmischer Olympia-Skistadion eine gute Gelegenheit.

Der Garmisch-Partenkirchner Mercedes-Benz Partner Autohaus Hornung GmbH hatte gemeinsam mit der weltweit größten Unimog-Generalvertretung, Henne-Unimog GmbH, zu einer großen kommunalen Leistungsschau eingeladen und dafür ein Großaufgebot an Kommunalfahrzeugen in die traditionsreiche Sportstätte verfrachtet.

Immer wieder sucht der Mercedes-Vertragspartner nach Möglichkeiten, seinen Kunden mit Ausstellungen und Präsentatio-

nen einen Überblick über das Portfolio sowie Neuheiten zu verschaffen.

Erste kommunale Leistungsschau

Geschäftsführer Gerhard Lutz vom Autohaus Hornung äußerte über die Ausstellung: „Es ist schon Tradition, alle drei Jahre so eine Schau mit Rahmenprogramm zu veranstalten. Mit dieser ersten kommunalen Leistungsschau wollten wir unsere Unimog-Kunden ansprechen, aber auch mal ein anderes Segment unseres Geschäftsfeldes präsentieren. Deshalb haben wir auch die Bauhöfe und Feuerwehren aus den Landkreisen Weilheim-Schongau, Bad Tölz-Wolfratshausen und Garmisch-Partenkirchen eingeladen.“

Praxisgerechte Systemlösungen

Vielseitigkeit war garantiert! In Zusammenarbeit mit der Henne-Unimog GmbH, Heimstetten hatte das Autohaus Hornung alles aufgeföhrt, was Mercedes-Benz sowie die Firmen Lindner und Hansa zum Thema Kommunalfahrzeuge zu bieten haben. Mit insgesamt 35 Fahrzeugen

sowie mit vielen schnell wechselbaren An- und Aufbauagern zeigte man praxisgerechte Systemlösungen.

Voll bezuschungsfähig

Als Highlight bei den Feuerwehrfahrzeugen präsentierte sich der Feuerwehr-Unimog U 20. Flexible Einsatzmöglichkeiten und seine kompakten Maße machen den U 20 für Lösch- und Rettungseinsätze attraktiv. In Bezug auf die feuerwehrtechnischen Bestimmungen des deutschen Markts darf an dieser Stelle eine wichtige Komponente des U 20 auf keinen Fall unerwähnt bleiben: Er erfüllt die DIN EN 1846-2 und 14530 im Rahmen der Neufassung der spezifischen Norm für Tanklöschfahrzeuge des Typs TLF 10/20 in vollem Umfang. Damit wird das Feuerlöschfahrzeug U 20 für Feuerwehr und Kommune voll bezuschungsfähig.

Gelegenheit zu Fachgesprächen

Sowohl das Autohaus Hornung als auch die Henne-Unimog GmbH zeigten sich am Ende der Veranstaltung zufrieden: Zahlreiche Fachleute, für die die Fahrzeuge und Geräte letztendlich gedacht sind, nahmen die Gelegenheit zu Fachgesprächen mit kompetenten Vertretern der Lieferanten- und Herstellerfirmen gerne und ausgiebig wahr.

Neuer Rettungswagen für schwergewichtige Patienten

BRK-Kreisverband Schweinfurt stellt XXL-Transporter vor

Landkreis Schweinfurt. Der Kreisverband Schweinfurt des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK) hat einen neuen Schwerlast-Rettungswagen (S-RTW). Mit dem neuen „XXL-Transporter“ können künftig auch Patienten bis zu einem Körpergewicht von 318 Kilogramm transportiert werden.

Der Rettungsdienst des BRK-Kreisverbandes reagiert mit dieser Fahrzeugneuentwicklung auf die Situation, dass die Helfer immer öfter mit fettleibigen Patienten konfrontiert werden. Somit stellt der S-RTW nicht nur für die Patienten eine Erleichterung dar, sondern auch für die Helfer des Bayerischen Roten Kreuzes. Durch eine spezielle Trage, Tragstuhl mit Kettenunterstützung oder durch ein besonderes Tragetuch wird das Einsatzpersonal unterstützt. Denn gerade beim Heben und (Um-)Lagern findet eine große Entlastung der Rettungsassistenten und Rettungssanitätern durch die speziellen Materialien und Gerätschaften statt.

Der Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung (ZRF), vertreten durch Landrat Harald Leitherer und ZRF-Geschäftsführerin Dr. Carolin Lauer hat sich bereits von der Qualität des neuen Rettungswagens vor Ort beim Bayerischen Roten Kreuz in Schweinfurt überzeugt und ausgiebig die neuen Materialien getestet.

Besonderheiten

Der Schwerlast-Rettungswagen sieht auf den ersten Blick eher unscheinbar aus – eben wie ein normaler RTW. Bei genauer Betrachtung fallen jedoch Besonderheiten auf. So ist am Heck eine Ladebordwand montiert, die mit einer Nenntragkraft von 750 Kilogramm beladen werden kann. Dies ist notwendig, um eine ausreichende Gewichtsreserve für das Verbringen des Patienten unter Betreuung von Rettungsdienstpersonal und Notarzt in das Fahrzeug zu ermöglichen. Bedient wird die Ladebordwand über ein eingebautes Bedienpanel am Heckportal oder wahlweise mit einer Kabelfernbedienung. Unter dem Fahrzeug befinden sich das Hydraulikaggregat und die Notbedienung, so dass die Ladebordwand auch bei einem Totalausfall der Bordelektrik geöffnet oder geschlossen werden kann.

Anstelle des Hubtisches wird die bis zu 318 Kilogramm belastbare und elektrohydraulisch verstellbare Schwerlasttrage vom Typ Stryker Power pro TL direkt auf dem Fahrzeugboden mon-

tiert. Hilfreich sind auch die abnehmbaren Rangier-Stangen mit ihren Kugelköpfen an allen vier Ecken der Fahrtrage: Sie ermöglichen ein sehr angenehmes Bewegen und Manövrieren der Trage außerhalb des S-RTW. Außerdem besitzt der XXL-portsystem (Transportsystem für stark Übergewichtige) im Rettungsdienst verfügt. Jährlich sind in Bayern etwa 6.000 Transporte von schwergewichtigen Patienten durchzuführen. Normale Rettungswagen sind mit diesen Einsätzen oftmals überladen. Erfahrungsgemäß stellen Patientengewichte über zirka 160 Kilogramm die Einsatzkräfte vor erhebliche Schwierigkeiten in der Transportdurchführung. □



Im Bild (v. l.): Landrat Harald Leitherer (Vorsitzender des Zweckverbandes für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung), Zweckverbandsgeschäftsführerin Dr. Carolin Lauer, Manfred Schafflein (Leiter der BRK-Rettungsleitstelle Schweinfurt), BRK-Kreisgeschäftsführer Thomas Lindörfer, Ltd. Oberarzt Dr. med. Georg Lippert und Florian Biber, Sachgebietsleiter Rettungsdienst. □

Off Road Award

Mercedes-Benz Unimog ist Geländewagen des Jahres 2010

Bereits zum sechsten Mal in Folge ist der Mercedes-Benz Unimog von den Lesern der Fachzeitschrift Off Road zum besten Geländewagen des Jahres in der Kategorie „Sonderfahrzeuge“ gekürt worden. Über 48.000 Stimmen entfielen auf die Sieger. Ausgeschrieben waren 97 Fahrzeuge. Der Unimog belegt mit überragenden 37,9 % der Leserstimmen den ersten Platz.

Gelobt wurden seine charakteristischen Produktmerkmale wie das Konzept überragender Geländegängigkeit mit Portalachsen und enormer Verwindungsfähigkeit in Kombination mit höchster Robustheit und Solidität. Die überaus geländegängige Unimog-Baureihe wird insbesondere in Kommunen sehr geschätzt und ist auch für schwierige Einsätze im Gelände abseits aller Straßen und Wege prädestiniert. □

Mercedes-Benz auf der IFAT ENTSORGA 2010 in München

Vom 13.-17. September öffnet dieses Jahr wieder die IFAT ENTSORGA, weltweit die wichtigste Fachmesse für Innovationen und Neuheiten in den Bereichen Wasser, Abwasser, Abfall und Recycling. Nutzen Sie die Gelegenheit. Sprechen Sie mit Experten und informieren Sie sich über die Mercedes-Benz-Produkte.

Ihr Besuch auf dem Mercedes-Benz Messestand Nr. 321 in Halle C4 lohnt sich in jedem Fall. □

Der Unimog. Einer für alles.

Mehr Wirtschaftlichkeit im Ganzjahreseinsatz.

Ob mähen, räumen, streuen, fräsen, reinigen oder transportieren, ob im Sommer oder im Winter: Der Mercedes-Benz Unimog ist 365 Tage im Jahr flexibel einsetzbar. Mit bis zu vier An- und Aufbauagern und Schnellwechselsystem sind Anbaugeräte schnell und einfach ausgetauscht. Dabei ist der Unimog äußerst verbrauchsgünstig unterwegs. Informieren Sie sich jetzt bei Ihrem Unimog Partner oder unter: www.mercedes-benz.de/unimog

IFAT 2010

Erleben Sie den Unimog live vom 13.09. – 17.09. in München, Halle C4, Stand Nr. 321



Mercedes-Benz



Autobahn-Südring A 99:

Sinnvolles Projekt

IHK und Wirtschaftsbeirat für Lückenschluss Ring-Allianz gegründet

Das bayerische Kabinett hat die Pläne für den Bau eines Münchner Autobahn-Südrings bis auf weiteres auf Eis gelegt. Es gebe in diesem Jahrzehnt keine Möglichkeit, das 1,2 Milliarden Euro teure Projekt zu finanzieren, teilte der Ministerrat mit. Für die Zukunft bleibe der Bau aber als Option offen, sagte Innenminister Joachim Herrmann.

Bereits zuvor hatte der Wirtschaftsausschuss des Landtags beschlossen, das umstrittene Vorhaben nicht weiter zu verfolgen. Der Autobahnring sollte in Verlängerung der A99 die Autobahnücke im Münchner Süden schließen.

Auf Unverständnis ist der Rückzug der Politik bei der IHK für München und Oberbayern gestoßen. „Ein vorzeitiges Ende der politischen Diskussion mit dem Ergebnis, der Lückenschluss sei nicht realisierbar, ist für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Region ein fatales Signal“, warnte IHK-Präsident Erich Greipl vor der IHK-Vollversammlung. Auch der Münchner CSU-Bezirksvorstand und der Wirtschaftsbeirat Bayern, Bezirksgruppe München, betrachten den Ringschluss als sinnvoll und notwendig.

Machbarkeitsstudie bestätigt Realisierbarkeit

Im Mai bereits hat die Autobahndirektion Südbayern offiziell die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zum A 99 Südring vorgestellt. Demnach ist der Südring grundsätzlich realisierbar und auch die Sinnhaftigkeit des Projektes wird bestätigt. Die Gutachter kommen zu dem Ergebnis, dass der Südring die mit ihm verfolgten verkehrspolitischen Ziele

voll erfüllt. Damit unterstreicht das Fazit der Gutachter die Position der Wirtschaft, die seit Jahren den Ringschluss fordert.

Der Wirtschaftsbeirat hat bereits in der Vergangenheit die Empfehlung der Machbarkeitsstudie, die Realisierung der A99 Süd weiterzuverfolgen, positiv bewertet. „Es ist für München wichtig, dieses Projekt in den Bedarfsplan für Bundesfernstraßen aufzunehmen. Falsch wäre es, zum jetzigen Zeitpunkt ein Projekt zu stoppen, das München in Zukunft dringend braucht, egal ob es 2025, 2030 oder 2035 fertig gestellt wird“, so Hans Hammer, Vorsitzender des Bezirks München im Wirtschaftsbeirat.

Umweltschutz

Die vorliegenden Vorschläge entlasten Hammer zufolge München um 45.000 Fahrzeuge und die A99 Nord um 25 Prozent des Schwerlastverkehrs am Tag. Dies reduziere in München und seinen Wohngebieten den Verkehr, den Lärm, die CO₂-Emissionen sowie die Feinstaubbelastung erheblich. „Das ist Umweltschutz auch für Menschen.“ Angesichts der weitgehend unterirdisch geführten Trassen sieht der WBR dabei den Schutz von Mensch und Natur im Süden Münchens gleichermaßen berücksichtigt.

Der Bezirk München des Wirtschaftsbeirates weist darauf hin, dass die A99 Süd mit einem volkswirtschaftlichen Kosten/Nutzen Faktor von fast 2 trotz aufwendiger Tunnelbauwerke wirtschaftlich sinnvoll ist. Diskussionen über die konkrete Finanzierung oder die Trassenführung im Detail sind nach seiner Auffassung angesichts der langen Realisierungszeiträume verfrüht. Wie Hammer betonte, „ist es jetzt wichtiger, am Ball zu bleiben und das Projekt konstruktiv weiter zu entwickeln“. Die Haushaltslage in zehn bis 20 Jahren sei heute nicht vorherzusehen. Berechtigte Diskussionen nach einer weiteren Verbesserung der Umweltverträglichkeit müssten ohnehin später im Raumordnungsverfahren geführt werden.

Initiative VIA99

Vor kurzem wurde die Ring-Allianz für den Südring gegründet. Ihr gehören die Kommunen der NordAllianz an, die mit der Initiative VIA99 (Bürgerinitiative für die A99 - www.via99.de), mit Kommunen und Landkreisen im Osten und Süden der Landeshauptstadt, mit Wirtschaftsverbänden und Vertretern von Fraktionen aus dem Münchner Stadtrat und dem Bayerischen Landtag kooperieren.

Wichtige Option

Die Allianz will sich dafür einsetzen, „dass dieses wichtige Projekt bei der nächsten Fortschreibung des Bedarfsplanes für Bundesfernstraßen 2014 oder 2015 aufgenommen wird“. Angesichts der langen Planungs-, Genehmigungs- und Bauphase hält die Allianz eine Eröffnung ohnehin erst nach 2025 für realistisch – „ein Grund mehr, bald anzufangen“. „Insofern begrüßen wir die Absicht der Bayerischen Staatsregierung, das Projekt als wichtige Option aufrechtzuerhalten.“ **DK**

Flexibus Krumbach:

Ein Exportschlager für Städte im ländlichen Raum

Fahrgastzahl verfünffacht – Bestnoten für innovatives ÖPNV-Produkt

Beim Pressegespräch waren sich alle Bürgermeister einig: Der Krumbacher Flexibus ist ein Erfolgsmodell. Im Juli 2009 löste der Flexibus den hochdefizitären Krumbacher Stadtbuss ab, der mit jährlich nur 5.500 Fahrgästen unterwegs war. Nach exakt einem Jahr zogen die Gemeindechefs Bilanz: 25.159 Fahrgäste nutzten das neue Krumbacher ÖPNV-Angebot – eine Steigerung fast um das Fünffache!

Was macht den Flexibus so attraktiv? Krumbach (Schwaben), eine Stadt mit rund 12.500 Einwohnern und deren Umlandgemeinden Aletshausen, Breitenenthal, Deisenhausen, Ebershausen, Waltenhausen und Wiesenbach (ca. 6.300 Einwohner) haben eine Fläche von rund 125 Quadratkilometern. In diesem Einsatzgebiet fährt der Flexibus ohne festen Fahrplan und ohne feste Route – vollkommen flexibel, daher auch der Name.

Geheimnis: Kluge Logistik

Das Geheimnis des Erfolgs liegt in der Organisation und Logistik des Flexibus. Beim Ver-

kehrsunternehmer BBS Reisen laufen die Fäden zusammen. Hier ist das Callcenter, das die Fahrtwünsche der Bevölkerung aufnimmt und die Routen blitzschnell koordiniert. „Die Fahrt muss spätestens eine halbe Stunde vor Fahrtantritt angemeldet werden“, so Verkehrsunternehmer Josef Brandner, der mit dem derzeit wohl innovativsten ÖPNV-Produkt für den ländlichen Raum in Krumbach Maßstäbe setzt. „Wir waren bisher gewohnt, unseren Bürgern gar keine oder nur mäßige streckengebundene Mobilität bieten zu können“, konstatierte Krumbachs 1. Bürgermeister Hubert Fischer, „jetzt erleben wir mit dem Flexibus ein

Paradebeispiel für gleichwertige Lebensbedingungen im ländlichen Raum“. Gleichzeitig, so Fischer, „haben wir mit gleichem Geld eine sehr viel größere Zufriedenheit bei den Fahrgästen erreicht“.

Fahrgäste sehr zufrieden

Und die spricht für sich: Eine Fahrgastbefragung zeigte im Schulnotensystem, dass nicht nur Preis-/Leistung, Pünktlichkeit und zeitliche Verfügbarkeit mit hervorragenden Werten zwischen 1 bis 2 bewertet wurden. Vor allem auch die Freundlichkeit, Hilfsbereitschaft der Fahrer wie auch Sauberkeit und Komfort erhielten Bestnoten zwischen 1,25 und 1,6. Als Sprecherin der Umlandgemeinden ist Breitenenthal Bürgermeisterin Gabriele Wohlföhler überzeugt: „Um zukunfts-fähig zu sein, müssen unsere Gemeinden Mobilität anbieten. Das gelingt mit dem Flexibus in vollem Umfang“.

Hohe Auslastung

Die Menschen im Bedienegebiet nehmen den Bus hervorragend an. Mehr als 10 Prozent der Bewohner (fast zwei Drittel sind Frauen) sind Flexibus-Nutzer. „Das ist fast das 10-fache der üblichen Zahlen im ÖPNV“, freute sich Josef Brandner. Mehr als 300 Haltestellen im Einsatzgebiet, bis zu 128 Fahrgäste pro Tag und eine Pünktlichkeit von 95 Prozent sprechen zudem für dieses bedarfsorientierte ÖPNV-Angebot, das sich mühelos „auf andere Städte mit einem Einwohnerpotenzial von 10.000 bis 20.000 Einwohnern und einer Fläche von 35 bis 70 Quadratkilometern übertragen lässt“, so Josef Brandner. Das Know-How, die logistische Dienstleistung, Telematiksystem und GPS-Datenauswertung erfolgt dann dezentral in der leistungsfähigen ÖPNV-Fahrtwunschannahme, die BBS Reisen in Krumbach für dieses Konzept aufgebaut hat und anderen Betreibern zur Verfügung stellen kann. Die Verkehrsdurchführung, die überall zwischen Main und Bodensee möglich ist, erfolgt durch die Verkehrsunternehmer vor Ort. „Der Flexibus könnte zum Krumbacher Exportschlager werden“, sagte Fridolin Kerler, der als Geschäftsführer des ältesten deutschen Verkehrsverbundes, dem Verband Mittelschwäbischer Kraftfahrzeuglinien (VMK), die Konzessionen für die Abwicklung auf den öffentlichen Linien besitzt.

Großes Interesse an Konzept

Das Interesse an diesem bayerischen Pilotprojekt ist enorm: Nicht nur Stadtratsdelegationen aus der näheren Region haben sich den Flexibus im Live-Betrieb angesehen. Auch Entscheider aus Niederbayern und Oberbayern bekundeten bereits ihr Interesse. „Mittlerweile schaut man auch in Baden-Württemberg auf unser Anrufbus-System“, so BBS-Geschäftsführer Josef Brandner, der kürzlich das Produkt Flexibus dort einer größeren Anzahl Gemeinden vorgestellt hat. Kein Wunder, dass die ÖPNV-Beauftragten bei den Kommunen und Kreisen genau hinsahen: Im Verbundgebiet des VVM, in dem der Flexibus fährt, wurden zu 4 Prozent Fahrgaststeigerung insgesamt bei – im Landkreis Günzburg allein sorgte der Flexibus für eine achtprozentige Steigerung.

Weitere Informationen unter: www.flexibus.net



Positive Bilanz nach einem Jahr Flexibus – die Bürgermeister der Stadt und der Verwaltungsgemeinschaft: Gabriele Wohlföhler (Breitenenthal), Herbert Kubicek (Ebershausen), Hubert Fischer (Krumbach), Karl Weiß (Waltenhausen), Ilse Thanopoulos (Wiesenbach), Georg Düscher (Aletshausen), Verkehrsunternehmer Josef Brandner jun. und stv. VMK-Vorsitzender Josef Brandner sen. (von links nach rechts). Nicht auf dem Bild: Bürgermeister Norbert Weiß (Deisenhausen).

Bardusch Textilmietdienste:

Berufskleidung für alle Branchen

So individuell, wie jedes Unternehmen sich darstellt, gestaltet der Textildienstleister Bardusch aus Ettlingen auch die passende Berufskleidung für alle Branchen und Anforderungen. Die Idee dahinter: Je wohler sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fühlen, umso mehr bringen sie sich ein.

Hochwertige und hautsympathische Materialien, ein bequemer Schnitt in attraktivem Design und clevere Details – so präsentiert sich die neueste Kollektion Evolution für Handwerk und Gewerbe. Für nahezu jede Branche steht die passende Farbe zur Verfügung. Applikationen und Details wie Namens- und Logo des Trägers, Name und Logo des Unternehmens oder der Kommune in unterschiedlichster Ausführung unterstreichen die Individualität.

Hohe Funktionalität

Bundhose und –Jacke, Overall, Latzhose, Hemd, Weste und Mantel sind mit perfekt durchdachten Details ausgestattet, die mit einem extrem hohen Tragekomfort auch eine optimale Funktionalität verbinden. Netzeinsätze unter den Armen sorgen für eine optimale Belüftung. Aufgesetzte Taschen für Werkzeuge, Zollstock, Papiere und Handy erleichtern den schnellen Zugriff. Verdeckte Knöpfe und Klettverschlüsse erhöhen den Sicherheitsfaktor. Das hochgezogene Rückenteil an der Latzhose schützt den empfindlichen Nierenbereich.

Bewegungsfreiheit und perfek-

ter Sitz werden durch Golfalten am Rücken gewährleistet. Ein Stüftfach mit Blasebalg verbindet Funktionalität und Passform. Praktische Verschlüsse sorgen für ansprechende Optik und guten Schutz.

Der Erfolg der Dienstleistung zeigt sich in der hohen Akzeptanz bei großen und kleinen Unternehmen rund um den Erdball. Denn Sicherheit und Stil bewähren sich immer.

Weitere Informationen unter: www.bardusch.de



Kleidung, die sitzt und schützt.

Die besten Ausflugstipps im Bahnland Bayern

Ein Tag im Erlebnisbad, eine Wanderung in den Bergen oder ein spannender Museumsbesuch: Bayern bietet zahlreiche Freizeitmöglichkeiten für jedes Alter, jeden Geschmack und jeden Geldbeutel – und meist unkompliziert mit den bayerischen Bahnen zu erreichen. Wem die passenden Ideen für die Ausflugssaison noch fehlen, der erhält ab sofort ausgewählte Ausflugstipps der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) an bayerischen Bahnhöfen und in Tourismusbüros oder wird auf www.bahnland-bayern.de, der neuen Website der BEG, fündig.

Die warmen Temperaturen im Sommer machen vielen wieder Lust auf Ausflüge. Bayern bietet eine Vielzahl an attraktiven Ausflugszielen, die Touristen wie Einheimische jedes Jahr aufs Neue anziehen. Und die meisten dieser Ziele sind ganz unkompliziert mit Bus und Bahn zu erreichen. Wer nach Ideen oder Anregungen sucht oder sich über das ein oder andere Ausflugsziel informieren will, dem stehen ab sofort die „Ausflugstipps im Bayern-Takt“ der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) zur Verfügung.

Der Faltprospekt stellt mit kurzen informativen Texten 20 lohnende Ausflugsziele in ganz Bayern vor. Darüber hinaus enthält er den gesamten Streckennetzplan Bayerns sowie ein unterhaltsames Gewinnspiel. Die „Ausflugstipps im Bayern-Takt“ sind jetzt an fast allen bayerischen Bahnhöfen und in vielen Tourismusbüros erhältlich. Zudem lassen sie sich auf der neuen Website der BEG herunterladen oder kostenlos als gedrucktes Exemplar nach Hause bestellen.

Bayerischen Ausflüglern und Touristen bietet der Freistaat was immer das Herz begehrt: Ein atemberaubendes Bergpanorama, zahlreiche Sportmöglichkeiten im Sommer und Winter, wunderschö-

ne Seen, historische Städte oder international bekannte Museen.

So verschieden die Geschmäcker sind, so unterschiedlich gestalten sich auch die Freizeitmöglichkeiten. Daher lassen sich auf der Homepage bei der Suche nach dem Ausflugsziel ganz bequem der eigene Schwerpunkt und die gewünschte Region in Bayern festlegen. So kann man nach Freizeitaktivitäten aus den Bereichen Baden, Familie, Kunst und Kultur, aktives Naturerleben sowie Sehenswürdigkeiten suchen.

Aufteilen lässt sich die Suche in die bayerischen Regionen Allgäu/Bayerisch-Schwaben, Franken, Ostbayern und Oberbayern.

Und die Website der Bayerischen Eisenbahngesellschaft bietet noch mehr: Neben allgemeinen Informationen zum bayerischen Nahverkehr, finden Nutzer den gesamten bayerischen Streckennetzplan zum Herunterladen sowie einen Link zum Bayern-Fahrplan, der Online-Reiseauskunft der BEG.

Der Bayern-Fahrplan bietet umfassende Fahrplaninformationen zum gesamten öffentlichen Verkehr. Zudem informiert die Homepage über das beliebte Bayern-Ticket sowie über Tarife und Geltungsbereiche aller regionalen Tickets in Bayern: Vom EgroNet-Ticket, das für Bus und Bahn sowohl in den bayerischen Landkreisen Hof, Kulmbach, Bayreuth und Wunsiedel als auch in Teilgebieten Sachsens, Thüringens und Böhmens gilt, bis zum Werdenfels-Ticket, mit dem sich Ausflügler das herrliche Alpen- und Voralpengebiet vom Ammersee-Nordufer bis Mittenwald erschließt.

Weitere Informationen unter: www.bahnland-bayern.de

Freifahrt für uniformierte Polizisten

Was die Sicherheit im ÖPNV betrifft, arbeiten Verkehrsunternehmen und Polizei in Bayern schon seit vielen Jahren eng zusammen. Der Landesverband Bayerischer Omnibusunternehmen e.V. (LBO) hat nun die Initiative des Bayerischen Innenministers für eine generelle Freifahrtregelung für uniformierte Polizisten aufgegriffen und bei seinen Mitgliedern für die Sicherheitspartnerschaft geworben. Inzwischen haben 181 private bayerische Omnibusunternehmen ihre Zustimmung für die kostenlose Beförderung von uniformierten Polizeibeamten in ihren Linienbussen erteilt.

Die generelle Freifahrtregelung für Polizeivollzugsbeamte in Uniform im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft erhöhe die Präsenz von Sicherheitskräften in den Beförderungsmitteln und sei deshalb eine geeignete Maßnahme, um Gewalt gegenüber Fahrgästen zu verhindern und Zivilcourage zu fördern.

Sicher zur Schule

Neues Präventionsplakat zeigt ABC-Schützen den richtigen Weg

2009 gab es in Bayern 636 Schulwegunfälle. 782 Kinder wurden dabei verletzt und ein Todesfall war zu beklagen. Besonders gefährdet sind die Kleinsten, die gerade erst in die Schule gekommen sind und ihren Schulweg und dessen Gefahren noch nicht gut kennen. Häufig schätzen sie Entfernungen und Geschwindigkeiten falsch ein. Mit dem neuen Plakat „Sicher zur Schule“, das die Versicherungskammer Bayern gemeinsam mit der Landesverkehrswacht Bayern entwickelt hat und nun bayernweit an Grundschulen verteilt, können Schulanfänger ab dem neuen Schuljahr richtiges Verhalten im Straßenverkehr spielerisch erlernen.

Anhand von 12 kindgerechten Comicbildern werden Themen wie Blickkontakt mit Autofahrern, das Überqueren von Straßen mit Hilfe von Schülerlotsen oder das sichere Einsteigen in den Schulbus erläutert. Auch die Bedeutung des sichersten Schulwegs, der mit den Eltern geübt werden soll, wird aufgezeigt.

Kultusministerium unterstützt Aktion

Das Plakat wurde am 6. Juli stellvertretend für alle bayerischen Grundschulen an die Grundschule an der Bad-Soden-Straße übergeben. Musikalisch umrahmt von einer Orff-Gruppe der Grundschule, überreichten Josef Erhard, Ministerialdirektor des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, Horst Schneider, Präsident der Landesverkehrswacht Bayern und Claudia Scheerer, Pressesprecherin der Versicherungskammer Bayern, der Schulleiterin Ilse Krimmel und ihren Schülern das Poster.

Pädagogisch wertvoll

Pädagogisch wertvoll aufbereitet, können sich die Kinder laut

Aichach:

Neuer Verkehrsübungsplatz

Gemeinschaftsprojekt von Stadt, Landkreis und elf Gemeinden

Im Oktober 2008 erfolgte der erste Spatenstich, nun wurde er eingeweiht: Der neue Verkehrsübungsplatz in Aichach macht Kinder des nördlichen Landkreises fit für den Straßenverkehr. Das rund 3.900 Quadratmeter große Gelände löst den alten Platz an der Schulstraße ab.

In Abstimmung mit Jugendverkehrsschule und Verkehrswacht entstand ein Übungsfeld wie im „richtigen Leben“: Kreisverkehr, Ampelanlagen, Einbahnstraßen und Zebrastreifen sind integriert, so dass Grundschüler hier ihren Fahrradführerschein unter realitätsnahen Bedingungen machen können.

Übungsparadies

Ergänzt wird die Anlage durch ein Schulungsgebäude, in dem auch Büro, Werkstatt, Toiletten und eine Fahrradgarage untergebracht sind. „Ein Übungsparadies, das eine neue Epoche in der Verkehrserziehung unserer Kinder einläutet – in einem immer hektischer und gefährlicher werdenden Straßenverkehr ein absolutes Muss“, erklärte Bürgermeister Klaus Habermann.

Ermöglicht wurde das Projekt

Horst Schneider „mit einem Blick an die Themen erinnern“, die im Rahmen der Verkehrserziehung besprochen wurden. Claudia Scheerer betonte, dass „Verkehrssicherheitsarbeit weiterhin kontinuierlich geleistet werden“ muss, „um nachhaltig erfolgreich zu sein.“ So soll die Beschäftigung mit dem neuen Plakat und seinen Schulwegregeln nach Scheerer „zur geliebten



Josef Erhard, Ministerialdirektor des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus (l.), Horst Schneider, Präsident der Landesverkehrswacht Bayern (r.) und Claudia Scheerer, Pressesprecherin der Versicherungskammer Bayern (2. v. l.), übergeben Schulleiterin Ilse Krimmel und ihren Schülern das neue Poster (2.v. r.).

mit einem Gesamtvolumen von etwa 350.000 Euro durch eine beispielhafte interkommunale Zusammenarbeit. Die Stadt



Zahlreiche Prominenz bei der feierlichen Eröffnung des neuen Verkehrsübungsplatzes in Aichach.

Pflichtaufgabe“ aller bayerischen Erstklässler werden.

Ministerialdirektor Erhard dankte den bayerischen Grundschullehrkräften für ihre „lebenswichtige Arbeit“, die sie mit pädagogischen Maßnahmen wie der Erläuterung des neuen Plakats „Sicher zur Schule“ leisten. Erhard wies darauf hin, dass die Landesverkehrswacht gemeinsam mit der Versicherungskammer Bayern gerade „zur rechten Zeit, nämlich vor dem Start ins neue Schuljahr, einen neuerlichen Beitrag“ zur Sicherheit von ABC-Schützen auf dem Schulweg leisten.

Langanhaltende Partnerschaft für die Sicherheit

Die Versicherungskammer Bayern verbindet mit der Landesverkehrswacht Bayern eine langjährige Partnerschaft. Seit 2001 schreiben sie jährlich den Wettbewerb für den Bayerischen Verkehrssicherheitspreis aus. Das Thema Sicherheit spielt auch in den weiteren Kooperationen des Unternehmens (u.a. Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Feuerwehren), eine tragende Rolle.

Anforderungen des ÖPNV an den Bundeshaushalt 2011:

„Ohne finanzielle Zusagen droht vielerorts der Stillstand“

vzbv-Studie trifft beim VDV auf Unverständnis

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) fordert von der Bundesregierung eine finanzielle Sicherstellung des Substanzerhaltes für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Deutschland. Der Bund müsse im Zuge der laufenden Beratungen für den Haushalt 2011 langfristig Planungssicherheit für die Verkehrsunternehmen schaffen. „Wir wissen um die schwierige Haushaltslage. Der ÖPNV ist jedoch systemrelevant und ohne finanzielle Zusagen der Regierung droht uns vielerorts der Stillstand“, sagt VDV-Präsident Jürgen Fenske.

Laut einer Studie, die den Finanzbedarf eines Grundangebotes für den ÖPNV ermittelt hat, gibt es bereits heute einen Rückstau bei den Erneuerungsinvestitionen in Höhe von 2,35 Milliarden Euro. Für die Verkehrsanlagen der Nichtbundeseigenen Eisenbahnen (NE-Bahnen) besteht zusätzlich ein Erneuerungsbedarf in Höhe von 150 Millionen Euro jährlich.

28 Mio. Fahrgäste täglich

„Rund 28 Millionen Fahrgäste sind täglich in Deutschland mit Bussen und Bahnen unterwegs. Die Fahrgastzahlen nehmen konstant zu. Neben den ökologischen Entlastungswirkungen, der Relevanz des Verkehrsangebotes für Pendler und dem Wirtschaftsstandort Deutschland, ist vor allem die verkehrswirtschaftliche Bedeutung ein wichtiger Faktor“, so Fenske. Um dieser Rolle weiter gerecht zu werden, fordert der Verband einen Erhalt der Regionalisierungsmittel des Bundes über das Jahr 2014 hinaus sowie eine Dynamisierung der Mittel um jährlich 2,5 Prozent.

Aktuelle Presseberichte zur Studie der Verbraucherzentrale Bun-

desverband e.V. (vzbv) über die Verwendung der Regionalisierungsmittel nahm der VDV mit Verwunderung zur Kenntnis: So werden nach dieser Studie angebliche Ineffizienzen in der Mittelverwendung für einzelne Bundesländer angeführt. Die Studie berücksichtigt allerdings nicht, dass die Regionalisierungsmittel bezüglich der Höhe des Investitionsanteils zwischen den einzelnen Ländern sehr stark variieren. Auch fällt der Finanzierungsanteil von Buslinien, die ein SPNV-Angebot ersetzen, zwischen den Bundesländern sehr unterschiedlich aus. Der VDV sieht daher die vom vzbv angewandte Methodik als wenig transparent und sehr fragwürdig an. Fenske unterstrich, dass die Regionalisierungsmittel für den Betrieb des ÖPNV, vor allem im Schienenpersonennahverkehr, zur Aufrechterhaltung eines ausreichenden ÖPNV-Grundangebotes in der vollen Höhe erforderlich seien.

Arbeitsplätze sichern

Wichtig ist auch, dass die zur Verfügung gestellten Gelder keine Einweginvestitionen sind. Die

ÖPNV-Unternehmen geben jährlich rund zwölf Milliarden Euro für Investitionen und Vorleistungen aus. Rund 90 Prozent, also über 10 Milliarden Euro, fließen davon wieder in die deutsche Wirtschaft. „Jeder in den ÖPNV investierte Euro bringt einen gesamtwirtschaftlichen Nutzen von bis zu vier Euro“, erklärte Fenske. Busse und Bahnen schaffen auch Arbeitsplätze in Deutschland: Über 500.000 Arbeitsplätze hängen direkt und indirekt vom ÖPNV und Schienengüterverkehr ab und sind nicht ins Ausland verlagerbar. Damit leistet die Branche einen bedeutenden Beitrag für die öffentlichen Haushalte.

Wirtschaftlichkeit gesteigert

Auch jenseits der öffentlichen Mittel arbeitet der ÖPNV an einer Verbesserung seiner Finanzlage, um die Haushalte so wenig wie möglich zu belasten. Die Unternehmen haben beispielsweise in den letzten Jahren ihre eigene Wirtschaftlichkeit trotz gekürzter Mittel stark verbessert. So steigerte sich der Kostendeckungsgrad von 68,8 Prozent in 2000 auf rund 77 Prozent im Jahr 2008. „Trotz aller Anstrengungen kann der ÖPNV die anstehenden Herausforderungen nur mit politischer Unterstützung stemmen. Der weitere Kostenanstieg und die fälligen Erneuerungsinvestitionen können nicht zu 100 Prozent durch höhere Fahrgelderlöse gedeckt werden“, sagte Fenske.

SICHERHEIT ALTERSVORSORGE VERMÖGEN



www.mission-finanzcheck.de/bayern

Im Auftrag Ihrer Finanzen:
das Sparkassen-Finanzkonzept.

Jetzt Termin vereinbaren.



Unser Auftrag: Ihre Finanzen. Unser Service: umfassende Beratung, wann und wo Sie wollen. Mit dem Finanz-Check analysieren wir gemeinsam Ihre Situation und erstellen mit dem Sparkassen-Finanzkonzept eine sichere Rundumstrategie für Ihre Zukunft. Mehr dazu in Ihrer Geschäftsstelle oder unter www.mission-finanzcheck.de/bayern. Wenn's um Geld geht – Sparkasse.

Ausbau der Elektromobilität in Bayern:

200.000 Elektroautos bis 2020

Die Staatsregierung setzt massiv auf den Ausbau der Elektromobilität in Bayern.

Staatskanzleichef Siegfried Schneider: „Unser Ziel ist es, dass im Jahr 2020 rund 200.000 Elektroautos auf Bayerns Straßen unterwegs sind. Dazu müssen Politik, Industrie und Forschung an einem Strang ziehen. Im intensiven Dialog mit der Wirtschaft entwickeln wir die Rahmenbedingungen für die Elektromobilität, bauen gemeinsam die notwendige Infrastruktur auf und schaffen ein

maßgeschneidertes Förderinstrumentarium.“ Zur Unterstützung der Initiativen und Anstrengungen der Unternehmen stärkt die Staatsregierung nach den Worten Schneiders in einer Fünf-Punkte-Strategie die Forschung, setzt auf Modellregionen und Modellstädte, baut im Rahmen der Cluster-Strategie die Zusammenarbeit von Industrie, Hochschulen und Forschungseinrichtungen aus, fördert verstärkt Leuchtturm-Projekte und prüft weitere Vorhaben zur schnelleren Markteinführung.

Bayerisches Kabinett in Bad Kissingen:

Fokus auf Region Main-Rhön

Die Zukunftsperspektiven der Region Main-Rhön standen im Mittelpunkt einer Tagung des bayerischen Kabinetts im unterfränkischen Bad Kissingen. Ministerpräsident Horst Seehofer und Wirtschaftsminister Martin Zeil unterstrichen, dass Unterfranken insgesamt gut dastehe. Dies sei allererst ein Verdienst der Bürgerinnen und Bürger sowie der mittelständisch geprägten Wirtschaft, die mit Fleiß, Beharrlichkeit und Innovationskraft ihr Unterfranken lebendig und lebenswert gestalteten. Aber auch die Bayerische Staatsregierung habe in der Vergangenheit mit vielen strukturpolitischen Entscheidungen einen Beitrag für die positive Entwicklung Unterfrankens geleistet.

Die Elektromobilität als innovative Technologie wird eine der tragenden Säulen des neuen Zukunftsprogramms „Aufbruch Bayern“ sein. Mit der Entscheidung, dass Bad Neustadt a. d. Saale erste bayerische Modellstadt für Elektromobilität werden soll, hat das Kabinett nunmehr einen wichtigen Baustein im Rahmen der bayerischen Fünf-Punkte-Strategie für Elektromobilität ganz bewusst im Raum Main-Rhön gesetzt. Seehofer und Zeil: „Wir wollen in Bayern das Thema Elektroantriebe – diese zukunftsweisende, umweltfreundliche Technologie – maßgeblich mitgestalten. Bad Neustadt soll dabei eine Vorreiterrolle einnehmen.“

Technologietransferzentrum

Zudem beschloss der Ministerrat, dass Bayern die Initiative zur Errichtung eines Technologietransferzentrums (TTZ) der FH Schweinfurt in Bad Neustadt nachhaltig unterstützen wird. Da-

zu Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch: „Das Main-Rhön-Gebiet verfügt als industriell-technisch geprägter Standort über sehr gute Voraussetzungen für ein TTZ mit dem Schwerpunkt Elektromobilität. Auf der einen Seite sind hier eine Reihe von wichtigen innovativen Kfz-Zulieferern, Elektrounternehmen und zahlreiche mittelständische Fahrzeugtechnik-Unternehmen und Handwerksbetriebe angesiedelt. Außerdem ist die Hochschule für angewandte Wissenschaften – Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt in der Elektrotechnik und im Maschinenbau sehr gut aufgestellt.“

Diese Fachgebiete betreffen die Kerntechnologien der Elektromobilität wie die Leistungselektronik, elektrische Antriebstechnik, Nachrichtentechnik oder Energietechnik. Es bietet sich an, diese Ressourcen der Hochschule mit dem Know-how der regionalen Unternehmen der Elektro- und Automobilzulieferbranche in ei-

nem gemeinsamen Technologietransferzentrum für Elektromobilität zu bündeln.“

Telepräsenz-Medizin

Innerhalb von vier Jahren soll im Landkreis Bad Kissingen darüber hinaus ein „Zentrum für Telepräsenz-Medizin“ entstehen. Damit will der Freistaat die Versorgung von Patienten auch außerhalb der medizinischen Kompetenzzentren weiter stärken, so Gesundheitsminister Dr. Markus Söder. Mit Hilfe von Telemedizin könne das in den Gesundheitsregionen vorhandene Spezialwissen auch in anderen Regionen verfügbar gemacht werden. Ziel des Projektes sei, einzelne Telemedizin-Aktivitäten

zu bündeln und telemedizinische Verfahren weiter zu entwickeln.

Die Rhön soll auch künftig den UNESCO-Titel „Biosphärenreservat“ tragen. Söder zufolge ist die Rhön ein Inbegriff für intakte Natur und eine attraktive Landschaft. Bayern unterstütze den Wunsch der Region nach einer Erweiterung des Biosphärenreservats ausdrücklich.

Neuentwicklung

Von Seiten des Freistaats steht zudem einer städtebaulichen Neuentwicklung des Areals Steigenberger Hotel / Kurgastzentrum / Kurhausbad im Staatsbad Bad Kissingen nichts mehr im Wege. Der Ministerrat hat der vom Finanzministerium vorgeschlagenen Vorgehensweise zugestimmt. Als erster Schritt sollen zwei von der Staatsregierung finanzierte, unabhängige Projektentwickler bis Ende September die Voraussetzungen für die Realisierbarkeit einer wirtschaftlichen Hotelnutzung auf dem Steigenberger Areal durch einen Privatinvestor prüfen.

Dazu Finanzstaatssekretär Franz Pschierer: „Alle Beteiligten sind jetzt aufgerufen, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass ein Privatinvestor eine realistische Chance erhält, das Areal mit einer wirtschaftlichen Hotelnutzung neu zu beleben. Das ist auch im Interesse der Stadt Bad Kissingen, denn nur ein breites und marktgerechtes Hotelangebot mit einem attraktiven Preis-/Leistungs-Verhältnis stärkt den Gesundheitstourismus auf Dauer und schafft sichere Arbeitsplätze.“ Nach Abschluss der Projektstudien sollen mit Hilfe einer europäischen Ausschreibung möglichst bald potenzielle Investoren und Betreiber für diese Immobilie in der Premiumlage von Bad Kissingen gefunden werden.“

Neues Behördenzentrum

Darüber hinaus hat sich die Staatsregierung bereit erklärt, das Luitpoldbad für 21 Millionen Euro zu sanieren, mit dem Ziel dort ein Behördenzentrum zu errichten. Im Gegenzug müsse sich allerdings auch die Stadt Bad Kissingen am operativen Betrieb des

Staatsbades beteiligen und die bauplanungsrechtlichen Vorgaben entsprechend anpassen. Finanzminister Georg Fahrenschon: „Uns liegen die bayerischen Staatsbäder sehr am Herzen, deshalb hat sich der Freistaat in der Vergangenheit intensiv für die Staatsbäder und im Besonderen für Bad Kissingen eingesetzt. Dies wird auch künftig der Fall sein.“ Allein in den letzten zehn Jahren hat die Staatsregierung über 56 Millionen Euro in die Infrastruktur von Bad Kissingen investiert, darunter allein 34,5 Millionen Euro für die Sanierung des Regentenbaus. Der Unterhalt der zahlreichen denkmalgeschützten Liegenschaften der Staatsbäder ist extrem aufwendig. In den letzten 15 Jahren hat der Freistaat alleine für die Liegenschaften der fünf Staatsbäder über 157 Millionen Euro und davon über 100 Millionen Euro in Unterfranken aufgewendet.

7,8 Millionen Euro Kurtaxe

Die bayerischen Staatsbäder zählen jährlich rund 3,2 Millionen Übernachtungen, das entspricht etwa 4,2 Prozent der Gesamtübernachtungen in Bayern. Die Kurtaxe-Einnahmen belaufen sich jährlich auf etwa 7,8 Millionen Euro. Sie kommen in voll-em Umfang dem operativen Kur-Geschäfts zugute. DK

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rölle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 44 vom 01.01.2010

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergsstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Dachmarke Oberfranken:

Einmalig und besonders

Rund 30.000 Besucher feierten den 5. Tag der Franken in Kulmbach. Die Gastgeber, der Bezirk Oberfranken und Stadt und Landkreis Kulmbach, hatten für viele Highlights gesorgt und Brauchtum und Vielfalt in Oberfranken in den Mittelpunkt der Veranstaltung gestellt.

Auch Oberfranken Offensiv-Forum Zukunft Oberfranken e.V. war mit einem Stand vertreten und präsentierte der Öffentlichkeit die Dachmarke Oberfranken, die in den letzten Monaten gemeinsam mit zahlreichen Akteuren aus der Region erarbeitet wurde. Dabei hatte der Verein auch Unterstützung durch prominente Vertreter Oberfrankens. Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, Thomas Gottschalk, Regierungspräsident Wenning und der Kulmbacher Oberbürgermeister Henry Schramm outeten sich als aktive Bekenner zur Dachmarke und machten im Oberfranken-Shirt eine gute Figur. „Die Dachmarke Oberfranken“, so zu Guttenberg, „ist in dieser Form einmalig“. Sie ist eine wichtige Plattform für die positive Positionierung Oberfrankens nach innen und nach außen“.

Großes Interesse an neuem Marketing

Auch im brillanten Vortrag des Bezirksheimatpflegers Prof. Dr. Günter Dippold, der beim Festakt eine stärkere Berücksichtigung Frankens in Hinblick auf kulturelle Belange in Bayern forderte, fand die Dachmarke Oberfranken Beachtung.

Die Vorsitzende von Oberfranken Offensiv-Forum Zukunft Oberfranken e.V., Staatssekretärin Huml war begeistert von den prominenten Markenbotschaftern. „Ich würde mir wünschen, dass wir Oberfranken unsere Heimat bei jeder Gelegenheit stolz präsentieren.“ Zu Guttenberg hatte am Tag der Franken verraten, dass er bei fast jeder Talkshow einen Hinweis auf seine Heimat Oberfranken bringe.

Nachdem die Dachmarke und das viel diskutierte Oberfranken-Logo erstmals präsentiert wurden, geht der Dachmarkenprozess für Oberfranken weiter. Nun wird der Verein Oberfranken Offensiv-Forum Zukunft Oberfranken e.V. seinen Auftritt der Dachmarke anpassen. Dann folgt die Anpassung der Projekte des Vereins unter der Dachmarke, u.a. das Familienportal und die Aktivregion.

Innerhalb eines Monats haben eine Reihe von Landkreisen, Städten, Gemeinden, Kammern, Vereinigungen und Verbänden Interesse an der Verwendung des Logos der Dachmarke erkennen lassen, stellt der oberfränkische Regierungspräsident und 1. stellv. Vorsitzende von Oberfranken Offensiv-Forum Zukunft Oberfranken e.V. zufrieden fest. „Ein toller Erfolg“ – so Wenning. □

Wie macht man eine Region deutschland- und europaweit bekannt? Wie lockt man internationale Investoren an? Und wie überzeugt man andere von den Vorteilen und der Lebensqualität seiner Heimat? Die meisten Gegenden versuchen es mit der Macht von bunten Hochglanzbroschüren, knalligen Internetauftritten und unzähligen Werbeprospekten. Ein bayerischer Regierungsbezirk geht einen anderen Weg: Niederbayern setzt auf die Kraft des Wortes und der Netzwerke. Rund einhundert prominente Persönlichkeiten rühren heute als Botschafter Niederbayerns im In- und Ausland die Werbetrommel für ihre Heimat.

Die Idee dazu hatte das Regionalmarketing Niederbayern. Der Erfolg bestätigt die Wirksamkeit dieser ungewöhnlichen Marketingstrategie. Zukünftig sind noch mehr „niederbayerische Diplomaten“ in engagierter Mission für ihre Heimat zwischen Straubing, Landshut und Passau auf dem ganzen Globus unterwegs: In der niederbayerischen „Botschaft“ – auch das ein genialer Marketing-Schachzug – in München wurden nun elf neue „Ambassadors“ ernannt.

Aushängeschilder

Das Prinzip des niederbayerischen Modells ist so einfach wie genial: Unternehmer, Sportler oder Kulturschaffende werden auf ihren Reisen um den Globus zu lebenden Aushängeschildern für ihre Heimat. Ausgestattet mit eigenen Visitenkarten mit Logo, kurzem Infomaterial und der Ehre, ein Botschafter Niederbayerns zu sein, werden sie zu engagierten Werbem. 94 Kultur-, Unternehmer- und Sportgrößen sind inzwischen im „diplomatischen Auftrag“ Niederbayerns aktiv. Im Kreis der „Hobby-Diplomaten“ befinden sich unter anderem Comedystar Django Asül, Bauernpräsident Gert Sonnleitner, Schauspieler Charles M. Huber und der Ex-Eishockey-Profi Alois Schloder.

Weltweite Präsenz

„Durch diese Botschafter ist unsere Region jetzt in ganz Deutschland und sogar weltweit präsent“, sagt Michael Kliebenstein, für das Regionalmarketing zuständiger Projektleiter bei der Regierung von Niederbayern in Landshut. Bayerns ehemaliger Wirtschafts- und Finanzminister Erwin Huber – auch er ist gebürtiger und überzeugter Niederbayer – hat den Sinn der Botschafteridee einmal so auf den Punkt gebracht: „Keine Werbestrategie kann so effizient sein wie die Erfahrung der Menschen, die die Gnade haben, hier zu wohnen“, erklärte Bayerns langjähriger Staatskanzleichef und

Staatsminister Erwin Huber, der selbst gebürtiger Niederbayer ist.

Eines verbindet alle Botschafter: Sie stehen voll hinter Niederbayern und dieser „Lokalpatriotismus“ wird durch die Botschafterrolle noch gestärkt. Einmal im Jahr lädt das Regionalmarketing die Botschafter zu einem großen Galaempfang, in diesem Jahr in die – wenn auch symbolische – niederbayerische Vertretung in München. „Manche Leute schmunzeln, wenn sie die Visitenkarte unseres Ambassadors sehen – aber die schmunzeln mit über den selbstironisch verwendeten Titel ‚Exzellenz‘ und schon sind im Gespräch über die inhaltliche Botschaft“, sagte Niederbayerns Bezirksstadtspräsident Manfred Hölzlein in seiner Laudatio.

Hohe Lebensqualität

Die hohe Lebensqualität, die Nähe zu den Metropolen und zum „Grünen Dach Europas“ gleichermaßen, innovative Unternehmen und modernste Hochschulen: Niederbayerns Botschafter können mit vielen Argumenten punkten. Viele der Botschafter mehrten durch ihre Rei-

sen ins In- und Ausland Woche für Woche den niederbayerischen Ruf. Für Bezirkstadtspräsident Hölzlein das wichtigste Kriterium für die Berufung: „Unsere Botschafter müssen als Sympathieträger über die Region hinaus wirken – also quasi im ‚Ausland‘“, betonte er.

„Diplomatischer Dienst Niederbayern“

Der Journalist und Nockherberg-Redenschreiber Hannes Burger übergab die Ernennungsurkunden in dem zur „Botschaft Niederbayerns“ ernannten Bayerwald-Haus im Münchener Westpark unter anderem an den Gründer der bekannten Kindermusikband „Donnikl und die Weißwürschtl“ Andreas Donauer, dessen Lied „So a schöner Tag“ die Charts stürmte, den Deggendorfer Bauunternehmer Günther Karl, den mehrfach ausgezeichneten Vilsbiburger Großbäcker Anton Mareis, den Landshuter Sicherheitsdienstleister Vinzenz Reif, den Gebäudereinigungs-Spezialisten Anton Werner, den in Landshut geborenen BMW-Marketingbeauftragten Christian Timmer sowie den Künstler Karl Wirkert.

Mit der Ernennung der elf Botschafter wurde der „diplomatische Dienst“ Niederbayerns auf 94 Persönlichkeiten erweitert. Die niederbayerischen Gesandten werden von den Landräten und Oberbürgermeistern des Bezirks für dieses Ehrenamt vorgeschlagen. odx



Die Bürgermeister des Landkreises AIC-FDB besuchten jüngst im Rahmen einer Infofahrt die „Europäische Kulturhauptstadt Essen“ und wurden in diesem Rahmen auch von Bürgermeister Rudolf Jelinek (Mitte) im Essener Rathaus empfangen. Die Bürgermeister waren allesamt sehr angetan und überrascht von der überaus grünen Metropolregion Ruhrgebiet, die den Strukturwandel (nach Schließung fast sämtlicher Zechen) hervorragend gemeistert hat. Obligatorisch war natürlich auch ein Besuch der „Zeche Zollverein“ (Weltkulturerbe) und der städtebaulich hochinteressanten, historischen Siedlung Margarethenhöhe. □

Zum 60. Geburtstag von Cornelia Irmer:

„Einfach anders“

Am 3. Juli feierte die Geretsrieder Bürgermeisterin Cornelia Irmer ihren 60. Geburtstag. Sie ist die erste Frau, die im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen zur Rathauschefin gewählt wurde. Der Slogan „Einfach anders“, den sich die junge Stadt im Oberland auf ihre Fahnen geschrieben hat, passt auch gut zu der parteifreien Kommunalpolitikerin. Als Quereinsteigerin hat sie für einen gänzlich neuen Stil im politischen Umgang miteinander gesorgt.

„Ich versuche, so transparent und nachvollziehbar wie möglich zu handeln“, betont die Bürgermeisterin. Dazu gehöre auch, die Führungskräfte im Haus in die wichtigen Entscheidungen mit einzubeziehen. Auch die Kooperation mit den Parteivertretern funktioniere ausgezeichnet, was nicht zuletzt daran liegen mag, „dass ich einfach die Menschen gerne mag, gerne Gespräche führe, Diskussionen auch nicht scheue“. „Die Leute spüren es, wenn man sie mag. Und das hat, glaube ich, damals zu meinem Wahlerfolg beigetragen.“

Erdrutschsieg 2004

Mit „damals“ meint Cornelia Irmer das Jahr 2004, als sie den CSU-Bürgermeister Hans Schmid mit einem Erdrutschsieg (58,5 Prozent) beerbte. 2008 wurde sie mit über 93 Prozent der Geretsrieder Stimmen wieder gewählt.

In Geretsried wohnt die gebürtige Unterfränkin seit 30 Jahren. Zuvor lebten sie und ihr Mann Klemens in Frankfurt, wo die gelernte Industriekauffrau bei verschiedenen Firmen tätig war. In Geretsried fand Irmer eine Anstellung bei Ilpea-Canfield und war bis zur Geburt ihres Sohnes Exportsachbearbeiterin und Chefsekretärin. Danach war sie „13 Jahre mit der Kindererziehung beschäftigt“.

1987 stieg die dreifache Mutter wieder ins Berufsleben ein. Aus der Teilzeitstelle bei Cyanamid in Wolfratshausen wurde bald ein Vollzeitjob. Irmer wurde nach kurzer Zeit Personalreferentin und absolvierte eine Ausbildung zur Personalfachkauffrau. Nach

der Übernahme von Cyanamid wurde sie bei Haupt Pharma als Personalleiterin weiter beschäftigt und war später Prokuristin. Irmer bildete sich zur internen Managementberaterin weiter. Im Jahr 2000 wechselte die Geretsriederin zu einer Tochtergesellschaft der Stadt München. Bei der Münchenstift war sie bis 2004 als Personalleiterin für knapp 2000



Cornelia Irmer.

Beschäftigte verantwortlich.

Neben ihrem beruflichen Leben ist Cornelia Irmer in zahlreichen Vereinen und Verbänden ehrenamtlich aktiv. So ist sie Gründungsmitglied des Geretsrieder Mütterclubs, war ehrenamtliche Richterin am Finanz- sowie am Arbeitsgericht München und übernahm das Amt der Diözesanvorsitzenden in der Katholischen Arbeitnehmerbewegung München/Freising.

„Ich habe immer versucht, mich weiterzubilden, mich zu qualifizieren. Ich habe auch keine Angst gehabt vor neuen Aufga-

ben. Das ist ein wichtiges Kriterium. Aber das gilt für Männer wie für Frauen gleichermaßen“, macht Cornelia Irmer deutlich. Wer weiterkommen wolle, müsse sich auch neuen Aufgaben stellen.

Grundsätzlich ist sie der Meinung, „dass Frauen sich mehr einmischen sollten – und zwar in allen Lebensbereichen“. Auch müssten sie ihre Anliegen stärker vertreten; egal ob in der Schule, in der Ausbildung, in der Familienphase oder im Berufsleben. Die Frauen sollten sagen, was sie bedrückt, was sie gut oder schlecht finden und welche Vorschläge sie haben. „Das ist für mich ganz selbstverständlich.“

Aktive Gestaltung

Aufgrund der Tatsache, dass keine Fraktion im Geretsrieder Stadtrat die absolute Mehrheit hat, müssen sich alle Stadträte aktiv in der Diskussion um Mehrheiten in Sachfragen bemühen. Dadurch wurde einiges bewegt, was in der Vergangenheit liegen geblieben war: So wurde beispielsweise das Energieeinsparcontracting durchgesetzt und das gesamte Stadtzentrum um den Karl-Lederer-Platz umgestaltet.

Auf der politischen Tagesordnung steht dagegen nach wie vor das Bemühen um eine Verlängerung der S-Bahn nach Geretsried. Diese hätte nach Irmers Einschätzung nicht nur für Geretsried, sondern auch für die gesamte Region positive Auswirkungen. Geretsried, mit seinen inzwischen 24.000 Einwohnern größte Stadt des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen, benötige für seine Weiterentwicklung unbedingt den S-Bahn-Anschluss. Dies sei im Übrigen auch ein Anliegen der Geretsrieder Firmen, die über Fachkräftemangel klagten und sich durch eine bessere Erreichbarkeit erhofften, diese Lücke zu schließen. **DK**

gebote für Babys und Kleinkinder in ihrer Nähe.

Dazu haben es sich die KoKis zur Aufgabe gemacht die Angebote aller Akteure im Bereich der frühen Kindheit, wie zum Beispiel der Gesundheitshilfe, der Familienbildung, der Beratungsdienste, der Kindergärten und der Jugendhilfe besser zu vernetzen. D.h. die bereits vor Ort zur Verfügung stehenden Unterstützungsmöglichkeiten sollen gebündelt, und damit den Eltern besser zugänglich gemacht werden. Es wird weiter angestrebt die Kommunikation aller in Frage kommenden Stellen, Institutionen und Personen zu verbessern, und somit kurze Wege zu schaffen.

Die KoKi hat hierbei eine Beratungs- und Navigationsfunktion inne, die sowohl den Familien, als auch sämtlichen Netzwerkpartnern zur Verfügung steht. Mit der Netzwerkarbeit wollen sich die KoKis aber auch bei den Eltern bekannter machen. „Es ist uns ein wichtiges Anliegen, dass unsere Netzwerkpartner die Eltern über

das Angebot informieren und gegebenenfalls an die KoKi weitervermitteln“, erklären Ulrike Diehl und Mario Davids von der KoKi Bamberg-Land.

Weichen für späteres Leben

Hintergrund für die Initiative in Stadt und Landkreis sind neueste Forschungsergebnisse, welche auf die Bedeutung der ersten Lebensjahre hinweisen. In der frühen Kindheit werden die Weichen für die weitere Entwicklung des Kindes gestellt. Diese sensible Phase bedarf daher einer besonderen Aufmerksamkeit. Vorläufer der KoKis war ein Modellprojekt, welches in mehreren Bundesländern, unter anderem auch in Bayern, zwei Jahre lang erprobt wurde. Die Bayerische Staatsregierung unterstützt nun mit einem eigens aufgelegten Förderprogramm die bayernweite Einführung dieser Koordinierungsstellen. **□**

Weitere Informationen: www.bamberg-familienfreundlich.de

GZ

Gestern
hat mein Chef gesagt ...



„Aus und vorbei – Hauptsach' aber, wir war'n dabei.“
Oh je! Mein Chef, der Bürgermeister, schmiedet in seiner Begeisterung Verse, die so schief sind wie der Ton einer Vuvuzela. Dabei will er doch nur ausdrücken, wie es uns allen geht – wir vermissen die WM.

War das nicht herrlich? Wochenlang gab es immer etwas „in ein paar Tagen“, auf das man sich freuen und hinfiebern konnte: Auf das nächste Spiel der deutschen Mannschaft, ob die Schweizer vielleicht nach Spanien noch einen Favoriten schlagen, ob die sympathische südafrikanische Gastgebermannschaft wenigstens ein Spiel mal gewinnt.

Nicht zu vergessen, dass die WM ein uner-schöpfliches Reservoir für Small-talk war: Ob in der Kantine oder im Bus, ob auf einem Stehempfang oder in der Theaterpause, egal ob das Gegenüber FCB-Fan oder Clubberer war: Man hat

Optimismus und Fairness

te immer brandfrischen Gesprächsstoff. In Deutschland waren 82 Millionen Nationaltrainer für fast jedes Land außer Nordkorea am fachsimplen, einschätzen, wägen, Chancen suchen, Aufstellungen diskutieren und Offensivstrategien austüfeln. Wie wohlthuend abwechslungsreich und amüsant gegenüber dem ewigen Reden vom Wetter – vor der WM, weil es zu kalt und nass war; nach der WM, weil es zu heiß und trocken ist.

Die Deutschen waren selig, wieder einmal auf moderne, unverkrampfte und offenerherzige Weise zu zeigen, dass auch sie Patrioten sein können. Die Autofahrer sind ja mittlerweile ein gewohnter Anblick; die Männer, die Nationaltrikots über ihre Bierbäuche ziehen, wohl ein hinzunehmen- des Übel. Aber pfiffig und trendig fand ich eine Frau, die zum schwarzen Top die Deutschland-Fahne als Wickelrock trug. Sah echt klasse aus.

Wir haben uns in vielerlei Hinsicht von unserer besten Seite gezeigt. Eine Popband konnte die verballhornte Landesbezeichnung „Schland“ in die Welt setzen und niemand verkindete den Untergang des Abendlandes. Bei der Schiedsrichter-Fehlentscheidung des nicht gegebenen Tors für

England waren die Proteste bei unseren Fans fast lauter als bei den Insulanern. Deutschland war gut drauf und hat sich mit sich und den anderen über schöne Spiele und tolle Siege gefreut. Bis dann ganz zum Schluss die Späßbremsen (ich vermeide jetzt mal das Wort Reichsspäßbremse, um nicht statt auf die vorletzte Seite in die Schlagzeilen zu kommen) wieder sauerköpfigen und be-

schlossen, dass ein dritter Platz kein Grund zum Feiern wäre und deshalb ein großer Empfang für die Nationalmannschaft ausfiel. Schland, oh Schland, kann ich da nur sagen. So mancher Bronze-Medaillen-Gewinner bei Olympia freut sich den Wolf und wird zum Ehrenbürger seiner Gemeinde erklärt. Aber wenn die Nationalmannschaft zur drittstärksten der Welt (und gleichzeitig der drittstärksten Europas) wurde, ist nicht mal ein kleiner Autokorso drin.

Überhaupt unsere Nationalmannschaft: Jung, dynamisch, erfolgsorientiert. Voller Teamgeist, Spielwitz und Motivation. Integrationsgewinner und Führungspersönlichkeiten. Auch Stil und Eleganz sind nicht zu kurz gekommen. Nein, ich habe mich weder in Müller noch Özil verguckt, sondern nur Attribute aneinandergereiht, mit denen die Presse aufgemacht hat – die aber auch irgendwie eine Metapher für das sind, wie wir Deutschland sehen, was wir von unserem Land erwarten oder zumindest, wie wir es uns wünschen. Die „bunte Republik“ des Bundespräsidenten und Seehofers „Chancenland“ in einem!

Mein Chef, der Bürgermeister, hängt noch ein bisschen seiner WM-Nostalgie nach. Aber er weiß: Alles Schöne muss zu Ende gehen, damit es etwas Besonderes bleibt. Hauptsache, es wirkt etwas nach: Der Optimismus, die Fröhlichkeit und die Fairness dieser Wochen sind Eigenschaften, die wir in der Gesellschaft an 365 Tagen im Jahr gut brauchen können. Und wer immer noch dem Finale nachtrauert, dem zeigt der Chef das heutige Kalenderblatt mit einem Satz Barack Obamas: „Zu den tollsten Dingen im Sport zählt, dass man ein gutes Spiel spielen und trotzdem verlieren kann.“

the
Sabrina

Koordinierungsstelle Frühe Kindheit

„Gemeinsam für einen guten Start ins Kinderleben“ – dies ist das Motto der neuen „Koordinierungsstellen Frühe Kindheit“, kurz „KoKi“. Seit Herbst 2009 gibt es in Stadt und Landkreis Bamberg jeweils eine Anlaufstelle speziell für werdende Eltern und Familien mit Kleinkindern im Alter von 0-3 Jahren. Für Oberbürgermeister Andreas Starke stellen die KoKis ein wichtiges Angebot in der Familienregion Bamberg dar. „Wir wollen, dass gerade junge Familien sich bei uns wohlfühlen und in allen Belangen die notwendige Unterstützung erfahren“, so Starke.

Erklärtes Ziel der KoKis ist es, die „frischgebackenen Eltern“ mit Tipps und Informationen für die neue Familienphase zu versorgen. „Mit der Geburt eines Kindes beginnt für die ganze Familie ein neuer Lebensabschnitt“, so Landrat Dr. Günther Denzler. „Es muss ein neuer Rhythmus im Familienleben gefunden werden, auch wenn bereits Kinder da sind. Dies stellt die Eltern immer vor neue Herausforderungen.“

Die Fragen, die die Eltern beschäftigen sind vielfältig. Häufige Themen sind die Entwicklung

und die Förderung des Kindes aber auch Unsicherheiten bei Anträgen oder Behördenkontakten. Hier bieten die Koordinierungsstellen ihre Unterstützung an. „Unser Angebot ist völlig unverbindlich, kostenlos und absolut vertraulich. Man kann sich auch jederzeit anonym an uns wenden“, stellen die Sozialpädagoginnen Ellen Höhn und Karin Gottwald von der KoKi der Stadt Bamberg heraus. Bei Bedarf bekommen die Eltern Empfehlungen zu weiteren Beratungsdiensten oder Informationen über An-



Landrat Dr. Günther Denzler und Oberbürgermeister Andreas Starke mit den Ansprechpartnern der KoKi (v. l.) Karin Gottwald, Ulrike Diehl, Mario Davids und Ellen Höhn. **□**



Goldene Kulturplakette für Gerhard Jenemann

In Anerkennung der herausragenden Verdienste um das Kulturleben seiner Heimatstadt und der Region Alzenau wurde Gerhard Jenemann (l.) von Bürgermeister Walter Scharwies mit der Kulturplakette der Stadt Alzenau in Gold ausgezeichnet. **□**

Landkreise Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld:

„Bayerns Region des Jahres 2010“

Der erste Preis des Wettbewerbs „Region des Jahres“ geht in diesem Jahr nach Unterfranken. Das landkreisübergreifende Regionalmanagement der Landkreise Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld wurde mit dem Titel „Bayerns Region des Jahres 2010“ ausgezeichnet. Das Regionalmanagement im Wirtschaftsraum Augsburg A3 und das Regionalmanagement Cham wurden jeweils mit einem zweiten Platz bedacht.

Wie Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel bei der Bilanzkonferenz Regionalmanagement in Laufing a. d. Salzach erläuterte, haben die Regionalinitiativen überzeugend dargestellt, welche innovativen Elemente ihr Regionalmanagement in der Organisation, Arbeitsweise und Öffentlichkeitsarbeit be-

sitzt. Sie hätten vorbildlich gezeigt, wie Barrieren für Innovation überwunden werden können und regionale Akteure zu innovativem Handeln motiviert werden.

Innovative Ansätze seien in der Arbeit des landkreisübergreifenden Regionalmanagements Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld fest verankert. „Die Preisträger haben

für die Region wichtige Themen wie Gesundheitswirtschaft oder Bildung aufgegriffen und landkreisübergreifende Kooperationen initiiert“, lobte Hessel.

Früchte der Anstrengung

Auch Unterfrankens Regierungspräsident Dr. Paul Beinhof gratulierte den Landräten Thomas Bold (Bad Kissingen) und Thomas Habermann (Rhön-Grabfeld) zur Auszeichnung. Vor elf Jahren hätten sich die Landkreise Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld gemeinsam auf den Weg gemacht,

mit dem Instrumentarium des Regionalmanagements ihre Region voranzubringen. Die Früchte ihrer Anstrengungen seien zahlreiche verwirklichte Projekte in ihren Landkreisen und eine enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit, wie man sie höchst selten finde. „Es freut mich sehr, dass Ihr persönliches Engagement, die kompetente Arbeit Ihrer Regionalmanagerinnen sowie Ihrer Verwaltungen bayernweit diese Anerkennung erhalten hat“, so Beinhof in seinem Gratulations-schreiben. **DK**

Leben mit Behinderung:

Fast überall Verbesserungsbedarf

Modellprojekt des Bezirks Oberbayern untersucht den Alltag von Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen können beim täglichen Einkauf im Landkreis Weilheim-Schongau auf Verständnis und Hilfsbereitschaft hoffen. Die Verkäuferinnen und Verkäufer in Supermärkten und anderen Geschäften werden als „überwiegend freundlich und hilfsbereit erlebt“. Das ist ein Ergebnis einer in Bayern bislang einmaligen Studie zum Alltag behinderter Menschen, die der Bezirk Oberbayern zusammen mit dem Behindertenbeirat und dem Landkreis Weilheim-Schongau angestoßen hat.

Die Untersuchung zur „Örtlichen Teilhabeplanung im Landkreis Weilheim-Schongau“ wurde vom Zentrum für Planung und Evaluation Sozialer Dienste (ZPE) der Universität Siegen erstellt. Ein Jahr lang analysierten die Forscher im Auftrag des Bezirks Oberbayern mit Interviews, Fragebögen und Datenerhebungen wie Menschen mit Behinderungen leben, welche Hilfen es für sie vor Ort gibt – und wo sie auf Hürden stoßen. Mit den Ergebnissen der Studie soll die „Inklusion“, also die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am alltäglichen Leben, verbessert werden.

Gute Ansätze vorhanden

Der Abschlussbericht zu dem Modellprojekt erscheint im Dezember. Bereits jetzt legten die Forscher erste Zwischenergebnisse ihrer Arbeit vor – und diskutierten sie mit rund 100 Betroffenen und Akteuren, die im Landkreis in der Behindertenhilfe tätig sind. Die Ergebnisse dieser Diskussionen fließen in den Abschlussbericht ein. „Es gibt schon gute Ansätze im Landkreis zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen“, fasste ZPE-Wissenschaftler Timo Wessel die Zwischenergebnisse zusammen. „Wir haben aber auch in fast allen

untersuchten Bereichen Verbesserungsbedarf ausgemacht.“

Einige wichtige Ergebnisse der Analyse:

Wohnen: Zwar ist das Angebot an stationären und ambulant betreuten Wohnformen vielfältig. Es mangelt aber oft an Wohnungen, in denen Menschen mit Behinderungen eigenständig alleine, mit Partner oder in einer Wohngemeinschaft leben können – gegebenenfalls mit der notwendigen Unterstützung. Hier gebe es „zu wenig Wohnraum sowohl im freien wie auch im sozialen Wohnungsbau“, heißt es in der Studie. „In unseren Interviews ist deutlich geworden, dass Vermieter oft noch Vorurteile gegenüber Menschen mit Behinderungen haben“, berichtet Experte Wessel.

Arbeitsmarkt: Nur ganz selten finden Menschen mit Behinderungen einen Job außerhalb der Werkstätten für behinderte Menschen. Die Bereitschaft der Arbeitgeber, behinderte Beschäftigte einzustellen, sei gering – die Chance, auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Stelle zu finden, entspreche „ungünstig“.

Behördengänge: Die Untersuchung bescheinigt Landkreis und Kommunen zwar eine „hohe Sensibilität“ beim Um- und Neubau öffentlicher Gebäude. Für Menschen mit bestimmten Behinde-

rungsarten können Behördengänge dennoch schwierig sein. Nur selten stehen etwa für hörgeschädigte Menschen Gebärdendolmetscher bereit. Bescheide und Schriftverkehr werden von Menschen mit geistiger Behinderung wegen der schweren Sprache oft gar nicht oder nur mit Hilfe eines Assistenten verstanden.

Öffentlicher Verkehr: Busse sind in aller Regel barrierefrei zugänglich. Was es jedoch nicht gibt, sind Fahrpläne in leichter Sprache, mit Piktogrammen oder Fotos versehen. Sie würden es Menschen mit geistiger Behinderung erleichtern, den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen. Angemahnt wird in der Untersuchung vor allem auch der behindertengerechte Ausbau des Weilheimer Bahnhofs.

Politische Beteiligung: In politischen Gremien sind Menschen mit Behinderungen vergleichsweise gut vertreten. Auf Landkreisebene gibt es einen Behindertenbeirat und einen Behindertenbeauftragten. In Städten und Gemeinden ist das noch die Ausnahme. Dort kümmern sich spezielle Ansprechpartner um die Belange behinderter Menschen.

Löffler neuer Chamer Landrat

Im Oberpfälzer Landkreis Cham hat der CSU-Kandidat Franz Löffler mit knapper Mehrheit die Wahl zum Landrat gewonnen.

Der Oberpfälzer Bezirkstagspräsident kam bei der Stichwahl auf 50,33 %. Damit lag er nur 264 Stimmen vor seinem Gegenkandidaten, dem Schondorfer Bürgermeister Max Schmaderer (FW). Die Wahlbeteiligung lag bei 38,61 %. Im ersten Wahlgang vor zwei Wochen hatte keiner der fünf Bewerber die absolute Mehrheit erhalten.

Neue Bürgermeister

In drei Orten im Freistaat wurden zudem in Stichwahlen neue Bürgermeister bestimmt. In But-

Kinder und Jugendliche: Die Frühförderung von Kindern mit Behinderung ist gut ausgebaut. Bei den Kindergärten gibt es einige integrative Angebote. Der Besuch des Regelkindergartens um die Ecke ist für behinderte Kinder aber noch nicht immer möglich. Die Bereitschaft, behinderte Kinder in Regelschulen einzubinden, sei vorhanden, heißt es in der Studie. Für die Umsetzung seien jedoch nach Angaben der befragten Schulen kleinere Klassen und mehr Lehrerstunden nötig.

Teilhabeplanung Weilheim-Schongau

Die „Örtliche Teilhabeplanung im Landkreis Weilheim-Schongau“ ist ein in Bayern bislang einzigartiges Modellprojekt. Die Idee dafür hatte der Behindertenbeirat im Landkreis. Der Bezirk Oberbayern finanziert die Umsetzung des Projekts. Der Landkreis unterstützt es als Kooperationspartner. Die wissenschaftliche Begleitung liegt beim Zentrum für Planung und Evaluation Sozialer Dienste (ZPE) der Universität Siegen.

Für seine Analyse hat das ZPE rund zwei Dutzend betroffene Menschen zu ihrer Lebenssituation befragt. Darüber hinaus sichten die Forscher umfangreiche statistische Daten und befragten Vertreter der verschiedenen Träger und Einrichtungen der Behindertenhilfe im Landkreis Weilheim-Schongau.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen GemeindeZeitung liegt eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.



Bayerischer Landkreistag:

Neuer Präsident zu Gast bei den oberfränkischen Landräten

Der neu gewählte Präsident des Bayerischen Landkreistages Landrat Dr. Jakob Kreidl, Miesbach (sechster von rechts), war auf Einladung des Bezirksvorsitzenden der oberfränkischen Landräte, Landrat Reinhard Leutner (zweiter von rechts), zu Gast bei der Sitzung der oberfränkischen Landräte in Schloss Burgellern im Landkreis Bamberg.

Oberfranken war der erste Regierungsbezirk, dem Präsident Dr. Kreidl seine Aufwartung machte. Im Beisein von Regierungspräsident Wilhelm Wenning (erster von links) sowie dem Geschäftsführenden Präsidialmitglied Johannes Reile (zweiter von links) erläuterte der neue Präsident seine Vorstellungen über den künftigen Kurs des Landkreistages.

Dabei ging es unter anderem um den kommunalen Finanzausgleich, die enorm gestiegenen Sozialhilfekosten und Fragen der Verwaltungsreform. Ein wichtiges Thema der Tagung war die Entwicklung der Landkreisfinanzen. Landrat und Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler berichtete über den Stand der Diskussion der Finanzausgleichszahlungen des Freistaates Bayern an die bayerischen Bezirke (Haupt-einnahmequelle der Bezirke neben der Bezirkumlage). Bezirksvorsitzender Landrat Reinhard

Leutner machte dabei deutlich, dass die Landkreise die zu erwartenden Erhöhungen bei der Bezirkumlage zwangsläufig an die Städte, Märkte und Gemeinden weitergeben müssen. Dies wiederum schränkt den finanziellen Handlungsspielraum der Kommunen weiter enorm ein.

Neukonzeption der Landesentwicklung

Weitere Themen der Tagung waren die Neukonzeption des Landesentwicklungsprogramms, die Weiterentwicklung der Verwaltungsreform und die Neustrukturierung der Hauptschulen. Regierungspräsident Wenning informierte die Landräte, dass die vom Bund geplante Rückführung der Städtebauförderung um 50 % nicht nur bei den Städten, sondern auch für das flache Land erhebliche negative Auswirkungen hätte. Hier gelte es gegenzusteuern.

LIEFERANTEN -



NACHWEIS

Absperpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
 Querstraße 8 · Abteilung GZ
 9 6 4 0 6 C O B U R G
 Tel. 09561/55270 · Fax 552723
 eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz

Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
 Möblierung für Aussen
 • Abfallbehälter
 • Absperpfosten
 • Fahrradständer
 • Sitzbänke u.a.
 Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 winnenden
 Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
 www.beck-aussenmoeblierung.de

Berufskleidung

hardusch
 Textil-Mietdienste
 Bardusch GmbH & Co. KG · Textil-Mietdienste · Bundesweit
 www.bardusch.de · Tel.: 01801 - BARDUSCH (22 73 87 24)

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
 WWW.FAHNEN-KOCH.DE
 FAHNEN KOCH GMBH
 Querstraße 8 · Abteilung GZ
 9 6 4 0 6 C O B U R G
 Tel. 09561/55270 · Fax 552723
 eMail info@fahnen-koch.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Geschenke für Neugeborene

kerler
 Alles in Textil bestickt — gewoben — bedruckt — bestrast — individuell gefertigt !
 z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters.
 z. B. BW-Tragetaschen 500 St. einfarbig bedruckt
 € 360,00 + MwSt. + Film.
 Kerler GmbH
 Schwanthaler Straße 100, 80336 München
 Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587
 post@kerler.de www.kerler.de

Hausmeisterservice

Biete
Hausmeisterservice
 im Großraum München
 Chiffre: GZ-17252

Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
 Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen
 Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199
 E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
 Entdecke die Welt des Spielens

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Schacht-Ausrüstungen

Hailo
 Schachtabdeckungen, Schachtleitern
 Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
 Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
 Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
 Postfach 1262 · D-35702 Haiger
 Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
 Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen
 Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199
 E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
 Entdecke die Welt des Spielens

Sportgeräte

www.benz-sport.de
BENZ®
 SPORT
 Tel. 07195/69 05-0 · Fax: 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de

Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner
 a BUCHER company
 Gmeiner GmbH
 Winterdiensttechnik · Germany
 Daimlerstraße 18 · 92533 Wernberg-Köblitz
 Telefon: +49 (9604) 93267-0
 Internet: www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
 ☎ 05326/502-0
 Wartehallen
 38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
 Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
 weihnachtsbeleuchtung
 beratung · planung · vertrieb
 grünware · lichtschlauch · led
 gerasmühlstr. 23
 90547 stein
 telefon: 0911/69 39 65
 telefax: 0911/69 59 63
 deko-jochum@t-online.de
 www.deko-jochum.de
 Vertragshandel für **adulle**
 Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!



ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 22. Juli 2010 | 61. Jahrgang | Nummer 14



BAYERISCHE GemeindeZeitung

GZ-DOKUMENTATION

Info-Tag für kommunale Entscheidungsträger:

„Power für Bayerns Kommunen!“

**GZ-Fachveranstaltung in Garching mit kompetenten Energie-Fachleuten
Kooperationspartner Bayerischer Gemeindetag und Bayerischer Städtetag**

Die globalen Entwicklungen der jüngsten Zeit haben die Diskussion um eine sichere und bezahlbare Energieversorgung hierzulande weiter angefeuert. Die Kommunalpolitiker fühlen sich stärker denn je in der Verantwortung und brauchen zur Erfüllung ihrer Aufgaben zuverlässige Partner. Beim 3. GZ-Energie-Fachforum im Bürgerhaus in Garching bei München, dem mehr als 300 Gäste beiwohnten, trafen die Entscheidungsträger aus Kommunen und weiteren Behörden, die Verantwortlichen aus Verwaltungen sowie haupt- und ehrenamtliche Mandatsträgerinnen und Mandatsträger auf kompetente Fachleute aus Politik, Wissenschaft und Energiewirtschaft. Präsentiert wurden neue Produkte, Dienstleistungen und Lösungsansätze, die weitgehend sind für energiesparende Ausstattungsmöglichkeiten sowie Sanierungen der Städte und Gemeinden.

Ziel war es erneut, das Netzwerk von Angebot und Nachfrage enger zu knüpfen und persönliche Kontakte zu ermöglichen. Fachvorträge und eine eigens organisierte Fachausstellung schufen die Grundlage für informative Begegnungen, gute Gespräche und interessante Diskussionen. Mit Vorführungen von Elektro-Tesla, Elektro-Mini (siehe dazu auch Seite 6), Segways und elektrisch angetriebenen Fahrrädern wurden dieses Jahr auch neue Antriebsformen vorgestellt.

Eine unvergleichliche Mitfahrgelegenheit mit dem Tesla Roadster ermöglichte die BEW Bayerische Elektrizitätswerke GmbH, Augsburg. Der Tesla Roadster wird ausschließlich durch Lithium-Ionen-Akkus, d. h. durch leistungsfähige Akkus wie sie in Mobiltelefonen und Laptops verwendet werden, angetrieben. Die 6.381 Akkus liefern die Kraft für den 238 PS (185 kW) starken Elektromotor, der mit bis zu 13.000 Umdrehungen werkt.

wendet werden, angetrieben. Die 6.381 Akkus liefern die Kraft für den 238 PS (185 kW) starken Elektromotor, der mit bis zu 13.000 Umdrehungen werkt.

Hinweis:

Die Vorträge aller Fachreferenten können unter www.gemeindezeitung.de nachgelesen und heruntergeladen werden. □

Die Höchstgeschwindigkeit beträgt über 200 km/h.

Bei Elektromotoren steht das maximale Drehmoment viel früher zur Verfügung als bei einem Benzinmotor, weshalb der Tesla Renner von 0 auf 100 km/h in knapp vier Sekunden beschleunigt.

nigt. Ein Kupplungspedal gibt es nicht, mit einem Hebel wird einer der zwei Gänge gewählt und die Elektronik regelt den Rest. Der erste Gang reicht bis 100 km/h, Schalten im Stadtverkehr erübrigt sich. Nach etwa 350 Kilometern ist es ratsam, eine „Tankstelle“ anzusteuern und sich dreieinhalb Stunden Zeit für das Aufladen der Akkus zu nehmen. Mit einer eigenen Solaranlage auf dem Garagendach wird die Fahrt zu einem preiswerten Spaß ohne Abgase.

Neue Antriebsform

Segway Inc. als ein führendes Unternehmen elektrobetriebener Zweiräder ist es wiederum gelungen, mit dem Segway Personal Transporter ein innovatives und umweltfreundliches Transportmittel zu schaffen, das aufgrund seiner Fortbewegung als selbstbalancierendes Fahrzeug einzigartig ist. Der Segway fährt mit der Stromladung von einem Euro 200 Kilometer weit und produziert im Vergleich zu einem handelsüblichen Motorroller mit 50 ccm pro gefahrenem Kilometer 60 Gramm weniger CO₂-Emission.

Der einzigartige Elektroroller des Deggendorfer Unternehmens orientiert sich an den Bewegungsabläufen des menschlichen Körpers und ermöglicht durch die intuitive Handhabung bereits nach kurzer Zeit ein sicheres Fahren. Er reagiert auf jede Körperbewegung und fährt, sobald sich der Fahrer

sierung eingesetzt werden. Anstelle einer Kältemaschine sorgt eine effiziente Umwälzpumpe für die Kühlung des Stadions. Die Kosten für die Erzeugung der Kälte sinken von 25.000 auf unter 5.000 Euro pro Jahr.

Lechwerke und Stadtwerke Augsburg haben die Wärme- und Kälteerzeugung gemeinsam finanziert und errichtet und liefern aus der Anlage Wärme, Kälte und Wasser zur Rasenbegrünung. Die Refinanzierung erfolgt über eigenständige Contractingverträge – eine Art Leasing zwischen dem FCA und LEW einerseits und dem FCA und den Stadtwerken andererseits. Trotz höherer Kosten kann der Betreiber noch erheblich Geld einsparen. Ein zusätzlicher Vorteil ist die Reduzierung der Wasserkosten, da das Wasser aus den Brunnen auch zur Bewässerung der Rasenflächen verwendet werden kann.

Das innovative Energiekonzept wirkt sich positiv auf die Umweltbilanz der neuen Arena aus. Durch den Einsatz von Strom aus Wasserkraft, Gas aus Bio-Erdgas, Rapsöl für Notstromaggregat, Grundwasser für Rasenheizung, Grundwasser zur Gebäudekühlung und Grundwasser zur Rasenbegrünung werden jährlich etwa 700 Tonnen CO₂ eingespart. **DK**

nach vorne lehnt. Das Bremsen erfolgt durch leichtes Zurücklehnen. Möglich wird dies durch eine hoch intelligente Technik, die nach dem Prinzip der dynamischen Stabilisierung funktioniert.

Wie GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel bei ihrer Begrüßung betonte, benötigten Kommunen heute in vielfacher Hinsicht „möglichst Stärke, die aus eigenem Vermögen erwächst“. „In den Kommunen“, so ihre Prognose, „werden diejenigen die beste Energie-Politik machen, die ‘stark’ sind, weil sie am besten informiert sind und deshalb eine kluge Auswahl treffen können aus den vielschichtigen und differenzierten Angeboten.“

Differenzierte Konzepte

Die Kommunen befänden sich an einer bedeutenden Schnittstelle, so Anne-Marie von Hassel: „Einerseits haben sie zahlreiche eigene Gebäude sowohl ökonomisch als auch ökologisch nachhaltig zu bewirtschaften, zum anderen sollen sie für die Bürger mit gutem Beispiel vorangehen und zum Dritten gestalten sie die Rahmenbedingungen für ihre Bürger.“



Das 3. GZ-Energie-Fachforum in Garching verzeichnete mehr als 300 Teilnehmer aus ganz Bayern. □

ger.“ Neue Technologien und differenzierte Konzepte erforderten heutzutage ein deutlich vernetztes Denken und Arbeiten. „Unter bestimmten Voraussetzungen haben Sie die Mehrzahl Ihrer Bürger dabei auf Ihrer Seite. Der jeweils eigene Geldbeutel darf dabei als gewichtiges Argument keinesfalls unterschätzt werden.“

„Energieeinsparung und erneuerbare Energien sind heute in aller Munde“, hob die „Hausfrau“, Garchings Erste Bürgermeisterin

Hannelore Gabor hervor. Der so wichtige Schutz des Klimas verpflichte jeden Bürger, über diese beiden Themen intensiv nachzudenken und verantwortungsbewusst Folgerungen zu ziehen. Den Städten und Gemeinden komme dabei zweifellos eine Vorbildwirkung zu. Vor dem Hintergrund der allgegenwärtigen Debatten über den Klimawandel sei es unerlässlich, auch lokal und regional konkrete, alltagstaugliche Lösungsstrategien zu entwickeln. **DK**



Mit erneuerbaren Energien zum Klimaschutz

Dezentrale Energie – Biomasse – Biogas – Geothermie
Grubengas – Fernwärme

Evonik New Energies GmbH St. Johanner Straße 101–105, 66115 Saarbrücken
TELEFON +49 681 9494-00, TELEFAX +49 681 9494-2211
info-new-energies@evonik.com, www.evonik.de/new-energies

Evonik. Kraft für Neues.



EVONIK
INDUSTRIES

Arno Pöhlmann / Lechwerke AG:

Impuls Arena - weltweit erstes CO₂-neutrales Stadion

Wärmepumpen werden erfolgreich zum Beheizen oder Kühlen von Wohngebäuden, Schwimmbädern oder Gewerbebetrieben eingesetzt. Eine Wärmepumpe nutzt Energie aus der Umwelt. Diese erneuerbare Energie wird aus dem Grundwasser, dem Erdreich oder der Außenluft entnommen und zur Beheizung von Wohnraum sowie zur Erwärmung von Brauchwasser umgesetzt, so LEW-Marketingleiter Arno Pöhlmann. Die Nutzung der Wärmeenergie spart nicht nur Heizkosten, sondern ist durch die deutlich geringere CO₂-Belastung wesentlich umweltfreundlicher als zum Beispiel eine Ölheizung.

Nun wird auch die neue, im Juli 2009 eröffnete Augsburger Impulsarena mit Grundwasserwärmepumpen beheizt. Im Frühjahr 2008 führten die Lechwerke Bohrungen nach Grundwasser auf dem Gelände vor. Die Bohrung wurde schon nach etwa 10 Metern Tiefe fündig. Bis auf insgesamt 42 Metern wurde die Bohrung vorangetrieben. Ein Pumpversuch erbrachte eine Fördermenge von 30 Litern pro Sekunde oder 108 Kubikmeter pro Stunde. Das waren die Voraussetzungen zum Betrieb leistungsstarker Wärmepumpen, die die Erdwärme des Grundwassers nutzt.

Die Fußball-Arena wird durch zwei Großwärmepumpen mit einer Heizleistung von jeweils 645 Kilowatt versorgt. Damit diese genug Wärme bereitstellen können,

mussten ein zusätzlicher Förderbrunnen sowie zwei so genannte Schluckbrunnen gebohrt werden. Die Schluckbrunnen bringen das Grundwasser nach dem Wärmeentzug wieder in den Boden ein. Ein integrierter Gasbrennwertkessel dient an Spieltagen in der Hauptsache der Warmwasserbereitung.

Beheizt werden Businessclub, VIP-Boxen, Umkleidekabinen, Geschäftsräume und der Rasen. Die Rasenheizung dient dazu, die Grasaufgabe auch im Winter wasserdurchlässig zu halten. Staunässe und Schmutzpflügen werden so vermieden. Der Rasen hält somit länger.

Grundwasser steht ganzjährig mit einer Temperatur von etwa 10 bis 12 Grad Celsius zur Verfügung. Im Sommer kann das Grundwasser daher zur Klimati-

Evonik New Energies GmbH:

Maßgeschneiderte Lösungen

Evonik New Energies GmbH, ein Unternehmen des Essener Industriekonzerns Evonik Industries AG, ist **Energiespezialist im Bereich der Erneuerbaren Energien und dezentralen Energieversorgung. Das Unternehmen ist darauf spezialisiert, maßgeschneiderte Energielösungen auf Basis effizienter und nachhaltiger Konzepte für jeden Kunden zu entwickeln und damit einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele zu leisten.**

Das Leistungsspektrum umfasst Planung und Bau von Energieanlagen sowie die Erzeugung von Strom und Wärme aus Biomasse, Biogas und geothermischen Energiequellen. Langjährige Erfahrungen bestehen zudem in der Verwertung von Gasen aus unterschiedlichen Quellen, wie Grubengas aus dem Bergbau, Hochofengas oder Deponiegas.

Evonik New Energies hat in Deutschland eine starke Position auf dem Markt für dezentrale kundenspezifische Energielösungen.

gen. Anlagen der dezentralen Versorgung sind integriert in spezifische Technikkonzepte, die an vorhandene Versorgungssituationen und der Verfügbarkeit der jeweiligen Energieressourcen angepasst werden müssen. Vor diesem Hintergrund besteht im dezentralen Bereich erheblicher technologischer Entwicklungsbedarf. Evonik New Energies untersucht in mehreren Projekten innovative Technologien, etwa im Bereich Vergärungsanlagen, Biomassevergasung, Biogasaufbereitung

oder das Hot-Dry-Rock-Verfahren im Bereich Geothermie.

Marktführer

Mit einem Anschlusswert von derzeit 105 Megawatt ist Evonik New Energies Marktführer im Bereich Planung, Bau und Betrieb von Fernwärmeversorgungsanlagen auf Basis Erdwärme. Das Unternehmen ist beteiligt an den Geothermieprojekten Erding I und II, Unterschleißheim sowie Simbach-Braunau und engagiert sich auch beim „Forschungsvorhaben zur Energiegewinnung aus heißem Tiefengestein“ im elsässischen Soultz-sous-Forêts. Im Großraum Kandel sucht Evonik New Energies gegenwärtig geeignete Standorte für geothermische Kraftwerke, die vor allem Strom erzeugen sollen.

Geothermieprojekt Erding

Im Mai vergangenen Jahres konnten der Zweckverband für Geowärme Erding und Evonik New Energies bereits das zweite Geoheizwerk in Erding offiziell

in Betrieb nehmen. Die Anlage am Kletthamer Feld ist Teil der Erweiterung der Fernwärmeversorgung auf geothermischer Basis in Erding. Der Zweckverband für Geowärme Erding investiert rund 19 Millionen Euro in diese Erweiterung. Rund 4,7 Millionen Euro entfielen dabei auf den Bau des zweiten Geoheizwerkes. Im Endausbau wird die Fernwärmeversorgung in Erding einen Anschlusswert von 63 Megawatt erreichen.

Laut Thomas Billotet, Mitglied der Geschäftsführung von Evonik New Energies GmbH, ist der Nutzen der Geothermie enorm: „Sie ist eine grundlastfähige Energie, d. h. bedarfsgerecht regelbar und unterliegt keinen witterungsbedingten Schwankungen wie die Wind- oder Sonnenenergie. Die Nutzung von Geothermie ist in unseren Anlagen ein wesentlicher Bestandteil beim Ausbau einer nachhaltigen Energieversorgung.“

Das Geothermieprojekt Erding leistet einen direkten und erheblichen Beitrag zum Klimaschutz. Im Endausbau vermeidet die Nutzung der heißen Tiefenwässer in Erding ca. 11.000 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr.

Auf dem Gelände des Geoheizwerkes befindet sich eine sog. Reinjektionsbohrung, die 2.100

Meter in die Tiefe reicht. Das „abgearbeitete“ Thermalwasser aus den beiden Geoheizwerken wird hier wieder verpresst. Beide Heizwerke nutzen die Förderbohrung am ersten Geoheizwerk. Die Entnahmemenge kann von 24 Liter pro Sekunde auf 48 Liter pro Sekunde gesteigert werden.

Arbeitsprinzip

Das Arbeitsprinzip im zweiten Geoheizwerk gleicht dem ersten. Dem Thermalwasser wird über eine Wärmepumpe und Wärmetauscher die Wärmeenergie entzogen und an den Fernwärme-

kreislauf abgegeben. Einziger Unterschied: Die Wärmepumpe im zweiten Geoheizwerk wird nicht mit Heißwasser, sondern mit Sattdampf angetrieben. Ein separater Dampfkessel liefert hierzu 7,5 Tonnen Dampf pro Stunde. Die neue Wärmepumpe, die in Indien gefertigt wurde, ist weltweit einzigartig. Grund dafür sind besondere, von Evonik veranlasste Spezifikationen, die die Störanfälligkeit erheblich mindern. Die Wärmepumpe hat eine Kühlleistung von rund 2,6 Megawatt. 86 Kubikmeter Thermalwasser durchlaufen pro Stunde die Wärmepumpe. **DK**

Christian Gelhaus / Huber SE:

Wärmerückgewinnung aus Abwasser...

...am Beispiel des Projektes Straubing

Vor kurzem erfolgte der Spatenstich für ein Projekt, das die Heiz- und Warmwasserversorgung für ca. 100 Wohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft in Straubing sicherstellen soll. Hierbei handelt es sich allerdings um keine konventionelle Heizanlage; vielmehr geht es hier um ein Projekt zur Abwasserwärmenutzung und damit um ein innovatives Verfahren mit Zukunftscharakter, wie Christian Gelhaus, Produktmanager bei Huber SE, erläuterte.

Im Rahmen der Sanierung von vier Gebäuden der städtischen Wohnungsbaugesellschaft wurde unter anderem auch das bestehende Heizsystem untersucht. Das Ergebnis dieser Untersuchungen zeigte ein deutliches Verbesserungspotential auf, indem durch den Einsatz einer Fußbodenheizung und modernster Isolierung auf eine Heizanlage mit Niedrigtemperatur zurückgegriffen werden kann. Die benötigte Energie wird mittels Wärmepumpen bereitgestellt. Das Zauberswort dieser gesamten Heizanlage ist jedoch die Abwasserwärmenutzung, die über das Huber ThermWin®-Verfahren erst möglich wird.

Hierzu werden dem Abwasser aus dem in der Nähe liegenden Kanal über 210 kW Energie entzogen, so dass in Verbindung mit Wärmepumpen mehr als 7.000 m² Wohnfläche beheizt werden und zusätzlich die Warmwasserbereitung erfolgt. Als direkte Folge ist eine deutliche Einsparung an fossilen Brennstoffen zu verzeichnen.

Wertschöpfung im Inland

Die Wärme aus Abwasser für die Beheizung von Gebäuden zu verwenden, ist Gelhaus zufolge eine innovative, CO₂-einsparende und wirtschaftliche Alternative zu konventionellen Heizmethoden. Durch den Einsatz von Niedrigtemperaturen im Heizkreislauf der Wärmepumpe werden ökonomische Wirkungsgrade erreicht. Die Amortisationszeiten liegen meist zwischen zehn und 18 Jahren – dies sei deutlich weniger als bei einer nachträglichen Gebäudedämmung. Die Wertschöpfung erfolge im Inland statt die Abhängigkeit von ausländischen Energiemärkten weiter zu zementieren.

Die Wärmeentnahme kann einerseits im Bereich der Kläranlage, vorzugsweise im Bereich des Ablaufes, entnommen werden, oder man entzieht dem Abwasser die Wärme direkt im Bereich des Kanals, um damit umliegende Gebäude zu heizen. Jedoch sollte bei einer Wärmeentnahme aus dem Kanal der Einfluss der Abkühlung auf den Kläranlagenbetrieb berücksichtigt werden, betonte Gelhaus. Während bisherige Verfahren zur Wärmerückgewinnung einen entsprechenden Wärmetauscher auf der Kanalsohle vorsahen, ist man im Hause Huber zu der Erkenntnis gelangt, dass diese Technologie nicht an allen Orten, wo ein entsprechendes

Potential zur Wärmerückgewinnung aus Abwasser vorhanden ist, eingesetzt werden kann. Zu verschiedenen seien die mannigfaltigen Randbedingungen, die durch die örtlich baulichen und hydraulischen Vorgaben bestimmt werden.

ThermWin®-Verfahren

Das Wärmerückgewinnungskonzept Huber ThermWin® beruht laut Gelhaus grundsätzlich darauf, dass die eigentliche Wärmetauschung und die weiteren, notwendigen Verfahrensschritte nicht im Abwasserkanal, sondern außerhalb bzw. oberirdisch stattfinden. Hierzu wird das im Kanal fließende Abwasser zunächst einer Siebstufe zugeführt, in der das Rechen- bzw. Siebgut abgeschieden wird. Das Sieben des Abwassers ist notwendig, um den nachfolgenden Wärmetauscher einerseits vor Verstopfungen und Verblockungen zu schützen und ihn andererseits möglichst kompakt und kostengünstig ausführen zu können. Anschließend wird das gesiebte Abwasser auf den Wärmetauscher geleitet. Aus dieser Anordnung der Anlagentechnik ergeben sich besondere Vorteile für den Betreiber und Kunden, da die Maschinentechnik sehr leicht zugänglich ist und somit äußerst wartungsfreundlich gestaltet wird.

Abwasser als Wertstoff

Die Nutzung der Wärme im Abwasser stellt einen Schritt zur Erreichung der EU-Klimaschutzziele sowie eine Steigerung der Beiträge von erneuerbaren Energien dar. Das Abwasser wird somit nicht als Abfall angesehen, sondern als Wertstoff genutzt. Die Nutzung der vorhandenen Wärme im Abwasser kann mit entsprechender Planung auch zum Kühlen im Sommer genutzt werden, die Verfügbarmachung dieser Energiequelle ist also für das ganze Jahr möglich.

Kommunales und industrielles Abwasser eröffnet mit seinen Eigenschaften als eine ausgezeichnete Wärmequelle viele Einsatzmöglichkeiten für Huber ThermWin®. Das Heizen oder die Bereitstellung von Warmwasser in großen Gebäudekomplexen, beispielsweise Seniorenheimen, Krankenhäusern oder Schulen, ist damit ebenso möglich wie die Versorgung von Nahwärmeverbundnetzen, da die Wärmequelle praktisch stadtnah bzw. in der Stadt zur Verfügung steht. **DK**

Wolfgang Götzendorfer / Südwärme AG:

Kommunen und Contracting

Binnen kürzester Zeit hat sich die Südwärme AG in Unterschleißheim zu einem Markt führenden Unternehmen entwickelt. An über 250 Standorten werden über 1.000 Gebäude mit Wärme, Kälte, Strom oder Druckluft versorgt. Die Wärmeleistung seiner Energieerzeugungsanlagen liegt im Bereich zwischen 40 kW und 25 MW.

Die Südwärme AG mit ihren derzeit etwa 2500 Mitarbeitern ist ein mittelständisch geprägter Energiedienstleister, bestehend aus einem Zusammenschluss von derzeit 30 qualifizierten Gebäudetechnikfachbetrieben. Die Grundidee dieses Zusammenschlusses ist die wirtschaftliche Realisierung der Energielieferung (Contracting) durch den Heizungsfachbetrieb, machte Wolfgang Götzendorfer (Abteilungsleiter Technik) deutlich.

Im Rahmen eines Wärmeliefervertrags versorgt Südwärme Gebäude oder Gebiete mit Wärme aus jeweils speziell dafür zugeschnittenen Heizungsanlagen. Vorhandene Heizungsanlagen werden optimiert und in wirtschaftlicher Eigenverantwortung betrieben. Zudem werden Energieversorgungskonzepte erstellt. Die Übernahme des kompletten Anlagenbetriebs von der Energiestudie über die Projektentwicklung bis hin zur Realisierung und Wartung von Heizungsanlagen und BHKWs

ist auch außerhalb des Wärmeliefervertrags möglich.

Südwärme übernimmt im Rahmen eines Energie-Liefervertrags auf Wunsch die gesamten Investitionen für die Energieerzeugungsanlage. Die Investition wird über den Grundpreis auf die Nutzungsdauer umgelegt. Das Unternehmen garantiert dem Vertragspartner über den Grundpreis die Vorhaltung und Bereitstellung der Energieerzeugungsanlage über die gesamte Vertragslaufzeit zum Festpreis. Der Voll-Service-Preis umfasst darüber hinaus alle Leistungen, die mit dem Betrieb der Energieerzeugungsanlage anfallen.

Referenzen

Zu den zahlreichen Südwärme-Referenzen zählen unter anderem die Modernisierung eines Wohnblocks in Unterschleißheim, der Neubau einer Wohnanlage in Mering bei Augsburg, die Modernisierung eines Ge-

werbebetriebs in Heidenau in der Nähe von Dresden und der Einsatz von Biomasseheizwerken in Ingelheim, Hilpoltstein, Gundelfingen, Steingaden und Kloster Roggenburg.

In Mering erstellte ein Bau-



Wolfgang Götzendorfer. □

träger eine Wohnanlage mit knapp 10.000 qm, aufgeteilt auf 124 Wohneinheiten. Als Varianten wurden die Einzelversorgung je Haus und die zentrale Nahwärmeversorgung, jeweils mit verschiedenen Energieträgern (Gas, Pellets, Solar), auf ihre Wirtschaftlichkeit hin untersucht. Realisiert wurde eine





REGIONAL. ENGAGIERT. LEW.

Voller Energie sind die Lechwerke seit mehr als 100 Jahren der zuverlässige und sichere Partner für Bürger, Unternehmen und Kommunen in Bayern und Teilen Baden-Württembergs. Als Arbeitgeber, Ausbildungsbetrieb und einer der großen Auftraggeber für Unternehmen aus der Region trägt LEW zur wirtschaftlichen Entwicklung bei.

Weitere Informationen unter www.lew.de

VORWEG GEHEN

Thomas Barth / E.ON Bayern AG:

Solarboom in Bayern

Herausforderungen und Konsequenzen

Im Rahmen des Investitionsprogramms nimmt der Netzbetreiber E.ON Bayern im Jahr 2010 knapp 250 Millionen Euro in die Hand. Davon fließt ein hoher zweistelliger Millionenbetrag in umfangreiche Netzausbau- und Verstärkungsmaßnahmen in Verbindung mit dem massiven Ausbau der Photovoltaik, wie der Vorstandsvorsitzende der E.ON Bayern AG Thomas Barth zum Ausdruck brachte. Diese Maßnahmen seien erforderlich, um die ständig steigenden Mengen an regenerativ erzeugtem Strom aufnehmen zu können, denn die betreffenden Anlagen entstehen vielfach weit ab von Verbraucherzentren in Gebieten mit eher geringer Netzkapazität.

Ziel des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ist es, den Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bis 2020 auf mindestens 30 % zu erhöhen. Dieser Wert soll danach kontinuierlich gesteigert werden.

Den Stromunternehmen wurden Barth zufolge „gewaltige Pflichten“ auferlegt. So müssen die Netzbetreiber Erzeugungsanlagen unverzüglich vorrangig ans Netz anzuschließen, auf Verlangen ihre Netze unverzüglich optimieren, verstärken und ausbauen, erzeugten Strom vorrangig abnehmen, übertragen und verteilen sowie eingespeisten Strom nach im Gesetz festgelegten Mindestpreisen vergüten. Anhand einer Grafik stellte Barth dar, welche gigantischen Züge die Entwicklung der EG-Vergütungszahlungen genommen hat. Betrug diese im Jahr 2000 noch 1,2 Mrd. Euro, waren es 2005 schon 4,5 und 2009 bereits 10,0 Mrd. Euro. Im Jahr 2015 ist mit 22,0 Mrd. Euro zu rechnen.

50.000 neue Anlagen

Auch 2010 setzt sich der Photovoltaik-Boom in Bayern ungebrochen fort, wie der E.ON-Vorstand berichtete. 10.000 neu installierte Photovoltaik-Anlagen in 2007, 17.000 im Jahr 2008, 35.000 Neuanlagen im vergangenen Jahr und 50.000 neue Anlagen in 2010 sprächen für eine erfolgreiche Verbreitung der Photovoltaik im E.ON Bayern-Netz. Gab es im Freistaat 2005 „lediglich“ 36.000 installierte Anlagen, waren es 2009 bereits 107.000.

„Bayern ist damit das Eldorado der Photovoltaik. Rund 40 Prozent der bundesweiten Photovoltaik-Leistung ist in Bayern installiert, mit starker Konzentration auf Niederbayern“, erklärte Barth. Neben den im Erneuerbare-Energien-Gesetz definierten politischen Rahmenbedingungen und den mittlerweile deutlich gesunkenen Modulpreisen nannte er die Sonneneinstrahlung, die in Bayern mit bis zu 1250 Stunden deutlich höher ist als im Bundesdurchschnitt, als spezifische Ursache für den Boom im E.ON Bayern-Netzgebiet.

Hoher administrativer Aufwand

Die rasante Verbreitung der Photovoltaik, die aus ökologischer Perspektive erfolgreich sei, stelle das Unternehmen aber im Hinblick auf die Strominfrastruktur, vor allem durch den geradezu explosionsartigen Anstieg, vor erhebliche Probleme. Laut Barth will die E.ON Bayern AG ihren Beitrag zur Nutzung regenerativer Energien leisten und gibt deshalb ihr Möglichstes. „Was die Anträge für Photovoltaik-Neuanlagen betrifft, werden wir aber derzeit schlichtweg überrannt.“ Allein in Niederbayern verzeichne das Unternehmen bis zu 400 Anträge am Tag.

Der administrative Aufwand sei sehr hoch, was nicht ohne Auswirkung auf die Bearbeitungsdauer bleiben könne. Für jeden einzelnen Netzkunden müs-

se eine aufwändige Netzverträglichkeitsprüfung erfolgen. Neben der Bearbeitung der Antragsflut sehe man sich auch im Hinblick auf erforderliche Netzausbauten und den Netzbetrieb vor Probleme gestellt. Schließlich wurde das regionale Mittelspannungsnetz über Jahr-

Umbau der Netze forcieren

Als kurzfristige Verbesserungsansätze nannte Barth die Anpassung der Fördersätze, die Überprüfung der Regelungen für Anschluss, Ausbau und Abnahme sowie den bundesweiten Ausgleich der EEG-bedingten



Thomas Barth.

Netzausbaukosten. Mittelfristig gelte es, den Umbau der heutigen Netze zu „intelligenten“ Netzen, sog. Smart Grids, konsequent voranzutreiben. Voraussetzung für einen erfolgreichen Wandel der Netze seien eine realistische Erwartungshaltung und verlässliche politische Rahmenbedingungen. **DK**

Bayerische Energieversorger errichten Kraftwerke

Um auch in Zukunft unabhängig von Stromimporten aus dem Ausland zu sein, haben sich die im VBEW organisierten kleinen und mittleren Energieversorgungsunternehmen zum Ziel gesetzt, bis 2020 eine Kraftwerkskapazität von 1000 Megawatt (MW) zu errichten. Sie wollen damit zugleich auch einen Beitrag zur umweltfreundlichen Stromversorgung in Bayern leisten.

Der VBEW vertritt u. a. über 250 kleine und mittlere Energieversorgungsunternehmen. Über 80 Unternehmen aus dieser Gruppe haben sich der Erzeugungsinitiative „1000 MW in 10 Jahren“ angeschlossen. Damit wird das Ziel der Bayerischen Staatsregierung unterstützt, den bayerischen Strombedarf weiterhin möglichst mit heimischer Produktion zu decken. Bis in das Jahr 2020 sollen Kraftwerke für die Versorgung von einer Million Haushalten errichtet werden. Dafür ist eine Kraftwerksleistung von 1000 MW erforderlich.

Das auf zehn Jahre angelegte Projekt wurde im Juni 2009 gestartet (www.1000mw fuer bayern.de). Bis zum 31.12.2009 wurden bereits Kraftwerke mit knapp 60 MW in Betrieb genommen. „Aufgrund der vielen Gespräche, die wir im Rahmen unserer Jahreshhebung mit Vertretern unserer Mitgliedsunternehmen führen konnten, sind wir sehr zuversichtlich, 2010 die zugebaute Kraftwerksleistung noch erheblich steigern zu können“, so Wolfgang Brandl, stellvertretender Vorsitzender des VBEW. Die Projektumsetzung ist damit im Plan. **□**

Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung optimieren? Wir machen das für Sie.



Haben Sie Probleme mit Ihrer Trinkwasserversorgungs- oder Kläranlage? Planen Sie Investitionen in diesem Bereich? Sprechen Sie einfach mit uns. Denn wir, die SüdWasser GmbH, sind darauf spezialisiert. Wir bieten Ihnen von der Beratung, Planung und Errichtung bis zum kompletten Betreiben der Anlagen eine breite Palette von Dienstleistungen und arbeiten dabei mit Behörden und Fachbetrieben vor Ort zusammen.

Mehr als 70 Kommunen profitieren bereits von unserem Know-how. Im Trinkwasserbereich sind das beispielsweise die Stadt Rehau, die Stadt Eschenbach i.d.OPf. und deren Siedlung „New-Town“. Bei der Abwasserentsorgung betreuen wir u.a. die Kläranlagen Oberhaid, Waldsassen und Emmerting.

Als regional verankertes Unternehmen haben wir uns mit einem qualifizierten Team erfolgreich auf dem bayerischen Markt etabliert. Wir entwickeln für Kommunen und Zweckverbände maßgeschneiderte Konzepte und Problemlösungen für die verschiedensten Anforderungen. Das macht uns zum kompetenten Partner für viele Formen der Zusammenarbeit und nachhaltige Kosteneinsparungen. Nutzen auch Sie unsere Möglichkeiten zu Ihrem Vorteil.

Wir sind für Sie da

SüdWasser GmbH
Nägelsbachstraße 38-40
91052 Erlangen
T 0 91 31-9 33 07 0
F 0 91 31-9 33 07 55 79
info@suedwasser.com

SÜDWASSER
Ein Unternehmen von E.ON Bayern

e-on | Bayern

Erdgas Schwaben:

Erfolgsstory mit Bio-Erdgas

Der schwäbische Energieversorger erdgas schwaben verfolgt konsequent seinen „erdgas schwaben Weg“ und setzt auf Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz und erneuerbare Energie aus Schwaben. Ziel ist, bis 2020 in Bayerisch-Schwaben mit Bio-Energie und effizienter Anwendungstechnik bis zu 30 % des heutigen Erdgas-Verbrauchs einzusparen.

Eine Erfolgsstory schreibt erdgas schwaben mit Bio-Erdgas. Bio-Erdgas ist zeitgemäße Energie aus nachwachsenden Rohstoffen oder biogenen Reststoffen. Bei deren Vergärung entsteht Biogas. Nach einem Reinigungsprozess ist es Bio-Erdgas. Bio-Erdgas ist CO₂-neutral und sofort mit jeder Erdgas-Technik kombinierbar. Aus heimischen Rohstoffen vor Ort gewonnene Bio-Energie schafft Arbeitsplätze in der Region, garantiert mehr Unabhängigkeit von Importen und kommt unserer Umwelt zugute.

erdgas schwaben investiert jährlich über 10 Millionen Euro in den Bereich erneuerbarer Energien, mit der Bio-Erdgasproduktion und dem Engagement für Bio-Wärme und Bio-Strom werden jährlich ca. 70.000 Tonnen des Klimakillers CO₂ eingespart.

Seit 2008 bietet erdgas schwaben Bio-Erdgas an und ist inzwischen Deutschlands erster Versorger mit drei laufenden Anlagen zur Produktion von Bio-Erdgas. Nach Graben, Maihingen und Altenstadt entsteht 2010 in Arnschwang im Landkreis Cham die vierte Produktionsstätte. Arnschwang ist ein Gemeinschaftsprojekt von erdgas schwaben und der Grüngas GmbH. Ab Herbst 2010 wird das Arnschwanger Bio-Erdgas in das bestehende Erdgasnetz eingespeist.

Innovatives Projekt

Seit 2009 wird in Altenstadt aus biogenen Reststoffen Bio-Erdgas gewonnen. Deren hohe Energiedichte ist entscheidend für die hervorragende Energiebilanz der Anlage. Altenstadt ist ein Gemeinschaftsprojekt von erdgas schwaben und der Öko-Power GmbH & Co. Biogas KG. Deren Hauptgeschäftsführer Johann Emter und der Technische Geschäftsführer von erdgas schwaben, Markus Kittl, waren sich bei diesem innovativen Projekt von Anfang an einig: „Wir können hier auf umweltschonende, klimafreundliche und sehr wirtschaftliche Art Energie gewinnen.“ Für die vorbildliche Anlage zeichnete die dena (Deutsche Energie-Agentur) erdgas schwaben als „Bio-Erdgas-Partner des Jahres 2009“ aus.

Als „glückliche Ehe der Partner“ bezeichnet Markus Kittl die erste Bio-Erdgasanlage in Graben südlich von Augsburg. Er betont, dass die Bio-Erdgas-Pilotanlage im dritten Betriebsjahr ihre Reifeprüfung bestanden habe. Im Gewerbegebiet der Gemeinde Graben habe die Anlage den „idealen Standort“ gefunden, so Bürgermeister Andreas Scharf. Bio-Erdgas aus Graben trägt auch zur Energieversorgung der Augsburger Impuls arena bei, dem ersten CO₂-neutral betriebenen Fußballstadion der Welt.

35.000 t Energiepflanzen

60 Landwirte der Liefergemeinschaft Biokraftwerk Lechfeld mit Geschäftsführer Franz Wolfsecker setzen für die Bio-Erdgasanlage in Graben 35.000 Tonnen Energiepflanzen ein. „Viele bislang auf Milchviehhaltung konzentrierte Landwirte fragen wegen einer Beteiligung an“, berichtet Dipl.-Ing. Agrar Michael Reischl, Geschäftsführer des Maschinenrings Schwabmünchen, der mit den Nachbar-Maschinenringen Mindelheim, Ostallgäu und Landsberg dieses 10-Millionen-Euro-Projekt der landwirtschaftlichen Partner organisiert als Gesellschafter gestemmt hat. erdgas schwaben hat für die Produktion von Bio-Erdgas drei Millionen Euro investiert.

Technologieführer

Markus Kittl bilanziert, dass mittlerweile 4 % der gesamten von erdgas schwaben gelieferten Energie aus regenerativen Quellen stammt. Bei bundesweit aktuell 36 laufenden Bio-Erdgasanlagen stehe erdgas schwaben mit bald vier Produktionsstätten in Deutschland als Technologieführer mit Know-how-Vorsprung ganz vorne. Allerdings wären bis 2020 rund 1.000 solcher Anlagen notwendig, um die ambitionierten energiepolitischen Ziele der Bundesregierung zu erreichen. Deshalb fordert Kittl von der deutschen Politik nachdrücklich verbesserte Rahmenbedingungen für Bio-Erdgas: Weniger bürokratische Hindernisse und einen leichteren Zugang zum Wärmemarkt.



Bioerdgasanlage in Altenstadt.

PRIMAGAS GmbH:

Power für den kommunalen Haushalt

Mehr als 75.000 Gebäude der kommunalen Infrastruktur sind dringend energetisch sanierungsbedürftig, so das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Durch zinsverbilligte Kredite mit langen Laufzeiten und einer tilgungsfreien Anlaufphase erhöht die Bundesregierung noch bis 2011 die Anreize für eine Modernisierung. Dazu stellt sie Ländern und Kommunen auch in diesem Jahr rund 1,4 Milliarden Euro für Zukunftsinvestitionen zur Verfügung.

Das Krefelder Unternehmen PRIMAGAS, die Nummer eins unter den Flüssiggas-Anbietern in Deutschland, unterstützt speziell Städte und Gemeinden dabei, dieses Geld sinnvoll zu investieren: Wer sich für die umweltschonende und effiziente Technologie der Kraft-Wärme-Kopplung entscheidet, übernimmt eine wichtige Vorbildrolle für umweltfreundliches Wirtschaften und spart nachweislich Energiekosten.

PRIMAGAS bietet in Kooperation mit dem Hersteller SenerTec mit Flüssiggas betriebene Blockheizkraftwerke (BHKW) an. Sie erzeugen dank Kraft-Wärme-Kopplung sowohl Strom als auch Wärme und sind aufgrund ihrer Unabhängigkeit vom Erdgasnetz flexibel einsetzbar. „Die BHKWs rechnen sich gerade für öffentliche Einrichtungen wie Krankenhäuser, Sportanlagen oder Bürgerhäuser, die das ganze Jahr über einen konstant hohen Energiebedarf verzeichnen“, so Thomas Landmann, Verkaufsleiter von PRIMAGAS. „Mithilfe von Kraft-Wärme-Kopplung können sie ihre Energiekosten um rund ein Drittel senken.“ Ein weiterer wichtiger Vorteil: Im Vergleich zur getrennten Erzeugung von Strom und Wärme produzieren

Flüssiggas-Blockheizkraftwerke bis zu 50 Prozent weniger Kohlendioxid.

Unabhängig vom Nationalen Klimaschutzprogramm werden BHKWs speziell gefördert. Ihre Betreiber erhalten zehn Jahre lang einen gesetzlichen Bonus von 5,11 Cent für jede erzeugte Kilowattstunde. Für Strom, den sie nicht selbst verbrauchen, bekommen sie eine zusätzliche Vergütung vom lokalen Energieversorger (Einspeisevergütung). Darüber hinaus ist Flüssiggas bis zum Jahr 2020 von der Energiesteuer befreit – diese wird den BHKW-Besitzern nachträglich zurückerstattet.

Als eines der wenigen Unternehmen mit TÜV-geprüftem Service ist PRIMAGAS der ideale Partner für alle Privathaushalte und Betriebe, die auf saubere Energien setzen. Rund 210 Mitarbeiter im Innen- und Außendienst sowie weit über 3.000 Vertriebspartner für den technischen Kundendienst beraten kompetent in allen Fragen rund um das Flüssiggas. Durch eine bundesweite Transportlogistik mit Zwischenlagern für mehrere Tausend Tonnen Flüssiggas steht PRIMAGAS für eine zeitnahe und sichere Versorgung.

DK

SenerTec GmbH:

Neues Energie-Allroundsystem

Die Wurzeln der SenerTec GmbH liegen im Hause Fichtel & Sachs, dem bekannten Zulieferer aus der Automobilindustrie. Dort wurde ab 1979 eine verbrennungsmotorisch betriebene Luft-/Wasser-Wärmepumpe entwickelt, die aufgrund des Ölpreisverfalls nicht zum Einsatz kam. Eine alternative Verwendungsmöglichkeit für den eigens entwickelten Einzylinder-Verbrennungsmotor war jedoch schnell gefunden: die Einbindung in ein Kraft-Wärme-Kopplungssystem – den Dachs von SenerTec.

Die SenerTec Kraft-Wärme-Energiesysteme GmbH, Schweinfurt, wurde 1996 gegründet, um den Dachs zu produzieren und zu vermarkten. Bislang sind über 20.000 Dachs von SenerTec in Betrieb.

Der Dachs ist ein Klein-Block-Heizkraftwerk (BHKW), das sich wegen seiner kompakten Größe als sinnvolle Alternative zur getrennten Erzeugung von Strom im Großkraftwerk und Wärme im Heizkessel für komfortable Wohnhäuser und Gewerbebetriebe gleichermaßen eignet. Als serienreifes und erprobtes Energiesystem ist der Dachs für Bauherren und Hausbesitzer eine Energiealternative, die höchste Ansprüche an Wirtschaftlichkeit, innovative Technik und Umweltschutz erfüllt.

Der hohe Qualitätsstandard der Anlage von SenerTec ist bereits in den einzelnen Komponenten und deren Zusammenspiel angelegt: Das Herzstück bildet ein speziell entwickelter Motor, der einen Asynchron-Generator antreibt. Die beim Antrieb des Generators entstehende Wärme wird über mehrere Wärmetauscher dem Heizkreislauf und der Warmwasserbereitung zugeführt. Der erzeugte Strom wird im Objekt verbraucht oder ins öffentliche Stromnetz eingespeist.

Dachs SEplus ist das neue Energie-Allroundsystem zur Vollversorgung mit Wärme, Strom und Warmwasser. Mit seiner Leistung und Funktionalität eignet es sich sowohl als Energiezentrale für Einfamilienhäuser als auch für Objekte mit einem großen Heizwärme- und Warmwasserbedarf.

wie Mehrfamilienhäuser, Verwaltungs- und Bürogebäude oder Gewerbebetriebe.

Das Basissystem aus Dachs Heiz-Kraft-Anlage, Wärmespeicher und Warmwassermodule deckt den normalen Energiebedarf eines Einfamilienhauses. Bei erhöhtem Bedarf, z. B. in Mehrfamilienhäusern oder bei gewerblicher Nutzung, kann das System SEplus mit einem integrierten Gas-Brennwertgerät eine Heizleistung bis zu 35 kW erbringen.

Die Produktion jeder einzelnen Anlage wird im Hause SenerTec in Teilbereichen noch per Hand perfektioniert und individuell überwacht. Die einzelnen Elemente und Funktionen durchlaufen vielfältige Testverfahren, um die Qualität und Zuverlässigkeit der gesamten Anlage sicherzustellen.

Vertrieben wird die Anlage über ein bundesweites SenerTec Partnersystem. Der Kunde erhält im Vorfeld Hilfe bei allgemeinen und technischen Fragen und wird auch bei der Berechnung der Anschaffungskosten und mit einer Wirtschaftlichkeitsprognose unterstützt. Fachgerechte Installation und Wartung des Dachs sowie eine regelmäßige Sicherheitsüberprüfung und der rechtzeitige Austausch von Verschleißteilen runden das Serviceangebot ab.

Im Wettbewerb um den „Bayerischen Energiepreis 2000“ wurde der Dachs mit dem Anerkennungspreis ausgezeichnet. Im Jahr 2004 erhielt der Dachs den Österreichischen Haustechnik Award und im Jahr 2005 den Cogen Europe Annual Award.

DK

Sanierung von Erdgasnetzen

Seit 1952 baut erdgas schwaben sein Versorgungsnetz kontinuierlich aus. Was mit der historischen Leitung 1952 von Augsburg nach Kaufbeuren begann, wurde ab 1978 mit der rasanten Erschließung von Nord-Schwaben fortgesetzt. Die Erdgashochdruckleitung Langenmosen-Donauwörth ermöglichte vor drei Jahrzehnten den erfolgreichen Wandel des strukturschwachen nordschwäbischen Raumes.

Heute ist das Netz von erdgas schwaben 5.500 km lang. Dieses Netz lebt – es wird überwacht, gewartet und ständig verbessert und erweitert. Ähnlich wie beim Auto der TÜV-Termin, gibt es für das Erdgasnetz RWI – die regelmäßig wiederkehrende Instandhaltung. erdgas schwaben wendet für die Garantie der Versorgungs-

sicherheit gut 4,5 Mio Euro im Jahr auf.

erdgas schwaben setzt erstmalig für das Bauvorhaben Stadtmühlentfeld SAM ein. Dieses computergestützte Arbeitsmittel erlaubt eine wesentlich verbesserte Dokumentation und damit Interpretation des Netzzustandes. SAM (Strategisches Asset Management) ermöglicht erdgas schwaben zudem die Verbindung einer zustandsorientierten mit einer vorbeugenden Strategie. Alle Feststellungen über den Netzzustand werden erfasst und dokumentiert. SAM macht effizienteres Arbeiten für Schwabens Versorgungssicherheit einfacher. Zusatznutzen für alle Anwohner und Kunden: Bauvorhaben lassen sich zukünftig zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger besser zwischen kommunalen Stellen und erdgas schwaben koordinieren.

Das Netz im Ortsteil Stadtmühlentfeld (ab 1966) wird seit Ende Juni saniert. Parallel zum alten Netz werden neue Kunststoffrohre verlegt. In Absprache mit den Kunden kommt es zu einer kurzfristigen Unterbrechung von ca. einem halben Tag. Für die Anwohner ist die Zufahrt immer möglich. Für alle an einem Erdgasanschluss Interessierten ist auch während der Bauphase noch kurzfristig ein Antrag auf Erdgasanschluss möglich.

DK

An die Spitze mit Bio-Erdgas

Anton Asam, Vertriebsdirektor der Stadtwerke Augsburg

erdgas schwaben ist Bio-Erdgas-Lieferant der Stadtwerke Augsburg. Die Impuls arena – das erste CO₂-neutral betriebene Fußballstadion der Welt. Spitzenleistung aus der Region, auch dank:

- klimaschonendem Bio-Erdgas
- und modernster Erdgastechnik

Was die können, können Sie auch! Wir beraten Sie gerne

Telefon 0821 9002-111
www.erdgas-schwaben.de

Wir sind da, wo unsere Kunden sind

Malton Design

Vom regionalen Versorger zum internationalen Akteur:

Bayerngas auf Expansionskurs

Die kommunale Plattform erzielte 2009 ihr bisher bestes Ergebnis
Vor hohen Investitionen

Bayerngas wächst, blüht und gedeiht. Diese größte kommunale Gasbeschaffungs-Plattform, an der die Münchener Stadtwerke maßgeblich beteiligt sind, hat nicht nur 2009 das beste Ergebnis ihrer Unternehmensgeschichte erzielt, sondern ist intensiv dabei, sich von einem regionalen Versorger zu einem internationalen Akteur zu entwickeln. Auch wenn das Wachstum im laufenden Jahr anhalte, was zu erwarten sei, werde das Ergebnis nicht an das „über alle Maßen exzellente“ Rekordjahr 2009 heranreichen können, sagte Marc Hall, Geschäftsführer der Bayerngas GmbH, in der Bilanzpressekonferenz. 2010 werde ein Jahr des Übergangs, in dem viel von der internationalen Energiepreis-Entwicklung abhängt. Wenn keine Spekulationen dazwischenkämen, sehe es derzeit bei Erdgas nach einer gewissen Preisverstärkung aus, äußerte sich der Bayerngas-Chef mit aller Vorsicht.

Das Berichtsjahr war geprägt durch günstige Umstände für verstärkte Handelsaktivitäten und den Ausbau des Industriekunden-Geschäftes. So stieg der Jahresüberschuss der Muttergesellschaft von 27,4 Millionen auf 77,8 Millionen Euro. Daraus erhalten die Gesellschafter wieder 18 Prozent Dividende und zusätzlich 5 Prozent Bonus auf das gezeichnete Kapital von 80,33 Millionen Euro. Außerdem werden die Gewinnrücklagen um 59,0 (2008: 12,9) Millionen Euro gestärkt.

Gestiegener Gasabsatz

Zwar ging wegen der Wirtschaftskrise und der Preisschwankungen am Energiemarkt der Umsatz 2009 um fast 10 Prozent auf 1,891 (2,097) Milliarden Euro zurück, doch zeigt der Gasabsatz besser die positive Entwicklung des Unternehmens. Während die Gaswirtschaft in Deutschland insgesamt ein Minus von 5 Prozent

hinnehmen musste, steigerte Bayerngas seinen Absatz um 7 Prozent auf 70,4 (65,8) Milliarden Kilowattstunden (kWh). An städtische Gesellschafterkunden gingen 30,117 Mrd. kWh (-4,5 Prozent), an Weiterverteilern 19,824 Milliarden kWh (-19,0 Prozent), an Industriekunden 10,761 Milliarden kWh (+28,6 Prozent) und an Sonstige 9,541 Milliarden kWh (+604,1 Prozent).

Beteiligungen

An dem kommunalen Unternehmen Bayerngas sind beteiligt die Stadtwerke München mit 44,5 Prozent, die Stadtwerke Augsburg (27,08 Prozent), die Stadtwerke Landshut (4,2 Prozent), die Stadtwerke Ingolstadt und ihre Beteiligungsgesellschaft (4,2 Prozent), die Regensburger Versorgungsbetriebe (8,6 Prozent), die Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm (5,0 Prozent) und als bisher einziger ausländischer Gesellschafter die „Tigas-

Erdgas Tirol GmbH“ (6,0 Prozent). Derzeit sehe es nicht nach neuen Gesellschaftern aus, aber grundsätzlich sei Bayerngas kein „closed shop“.

44 Lizenzen

Bayerngas verfügt über einen eigenen Untertage-Erdgasspeicher in Wolfersberg, dessen Kapazität zum Teil vermarktet wird, und über Beteiligungs- bzw. Tochterunternehmen. Hier ist vor allem das norwegische Explorations- und Produktionsunternehmen „Bayerngas Norge AS“ (Anteil 53,7 Prozent in 2009, jetzt 31,5) zu nennen, das 2009 drei wichtige Akquisitionen getätigt hat, nämlich die „PA Resources Norway AS“, die „Saga Petroleum Danmark AS“ und in Großbritannien die „Genesis Petroleum Corporation Ltd.“. Sie alle liegen im Kerngebiet Nordsee. Dadurch haben sich die förderbaren Reserven seit Januar 2009 bis Januar 2010 von 8 auf 20 Milliarden Kubikmeter Gasäquivalent erhöht. Und das Portfolio hat seit Januar 2009 bis heute von 8 auf 44 Lizenzen zugenommen. Hinzugekommen sind auch 10 Gas- und Ölfunde sowie ein produzierendes Ölfeld.

Start der Gasproduktion Ende 2010

Die Gasproduktion soll Ende 2010 starten, das geförderte Öl (5000 Barrel täglich) aus dem

Feld Volve wurde für knapp 47 Millionen Euro verkauft. Besonders interessant an Bayerngas Norge ist die Tatsache, dass dieses Unternehmen inzwischen zu mehr als 60 Prozent den Stadtwerken München gehört, die ja auch mit 35,75 Prozent direkt an Bayerngas beteiligt sind und somit in dem Gesamtkonzern einen sehr starken Einfluss haben, aber auch ein entsprechendes Risiko tragen. Sodann sind zu nennen die Handelsgesellschaft „actogas GmbH“, an der die Bayerngas-Beteiligung im Berichtsjahr von 60 auf 100 Prozent erhöht wurde. Über die Vertriebs- und Beratungstochter „novogate GmbH (Anteil 70 Prozent) wurde am Standort Düsseldorf für Bayerngas ein überregionaler Industriekunden-Vertrieb aufgebaut, der schon etwa 20 neue Kunden hat. Ähnliche Stützpunkte sollen in Berlin und Wien folgen.

Absatzfelder

Bayerngas sieht als sein Absatzfeld das deutschsprachige Europa an. Als weitere wichtige Tochter ist die 100-prozentige Netztochter „bayernets GmbH“ zu nennen, die als kommunale Kraft ihrerseits wieder an der „NetConnect Germany GmbH & Co KG (NCG)“ beteiligt ist. Die NCG repräsentiert das größte deutsche Marktgebiet für Erdgas und reicht von den Alpen bis zur Nordsee. Sie hat zum 1. Oktober 2009 ihre Kooperationsbasis um die Marktgebiete von „Eni Gastransport Deutschland SpA“, „GRTgaz Deutschland GmbH“ und „GVS Netz GmbH“ erweitert. Starkes Interesse besteht daran, das Netz der Thysengas zu übernehmen. National und international tätig ist die auf technische Dienstleistungen spe-

zialisierte Beteiligung an „bayrenServices GmbH“.

Für die Gasbeschaffung verfügt Bayerngas über 30 Verträge, wobei je etwa ein langfristiger und ein Drittel kurzfristiger Art sind. Ein Drittel wird über Sportmärkte bezogen. 2008 waren es erst 15 Verträge. Das Unternehmen unternimmt aber auch eigene Anstrengungen zur Gasexploration in Bayern, und zwar im Salzach-Inn-Gebiet zusammen mit der österreichischen „RAG (Rohöl-Aufsuchungs-AG)“. In Fridolfing war man nicht erfolgreich, in Assing muss sich noch zeigen, ob die Funde wirtschaftlich zu nutzen sind.

Geschäftsphilosophie

Bayerngas will sich nach Halls Aussage auch künftig auf Gas konzentrieren. Geringe Wasserversorgungs-Aktivitäten wurden verkauft. Die Geschäftsphilosophie heiße „wachsen, die Wertschöpfung vertiefen und sich international ausrichten“. Ein Investitions-Schwerpunkt werde in den nächsten Jahren das Explorations- und Produktionsgeschäft bleiben. 2010 soll es 6 bis 8 Explorations- und Bestätigungsbohrungen geben, in den folgenden Jahren ca. 5 pro Jahr.

943 Mio. Euro investiert

Grundsätzlich seien neben der Nordsee auch Nordafrika und der Mittlere Osten interessant, ließ Hall durchblicken. Außer in Exploration und Produktion soll auch ins Netz investiert werden. Allein in die Norge-Aktivitäten sollen bis 2015 – aber nicht allein durch Bayerngas – etwas 1,5 Milliarden Euro investiert werden. Im Berichtsjahr erreichten die Investitionen

943 Millionen Euro. Um das Risiko nicht ausufern zu lassen, hält Bayerngas in der Regel nicht mehr als 20 Prozent an den einzelnen Feldern. Grundsätzlich setze das Unternehmen auf organisches Wachstum.

Re-Kommunalisierung

Wenngleich die Tendenz zur Re-Kommunalisierung von Versorgungsunternehmen positiv zu werten sei – solange keine unwirtschaftlichen Kleinstunternehmen dabei herauskämen –, sieht Hall derzeit nicht den richtigen Zeitpunkt für eine Kooperation mit der Energiegruppe „Thüga“, die sich an kommunalen Versorgungsunternehmen beteiligt. Denn die Thüga stehe vor einer Konsolidierungsphase und sei stark auf Strom und erneuerbare Energien ausgerichtet.

Neben unternehmensspezifischen Aussagen machte Hall auf Nachfrage auch einige Anmerkungen zu allgemeinen Energie-Themen. Den Bau eines Importhafens für verflüssigtes Erdgas (LNG) in Deutschland hält er für nicht sinnvoll. Der Gasverbrauch in Deutschland sei bei 15 Prozent Eigenproduktion gut diversifiziert. Für den LNG-Import sei Rotterdam bestens geeignet.

Das Erdgas-Auto erscheine derzeit nicht visionär, weil die Elektromobilität voll im PR-Fokus stehe. Dennoch habe es gute Chancen, weil es erstens beim Elektroauto durchaus Abgasprobleme gebe, nur eben wo anders, nämlich bei den Kraftwerken, und weil zweitens an der Optimierung des Verbrennungsmotors ständig weiter gearbeitet werde. Außerdem sei Metangas fast unbegrenzt verfügbar, sagte Hall.

dhg.

Sparen mit aller Energie.
Neue Technologien mit Erdgas.

„Produzieren Sie
Ihren Strom doch
einfach selbst!“

Neue Technologien von ESB senken Ihre Energiekosten um bis zu 40 %. Sie entlasten die Umwelt von unnötigen CO₂-Emissionen. Und Sie werden finanziell gefördert – vom Staat und von ESB. Ob Sie sich für ein Mini- oder Mikro-Blockheizkraftwerk (BHKW) mit eigener Stromproduktion entscheiden oder eine Mini-Gaswärmepumpe wählen, die als zusätzliche Energiequelle einfach die Natur nutzt: Die modernen ESB-Lösungen sind ideal für Ein- und Zweifamilienhäuser, geeignet für Neu- und Altbau. Sie möchten mehr erfahren? Gerne unter www.esb.de/innovationen oder telefonisch: **0 81 41/22 86 22 70**

ERDGAS
Natürlich effizient

ESB
www.esb.de IDEEN. INNOVATIONEN. ENERGIE.

Dr. Thomas Reif / Kanzlei Gaßner, Groth, Siederer & Coll.:

Geothermie und Biomasse

„Saubere“ Wärme für Bayerns Kommunen

Das Anwaltsbüro Gaßner, Groth, Siederer & Coll. (GGSC) in Berlin, Köln, Frankfurt/Oder und Augsburg ist eine bundesweit tätige Spezialkanzlei, die sich schwerpunktmäßig und mit kommunalem Fokus den Themen Umwelt, Bauen und Planen sowie Abfall, Wasser und Energie widmet. An den Standorten Augsburg und Berlin befasst sich die Kanzlei intensiv mit Geothermieprojekten, wie der Leiter des Augsburger Büros, Dr. Thomas Reif, erklärte. Die GGSC-Treuhand Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Hannover leistet die ergänzende betriebswirtschaftliche Beratung im Bereich der Erneuerbaren Energien sowie der Kommunalinfrastruktur.

Wärme aus Erneuerbaren Energien bieten Reif zufolge deutliche Vorteile für Kommunen und Bürger: Zum einen leisteten sie einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz, zum anderen minderten sie die Abhängigkeit der Bürger von fossilen Brennstoffen. Geothermie- und Biomasseprojekte seien wirtschaftlich rentabel, vor allem auch für die Bürger. „Heizen mit Kapital statt Brennstoff“ laute die Maxime.

Nachhaltiger Preisvorteil

Wettbewerbsfähige Wärmepreise (ca. 75 Euro netto je MWh) und eine geringe Preisbindung an fossile Energieträger bedeuteten einen nachhaltigen Preisvorteil. Weitere Vorteile seien die Förderung der regionalen Wertschöpfung sowie die Steigerung der Standortattraktivität (Zuzug, Gewerbeansiedlung, Tourismus).

Strukturen optimieren

„Wir helfen Kommunen und Privatinvestoren, Geothermieprojekte zu initiieren und umzusetzen, Versorgungsunternehmen zu gründen bzw. zu betreiben, bestehende Versorgungs-

unternehmen um weitere Sparten zu erweitern (z. B. regenerative Stromproduktion oder Wärmeversorgung) sowie Versorgungsstrukturen optimal (neu) zu gestalten“, hob Reif hervor. „Wir unterstützen dabei in allen betriebswirtschaftlichen und unternehmensorganisatorischen Fragen sowie in rechtlichen Themen. Wir leisten aus unserem Netzwerk auch alle Querschnittsaufgaben, z. B. Due Diligence-Prüfungen.“

Planungsdauer: zwei bis drei Jahre

Bei einem Geothermieprojekt ist Reif zufolge mit einer Planungsdauer von zwei bis drei Jahren zu rechnen. Der Beitrag von Gaßner, Groth, Siederer & Coll. hierzu sieht wie folgt aus:

- Konzeptionelle Beratung
- Wirtschaftlichkeitsanalyse/Projektsimulation
- Rechtsformwahlberatung
- Bergrechtsbeschaffung (Geologie), Rechtsberatung bei Konflikten
- Vorverträge Wärmelieferung
- Erste Finanzierungsüberlegungen
- Unterstützung bei der Suche von Projektpartnern/Investoren
- Frühabstimmung mit Auf-

sichtsgremien (Kommunalaufsicht).

Umsetzungsprozess

Drei bis 15 Jahre dauert in etwa der Prozess der Umsetzung. Der GGSC-Beitrag hierzu:



Dr. Thomas Reif.

- Update/fortgesetzte Wirtschaftlichkeitsanalyse
- Controlling (Investitionen, Absatz, Straßenbewertung ...)
- Projektfinanzierung, Fördermittel, Rating
- Beihilferechtliche Finanzierungsprüfung/Incentiveprüfung
- Konzeption/Vergleich/Prüfung von Versicherungskonzepten, Risikomanagement

Peter Keller / Green City Energy:

Vom Klimaschutzkonzept zum Solarpark

Energiewende konkret in Garching bei München

Mit der Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes hat sich Garching für eine nachhaltige Energieversorgung entschieden, wie der Leiter der Kommunalen Energieberatung Peter Keller erläuterte. Ausgearbeitet wurde ein konkreter Maßnahmenplan zur Energieeinsparung, Energieeffizienzsteigerung und zum Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Region. In diesen Prozess wurden alle Gruppen eingebunden.

Nach einer öffentlichen Auftaktveranstaltung im September vergangenen Jahres entwarfen zwei Klimaschutzkonferenzen im Oktober und Dezember 2009 ein Zukunftsszenario, auf dessen Basis dann konkrete Ziele und Maßnahmen formuliert werden konnten. Die Ergebnisse der energiefachlichen Studien und der Klimaschutzkonferenzen wurden der Öffentlichkeit präsentiert. Zum „Markt der Ideen“ waren alle Bürger eingeladen, ihre Projekte und Anregungen einzubringen. Ein wesentlicher Schritt in

- Gesellschafts- und steuerrechtliche Gründungsberatung, Konsortialverträge
- Bohrverträge, Kraftwerkslieferungsverträge, Durchführung und Begleitung von Vergabeverfahren
- Baugenehmigungen, Anlagenzulassungsfragen, Bergrechtliche Bewilligung und Wasserrecht
- Konzessions- und Wärmelieferungsverträge einschließlich Verhandlungen mit Großkunden
- Begleitung von Aufsichtsterminen, Aufsichts- und Gemeinderatssitzungen und Gesellschafterversammlungen
- Laufende Betreuung von Marktauftritt und Kundenbeziehung (Wettbewerbs-/Vertragsrecht, Inkasso, Preisgestaltung/-entwicklung, Vertriebsunterstützung...)

Partner zahlreicher Wärmeprojekte

Die Kanzlei Gaßner, Groth, Siederer & Coll. ist Partner vieler kommunaler Wärmeprojekte in Bayern. Dazu zählen: Geothermieprojekt Pullach – in Betrieb, Geothermieprojekt Aschheim/Feldkirchen/Kirchheim – in Betrieb, Geothermieprojekt Garching – in der Umsetzung, Geothermieprojekt Oberhaching – in der Umsetzung, Geothermieprojekt Vaterstetten/Grasbrunn/Haar/Zorneding – in der Planung, Geothermieprojekt Puchheim – in der Planung.

Weitere Referenzprojekte sind unter <http://www.geothermiekompetenz.de> zu finden. DK



Präsentation des MINI E vor dem Garchinger Bürgerhaus. □

Andreas Zelles / E.ON AG:

Elektromobilität – Zukunftsmarkt oder Nischenthema?

E.ON fördert mit einer Reihe von Projekten und Aktivitäten die künftige Markteinführung der Elektromobilität. Das Unternehmen will einen Beitrag leisten, den Verkehr durch die Nutzung von Strom sauberer und unabhängiger von fossilen Energieträgern zu machen. Wenn mehr Fahrzeuge mit Strom angetrieben werden, verringert sich die heute vollständige Abhängigkeit des Verkehrs vom Rohstoff Öl. Deswegen beschäftigt sich E.ON laut Energieexperte Andreas Zelles mit allen wichtigen Aspekten: von umweltfreundlicher Erzeugung des nötigen Stroms bis zur praktischen „Betankung“ der Fahrzeuge mit Strom.

Fakt ist: „Der E-Automobilmarkt ist noch in früher Entwicklungsphase, aber er kommt“, bemerkte Zelles. Kommerzielle Produkte seien ab 2010/2011 erhältlich. Alles deute auf ein langfristiges Marktpotential von deutlich über 10 Mio. Fahrzeugen hin. Kernherausforderung sei die Batteriekostenreduktion; Technologieentwicklung und politischer Rahmen seien entscheidend für den Erfolg.

Elektroautos fahren CO₂-arm. Schon heute fallen rechnerisch lediglich 80 bis 90 Gramm CO₂ pro Kilometer an, wenn man den E.ON-Kraftwerkspark zu Grunde legt. Dieser Wert liegt deutlich unter der von der Europäischen Union für 2012 vorgeschriebenen 120g/km-Grenze. Damit diese Werte in den kommenden Jahren weiter sinken, investiert E.ON mehrere Milliarden Euro in seinen Kraftwerkspark. „Ein Elektroauto wird dann rechnerisch nur noch rund 60 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstoßen“, meinte Zelles.

Laut einer Studie der Forschungsstelle für Energiewirtschaft aus dem Jahr 2007 steigern 18 % Marktanteil von E-Fahrzeugen den Strombedarf um weniger als 5 %. Die Energiewirtschaft, so Zelles, sei gerüstet für die neue Anforderung. Zunächst gebe es keinen Anpassungsbedarf im Verteilnetz. Lastmanagement und Speichernutzung seien langfristig interessant. Es gelte, die Synergien zwischen Smart Meter und Ladestationen zu nutzen.

Als interessante Langfristoption für das Energiesystem bezeichnete Zelles den Batteriespeicher. Demoprojekte hätten bereits interessante Erkenntnisse geliefert. So rollen seit Juli 2009 MINI E mit E.ON-Strom durch die bayerische Landeshauptstadt und die angrenzenden Landkreise. E.ON konnte hierbei eine Infrastruktur aus öffentlichen Ladestationen aufbauen und gleichzeitig sicherstellen, dass die Testteilnehmer in ihrem Haushalt und in der Nähe ihres Arbeitsplatzes eine Möglichkeit zum Laden ihrer Fahrzeuge haben.

Der MINI E mit seinen 204 PS weist ein Drehmoment von 220 nm auf. Er beschleunigt von 0 auf 100 km/h in 8,5 Sekunden. Seine Spitzengeschwindigkeit ist auf ca. 150 km/h limitiert. Im MINI E ist ein Lithium-Ionen-Akku mit einer Reichweite von bis zu 200 km eingebaut. Aufladbar ist der PKW mit

12/32/50 A in 12/4,5/3 Stunden.

Das induktive Laden für die Elektromobilität anzupassen und zu optimieren, ist eines der Ziele von E.ON. Dabei ist es nicht nur erforderlich, die Technik frühzeitig zu erproben und weiterzuentwickeln, sondern auch Normen zu schaffen oder Vorschriften den aktuellen Bedürfnissen anzupassen. E.ON unterstützt die Forschung und testet bereits mit einem elektrisch betriebenen Transporter das induktive Laden im täglichen Einsatz. Die hierbei gewonnenen Erfahrungen sollen - in enger Zusammenarbeit mit der Industrie - in die Entwicklung bis zur Serienreife einfließen. Das Magnetfeld wird übrigens durch Sicherheitssysteme überwacht und ist somit vollkommen harmlos für Menschen und Tiere.

Flottenversuch

Seit Juni 2008 arbeitet E.ON gemeinsam mit Volkswagen, dem Bundesumweltministerium und anderen Partnern am „Flottenversuch Elektromobilität“. Bis 2010 will der Energieversorger dabei untersuchen, welche konkreten energiewirtschaftlichen Chancen sich aus der Betankung einer größeren Zahl von Elektroautos aus dem bestehenden Stromnetz ergeben. Ziel des Versuches ist es, die Batterien der Fahrzeuge in naher Zukunft als Speicher im Stromnetz zu nutzen. Gelingt dies, kann Elektromobilität einen wichtigen Beitrag leisten, die teilweise schwankende Stromerzeugung erneuerbarer Energieträger zu speichern und so besser nutzbar zu machen.

E.ON will außerdem herausfinden, welche Anpassungen an den bestehenden Verteilnetzen erforderlich sind, damit die Versorgungssicherheit auch in Zukunft immer gewährleistet ist - selbst wenn Millionen Elektroautos tanken. Das Versuchsauto ist ein Golf TwinDrive: Von Außen ein ganz normaler Golf, aber im Inneren ein emissionsarmes Hybridfahrzeug. Der TwinDrive nutzt einen Elektromotor für das emissionsfreie Fahren in der Stadt oder bei Kurzstrecken. Seine Lithium-Ionen-Akkus lassen sich an einer normalen Steckdose aufladen (Plug-In-Hybrid). Bei längeren Strecken oder wenn der Akku leer ist, springt ein Dieselmotor ein. 20 Fahrzeuge sind mit dieser Technologie im Raum Wolfsburg und Potsdam unterwegs. DK



Der elektrisch betriebene Tesla Roadster fand bei den Besuchern des GZ-Energie-Forums großen Anklang. Von links: Peter Kraus, 2. Bürgermeister Dinkelscherben, Otto Hochmuth, 2. Bürgermeister Gessertshausen, Dr. Undine Maidl, Leiterin BEW-Energiedienstleistungen und Landrat Stefan Rößle, Donau-Ries. Bild: Lechwerke AG

[Gaßner, Groth, Siederer & Coll.]
Partnerschaft von Rechtsanwälten

Klimaschutz, der sich rechnet!

Kommunale Projekte erfolgreich etablieren
technisch - wirtschaftlich - rechtlich



Wärmekompetenz und Klimaschutz in Bayern

Projektkonzeption
Due Diligence
Projektbewertung

Projektfinanzierung
Fördermittel
Projektsimulation
Risikomanagement

Energierecht
Kommunalrecht
Vertragsrecht
Vergaberecht

[GGSC] Augsburg
Provinstr. 52
86153 Augsburg

Tel. + 49.821.74 77 82.0
Fax + 49.821.74 77 82.10
E-Mail augsburg@ggsc.de

www.ggsc.de
www.geothermiekompetenz.de

Marktbergel in Mittelfranken:

Vorreiter einer nachhaltigen Klärschlammverwertung

Seit Juni 2008 verwandelt eine Anlage in Marktbergel Klärschlamm in CO₂-neutralen Brennstoff. Die drei Geschäftsführer der Betreibergesellschaft ENTRO Marktbergel GmbH, Erster Bürgermeister Karl-Heinz Eisenreich, Uwe Härtfelder, Geschäftsführer der Härtfelder Ingenieurtechnologien GmbH, Bad Windsheim, und Dr. Andreas Greving, Geschäftsführer der AquaOpta GmbH, Nürnberg, stellten die Klärschlamm-trocknungsanlage vor und erläuterten weitere Ausbaupläne.

Für viele Kommunen wird die Klärschlammverbrennung zunehmend zum Problem. Denn infolge geänderter Gesetzgebung in der Düngemittel- und Klärschlammverordnung entfällt ab 2015 weitgehend die Möglichkeit Klärschlämme auf landwirtschaftliche Flächen auszubringen.

Großes Potenzial

Deshalb setzt das Bayerische Umweltministerium mittelfristig neben alternativen Entsorgungsverfahren, wie der Gewinnung von Heizölen aus Klärschlamm, auf die thermische Klärschlammverwertung. Das Potenzial ist groß, da derzeit in Bayern erst gut ein Drittel der jährlich annähernd 300.000 Tonnen Klärschlamm als Brennstoff eingesetzt wird. Voraussetzung für die Nutzung des Klärschlamm als Brennstoff ist seine Trocknung.

Marktbergel zählt in Mittel-

franken zu den Vorreitern einer nachhaltigen Klärschlammverwertung. In unmittelbarer Nachbarschaft zur Kläranlage ließ die ENTRO Marktbergel GmbH mit einer Investition von 400.000 Euro eine Solare Trocknungsanlage bauen.

Einfaches Prinzip

Die Anlage ähnelt einem Gewächshaus und das Prinzip ist einfach: Die Sonneneinstrahlung bewirkt die Trocknung des Klärschlamm. Zunächst reduzieren im benachbarten Klärwerk Pressen den Wasseranteil des Materials von 95 auf 25 Prozent. Dieser sog. vorentwässerte Klärschlamm wird dann in der Solaren Trocknungsanlage mit Hilfe eines Schaufelwerks mehrmals umgewälzt und verlässt die Anlage mit einem Trockensubstanzgehalt von 85 bis 90 Prozent, d.h., der Wasseranteil reduziert sich auf 15 bis 10 Prozent. Die dabei entstehende wasserge-

sättigte Luft wird ins Freie abgeführt.

Fast vollständiges Recycling

Durch den Trocknungsvorgang werden mikrobiologische Belastungen im Klärschlamm beinahe vollständig beseitigt. Mit diesem Verfahren wandelt die Anlage jährlich rund 2.500 Tonnen vorentwässerten Klärschlamm in ca. 700 Tonnen CO₂-neutralen Brennstoff um. Das Material stammt aus 14 Gemeinden in der Region sowie von in der Region tätigen Entsorgungsbetrieben und wird nach der Trocknung als Brennstoff in einem Kohlekraftwerk zur Stromerzeugung verfeuert. Auf diesem Wege wird der Klärschlamm nahezu vollständig recycelt.

Nachhaltige Verbesserung der CO₂-Bilanz

Der Brennwert des getrockneten Klärschlamm entspricht in etwa dem der Braunkohle. Als Substitut fossiler Energieträger verbessert die Klärschlamm-trocknung die CO₂-Bilanz nachhaltig. „Da sich durch das Auspressen und Trocknen das Volumen um das ca. 20-fache verrin-

gert, sinken die Transportkosten um das fünffache. Gleichzeitig reduziert sich die Verkehrslärmbelastung der Anlieger erheblich,“ führte Bürgermeister Karl-Heinz Eisenreich als weitere wichtige Vorteile an.

Ausbau der Anlage geplant

In der Solaren Klärschlamm-trocknungsanlage von Marktbergel können im Hochsommer pro Tag bis zu acht Tonnen Klärschlamm getrocknet werden. In den sonnenärmeren Jahreszeiten ist die Ausbeute deutlich geringer. Noch in diesem Jahr planen die Geschäftsführer der ENTRO Marktbergel GmbH die Trocknungsleistung der Anlage durch eine thermische und damit witterungsunabhängige Komponente annähernd zu verdoppeln.

Dritter Gesellschafter bei ENTRO

Die ENTRO Marktbergel GmbH wurde 2008 von der Gemeinde Marktbergel und der Härtfelder Dienstleistungs GmbH, Bad Windsheim, gegründet. Als dritter Gesellschafter ist seit dem 04.12.2009 die N-ERGIE Aktiengesellschaft, Nürnberg, mit 33 Prozent beteiligt. Das N-ERGIE Tochterunternehmen, die AquaOpta GmbH, unterstützt Kommunen beim Bau von Wasserwerken, Hochbehältern und Abwasseranlagen. „Viele Gemeinden suchen umweltverträgliche Lösungen ihres Klärschlamm-Problems. Als enger Partner der Kommunen in der Region wollen wir unseren Beitrag dazu leisten. Das in Marktbergel umgesetzte Konzept ist auf viele Kommunen übertragbar“, betonte der Geschäftsführer von AquaOpta, Dr. Andreas Greving, beim Pressegespräch. □

Herbert Dombrowsky zum 60. Geburtstag:

Vielfältiges Engagement

Zum Club der 60er gehört nun auch Herbert Dombrowsky, Vorstandsvorsitzender der N-ERGIE Aktiengesellschaft. Seinen runden Geburtstag feierte der gebürtige Ravensburger am 29. Juni.

Herbert Dombrowsky hat nach dem Studium der Verwaltungswissenschaften seine berufliche Tätigkeit bei der Unternehmensgruppe Neue Heimat begonnen, wo er zuletzt als Leiter der Personalabteilung für die Region Bremen/Niedersachsen verantwortlich war. 1986 wechselte der zweifache Familienvater in die Energiewirtschaft. Er wurde Abteilungsdirektor für das Personal- und Sozialwesen der Städtischen Werke Nürnberg sowie der EWAG Energie- und Wasserversorgung und der VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft.

1989 wurde Dombrowsky Mitglied der Geschäftsführung bzw. des Vorstands der drei Gesellschaften und übernahm die Funktion des Sprechers des Vorstands und ab 1997 aus, ehe er Vorsitzender der Geschäftsführung bzw. des Vorstandes von StWN, EWAG und VAG wurde.

Im Jahr 2000 trieb der Jubilar die Fusion von EWAG, FÜW Fränkisches Überlandwerk AG und MEG Mittelfränkische Erdgas GmbH zur N-ERGIE Aktiengesellschaft maßgeblich und erfolgreich voran und wurde Vorstand der neuen Gesellschaft. Zwei Jahre später übernahm Dombrowsky die Funktion des Sprechers des Vorstands und ab 2007 den Vorsitz des Vorstands des Nürnberger Energieversorgers. Gleichzeitig blieb er Vorsitzender der Geschäftsführung der StWN und des Vorstands der VAG.

Im vergangenen Jahr koordinierte Herbert Dombrowsky maßgeblich den Kauf der Thüga AG durch die Integra und KOM9 Konsortien von der E.ON AG. Mit einem Kaufpreis von 2,9 Mrd. Euro zählte dieser Unternehmenskauf bundesweit zu den größten Transaktionen im abgelaufenen Jahr.

Innerhalb der VAG hat er mit einem umfassenden Restrukturierungsprogramm die wirtschaftliche Konsolidierung des Unternehmens und die Entwicklung zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen vorangetrieben. Seit 1997 setzte er sich massiv für das Projekt der automatischen U-Bahn in Nürnberg ein.

Herbert Dombrowsky ist in zahlreichen Ehrenämtern engagiert. 2009 wurde er vom Vorstand des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) zum Vizepräsidenten gewählt. Zudem ist er unter anderem Mitglied des Vorstandsrates des Verbands der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft (VBEW) und Stellvertreter des Präsidenten der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände. **DK**

Dieter Gerlach / Stadtwerke Aschaffenburg:

Energie- und Abfallwirtschaft im Verbund und im Verband

„Gemeinsam ist man stärker!“ so der Geschäftsführer der Stadtwerke Aschaffenburg und Vorstand in den Landesgruppen Bayern von VKU und VKS, Dieter Gerlach. VKU, VKS und ASEW stellten Transferplattformen für Know-how, Kontakte und kommunale Gestaltung dar. Zudem seien sie die Interessensvertretung für kommunale Unternehmen.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), 1949 in Köln gegründet, vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen von 1.400 kommunalwirtschaftlichen Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser und Abfallwirtschaft. In Bayern ist der VKU mit 147 Mitgliedsunternehmen präsent. Der Verband engagiert sich für seine Mitgliedsunternehmen, in dem er aktiv an den Prozessen der politischen Willensbildung und Gesetzgebung auf deutscher und europäischer Ebene teilnimmt. Der Marktanteil der kommunalen Ver- und Entsorger im Endkundensegment beträgt 56,9 Prozent in der Strom-, 52,1 Prozent in der Gas- und 50,3 Prozent in der Wärmeversorgung.

VKS im VKU

Der Verband kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung im VKU (VKS im VKU) ist der führende kommunale Fach- und Interessenverband für Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Winterdienst. 1912 gegründet und 2003 mit dem VKU verschmolzen, pflegt er eine enge Zusammenarbeit mit Bund, Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden sowie mit Verbänden der öffentlich-rechtlichen und privaten Entsorgungswirtschaft. Er berät und informiert seine aktuell 427 ordentlichen Mitglieder rund um die Themen kommunale Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Winterdienst. Darüber hinaus fördert er den Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedern sowie die Aus- und Fortbildung von Fachkräften.

Die ASEW (Arbeitsgemeinschaft für sparsame Energie-

und Wasserverwendung im VKU) wiederum vereinigt über 260 Stadtwerke und kommunale Versorgungsunternehmen in Deutschland. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass sie innovative Techniken, den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Verbesserung der Energieeffizienz fördern und ihren Kunden interessante Angebote jenseits des Kerngeschäfts Strom-, Gas-, Wärme- oder Wasserlieferung zur Verfügung stellen. Gründet 1989 in Köln im VKU, unterstützt die ASEW mit ihrem Netzwerk und konkreten Produkten das kommunale Geschäft über die Wertschöpfungsstufen hinweg.

Rückbesinnung

Die Kooperation kommunaler Partner ermöglicht Projekte, die alleine nicht möglich wären, betonte Gerlach. Dass sich die Rückbesinnung auf kommunale Werte ebenso lohnt wie die Wertschöpfung vor Ort, zeigte der Geschäftsführer an zwei Beispielen auf.

So engagiert sich die 1995 gegründete GBAB (Gesellschaft für Bioabfallwirtschaft in Landkreis und Stadt Aschaffenburg), an der die Stadtwerke und der Landkreis zu je 50 % beteiligt sind (PPP Modell zwischen öffentlichen Partnern) bei der Produktion von Biomethangas zur Energieerzeugung.

Vergärungsanlage

Im bestehenden Kompostwerk wird derzeit eine Vergärungsanlage errichtet. Dort werden die Bioabfälle, die in Stadt- und Landkreis Aschaffenburg eingesammelt werden, künftig in Biomethangas umge-

wandelt. Dieses wird vor Ort in einem Blockheizkraftwerk zur Stromerzeugung genutzt und als EEG-Strom in das Netz der AVG eingespeist. Die anfallende Überschusswärme wird zur Fermenterheizung und zu Trocknungszwecken eingesetzt. Der Spatenstich zum Bau der Vergärungsanlage erfolgte im Juni.

Biomasseheizkraftwerk

Beispiel 2: Die Bioenergie Aschaffenburg GmbH, eine Tochtergesellschaft der Aschaffener Versorgungs-GmbH, hat im Mai 2010 ein Biomasseheizkraftwerk mit einer Produktionsanlage für Holzbriketts im Aschaffener Stadtteil Leier in Betrieb genommen. Das hochmoderne Kraftwerk liefert Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien. Diese Anlage stellt eine echte Kraft-Wärme-Kopplung dar und arbeitet besonders effizient und umweltschonend. Das Biomasse-Heizkraftwerk verwertet Holzhackschnitzel aus Wald- und Landschaftspflege aus der Region.

Regionale Energiepotenziale nutzen

Die Verbrennung des CO₂ neutralen Rohstoffs Holz spart im Vergleich zu fossilen Brennstoffen 15.000 Tonnen CO₂ pro Jahr ein. Dabei werden Strom (10.000 MWh im Jahr) und Wärme (für Fernwärme 5 MW) erzeugt, die zur Versorgung von Schulen, Haushalten und öffentlichen Einrichtungen des Stadtteils genutzt werden. Da nicht die ganze Wärme benötigt wird, wird ein Teil zur Trocknung von Holz- und Sägespänen genutzt. Nach der Trocknung werden diese Späne zu Briketts gepresst (Herstellung von 35.000 Tonnen im Jahr), die wiederum ideal zur Befeuerung heimischer Öfen geeignet sind. Effizienter können regionale Energiepotenziale nicht genutzt werden. **DK**

Für die Umwelt



Klimaschutz geht nur gemeinsam. Wir investieren in umweltgerechte Energieerzeugung, effiziente Kraftwerkstechnik, die Nutzung erneuerbarer Energien sowie Wasser- und Gewässerschutz.

Weitere Informationen unter www.n-ergie.de oder Telefon 0180 2 111444 (6 Cent pro Anruf aus dem Festnetz, Mobilfunk höchstens 42 Cent pro Minute)

N-ERGIE
Spürbar näher.

Wolfgang Haberberger / Neustadt am Kulm:

Interkommunale Bürgerenergie- Genossenschaft

„In einem überschaubaren Zeitraum werden die Ressourcen fossiler Brennstoffe erschöpft sein“, stellte Erster Bürgermeister Wolfgang Haberberger, Neustadt am Kulm, fest. Das Erdöl reiche noch für 45 Jahre. Auch die Gas- und Uranvorkommen seien begrenzt. Für die Bürger des westlichen Landkreises Neustadt an der Waldnaab biete die Neue Energien West e. G. mit ihrer Bürgerenergiegenossenschaft einen Weg, sich langfristig dem Gebaren der Energieversorger zu entziehen.

Laut Wolfgang Haberberger hat die im Juni 2009 gegründete Bürgerenergiegenossenschaft derzeit 280 Mitglieder, die 1504 Einlagen gezeichnet haben. Dies entspricht einer Gesamteinlage von 752.000 Euro. Zusammen mit den Einlagen der Kommunen wurde Kapital von über 1 Million Euro angesammelt. In die Bürgerenergiegenossenschaft können sich die Bürger mit einer oder mehreren Einlagen zu 500 Euro einbringen.

Die Vereinigung ist Mitglied der NEW - Neue Energien West e. G., der neben der Stadt und den Stadtwerken Grafenwöhr elf Städte und Gemeinden angehören. Die Bürgerenergiegenossenschaft West gibt das Geld der NEW e. G. Diese realisierte Projekte und schüttet die Erträge an die Bürger eG aus.

Erhöhung der Finanzkraft

„Wir legen Wert auf einen schonenden Umgang mit den uns anvertrauten Ressourcen“, erläuterte Haberberger. Investiert werde ausschließlich in den Ausbau erneuerbarer Energien. Häufige Sonnentage, ein relativ hohes Windaufkommen und große Waldflächen sprächen dafür, in der Region die entsprechenden Möglichkeiten zur Energieerzeugung zu nutzen. Zudem bestünden den Möglichkeiten der Nutzung von oberflächennaher Geothermie und Wasserkraft. Dadurch könnten heimische Firmen Aufträge sichern. Die Schaffung von Arbeitsplätzen örtlicher Firmen im Bereich erneuerbare Energien führe zu einer Erhöhung der Finanzkraft für die Region.

Die Genossenschaft plant, baut und betreibt die Energieanlagen der Zukunft. Seit dem Jahr 2009 wurde zunächst in Photovoltaikanlagen investiert. Einige Projekte wie Eschenbach (Volksschule) Schwarzenbach (Mehrzweckhalle) oder Grafenwöhr (Gründerzentrum) sind bereits fertig gestellt, sieben weitere be-

finden sich im Bau. Sofern geeignete Dächer zur Verfügung stehen, sollen auch in anderen Mitgliedsgemeinden solche Anlagen entstehen.

Wie das zuständige Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ermittelt hat, könnten im Landkreis Neustadt an der Waldnaab 4800 Haushalte durch Biogasanlagen, 8750 Haushalte durch Waldhackschnitzel und durch den Ertrag von Kurzumtriebsplantagen 3000 Haushalte mit Wärme versorgt werden. 9.000 Haushalte könnten mittels Photovoltaik bei 1000 geeigneten Dächern (30 m x 15 m) mit Strom bedient werden, gleiches gelte für 1000 Haushalte durch ein 120 Meter hohes Windrad. Biogasanlagen wiederum könnten 45.000 Haushalte mit Strom bedienen.

„Die Argumente für unsere Kommunale Genossenschaft sind stichhaltig“, so Haberberger: „Bei uns gibt es keine unseriösen Preisschwankungen, wir beuten nicht die Umwelt aus und wir können nicht aufgekauft, übernommen oder ausgeblutet werden!“

Zukunft positiv gestalten

Das Fazit des Neustädter Rathauschefs: „Nicht jeder hat eine geeignete Dachfläche für eine Photovoltaik-Anlage. Nicht jeder hat die Möglichkeit, regenerative Energien zu nutzen. Nicht jeder hat das Vertrauen und das Wissen in diese neuen Techniken und Energieformen. Aber jeder sieht die Notwendigkeit, etwas dahingehend zu tun, vor allem auch, um künftig Preisschwankungen zu vermeiden. Wir wollen für unsere Kinder, Enkel und Urenkel die Energiezukunft und damit die Umwelt positiv gestalten: Die Bürger-Energiegenossenschaft ermöglicht jeden, einen (An-)Teil dazu beizutragen, ohne große Risiken einzugehen - mit der Erfahrung und der Motivation von elf Bürgermeistern verschiedener Parteien im Hintergrund.“ **DK**

Regionales Holz zur Energiegewinnung nutzen

Mit vielen Anregungen, wie auch im Landkreis Miltenberg Energie aus regionalem Holz gewonnen werden kann, ist vor kurzem eine 15-köpfige Gruppe der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) Main4Eck von einer Exkursion in die Energieregion Amberg-Sulzbach zurückgekommen.

Dass im Landkreis Miltenberg das riesige Potenzial an nachwachsenden Rohstoffen zur Energiegewinnung noch ungenügend genutzt wird, ist eine Tatsache. Nur wenige Kommunen am Untermain haben sich bislang an den Bau von Holzhackschnitzel- oder Pelletheizungen gewagt – in anderen Regionen Bayerns gibt es solche Projekte dagegen schon seit längerer Zeit. Das Interesse an solchen Energielösungen steigt aber auch im Landkreis Miltenberg. Dass diese Energiemodelle funktionieren – auch in kleinen Gemeinden –, stellte das Management der LAG mit der Exkursion nun unter Beweis. Vertreter aus Kommunalpolitik und Forstwirtschaft sowie interessierte Bürger überzeugten sich im Kloster Ens-

dorf, in Kümmersbruck und im Markt Hohenburg, dass Kommunen Erfolg bei der nachhaltigen Energiegewinnung aus regionalem Holz haben können – vorausgesetzt, alle Beteiligten wollen es.

Kloster Ensdorf

Im Kloster Ensdorf wurde zunächst das Zentrum für erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit besichtigt. In dieser zentralen Stelle können sich Bürger, die Gebäude sanieren oder neu bauen wollen, in Energiefragen kostenlos beraten lassen. Anschließend zeigte sich bei einer Führung durch die Hackschnitzelheizung der Umweltstation im Kloster, dass die von der örtlichen Forstbetriebsgemeinschaft betriebene Anlage be-



Bürgermeister Peter Eigstler.

Peter Eigstler / Wasserburg am Bodensee:

Nachhaltigkeit und Klimaschutz ...

... durch kommunale Energiepolitik

Zehn bayerische Gemeinden sparen so erfolgreich Energie, dass sie mit dem European Energy Award® ausgezeichnet werden. Dazu gehört auch Wasserburg am Bodensee. Sie war laut Bürgermeister Thomas Eigstler die erste Kommune im Freistaat mit erfolgreicher Auditierung zum Award.

Bei der Auszeichnung handelt es sich um ein Qualitätsmanagementsystem und Zertifizierungsverfahren, mit dem die Klimaschutzaktivitäten von Kommunen erfasst, bewertet, geplant, gesteuert und regelmäßig überprüft werden, um Potentiale des nachhaltigen Klimaschutzes zu identifizieren. So sollen Kommunen ihre Energieeinsparpotenziale erkennen und ausschöpfen.

Mitglied im Klima-Bündnis

Seit 10. August 2008 ist Wasserburg Mitglied des Vereins „Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder/Alianza del Clima e.V. Die Mitglieder des Klima-Bündnis verpflichten sich zu einer kontinuierlichen Verringerung ihrer Treibhausgasemissionen. Ziel ist, den CO₂-Ausstoß alle fünf Jahre um zehn Prozent zu reduzieren. Dabei soll der wichtige Meilenstein einer Halbierung der Pro-Kopf-Emissionen (Basisjahr 1990) bis spätestens 2030 erreicht werden. Langfristig streben die Klima-Bündnis-Städte und Gemeinden eine Verminderung ihrer Treibhausgasemissionen auf ein nachhaltiges Niveau von 2,5 Tonnen CO₂-Äquivalent pro Einwohner und Jahr durch Energiesparen, Energieeffizienz und durch die Nutzung erneuerbarer Energien an.

Als weitere Maßnahmen der Gemeinde führte Rathauschef Eigstler unter anderem die Sanie-

rung des Schwimmbads durch Umrüstung der Ölheizung auf Biomasse-, Absorber- und Solarthermietechnik, die Einbindung von ehrenamtlichen Personen durch die Gründung eines Energieteams, die Umstellung der gesamten Straßenbeleuchtung auf Natriumdampf lampen mit Spannungsabsenkung, die Erstellung eines qualifizierten Energieleitbilds, die energetische Sanierung des Rathauses, die Projektwoche „Energie“ in der Grundschule, die Beschaffung eines E-Bikes als Dienstfahrrad sowie das Kommunale Energiemanagement (KEM) der öffentlichen Gebäude an.

Impulsgeber

Dabei werden monatlich die Zähler abgelesen und ausgewertet, die Gebäudeverantwortlichen geschult und in den sparsamen Umgang mit Energie eingewiesen. Zudem finden Gebäudebegehungen und Regelungsoptimierungen (z. B. Einstellung Zeitschaltuhren, Optimierung Heizzeiten und -kurven, Laufzeitanpassungen) statt. Auch wird ein jährlicher Energiebericht erstellt. In Vorbereitung sind Detailplanungen für ein Nahwärmenetz mit Biomasse sowie die Teilnahme an einem Klimaschutzkonzept für den gesamten Landkreis.

Der Klimaschutz sei Impulsgeber für Kooperationen zwischen Kommunen und Bürgern, so Eigstler. Durch die Bildung eines Energieteams vor Ort, bestehend aus ehrenamtlich tätigen Bürgern (zum Beispiel Gemeinderatsmitglieder, Architekten, Ingenieure, Rentner) könne die Bürgerschaft eingebunden werden. Als Beispiele für bereits durchgeführte Maßnahmen nannte Eigstler die Erstellung eines qualifizierten Energieleitbilds und eines Logos, eine sog. Schwachstellenanalyse für Fußgänger (auch mit Fahrzeugen), Radfahrer und Inlineskater sowie eine Projektwoche mit Schülern der Grundschule.

Anreize schaffen

Eine Attraktivierung des Klimaschutzes sei wiederum möglich durch die Schaffung von Anreizen, sprich die organisatorische Hilfe für energiepolitische Aktionen sowie durch finanzielle Anreize zur Durchführung entsprechender Maßnahmen.

Eigstler: „Die Kommune muss eine Vorbildfunktion erfüllen.“ Es gelte, Innovationen zu lassen (zum Beispiel Pultdächer für Photovoltaikanlagen) und den neuesten Stand der Technik zu verwenden (z. B. Neubauten im Passivhausstandard, LED-Leuchten). **DK**

Altöttinger Klimanetzwerk:

Für Umwelt und Umland

Die Kreisstadt Altötting hat es sich zum Ziel gesetzt, die sich aus den Themen Klimaschutz und Ressourceneffizienz ergebenden großen Entwicklungschancen für die privaten Haushalte, die Gewerbebetriebe, das lokale Handwerk und auch für die Kommune selbst zu nutzen. Das „Integrierte Energie- und Ressourcen-Management“ ordnet sich in dieses Ziel ein. Die Ergebnisse des Projekts sollten aber auch auf andere Kommunen übertragbar sein.

Mit dem Pilotprojekt wollte die oberbayerische Kreisstadt zum einen neue Wege in der Information und Kommunikation gehen. Zum anderen wollte die Kommune ein Bilanzierungswerkzeug für CO₂-Emissionen, mit dem die Klimaschutzerfolge des Einzelnen und der Kommune künftig sichtbar gemacht werden können, etablieren.

Hauptaufgabe war vor diesem Hintergrund die Schaffung eines transparenten Informations- und Steuerungssystems. Das System sollte für Verbraucher, Hausbesitzer, Schornsteinfeger, Handwerker, Energielieferanten und Kreditinstitute eine belastbare Grundlage für Planungen und Investitionsentscheidungen darstellen.

Lokale Internetplattform

Während der Projektlaufzeit wurde eine lokale Internetplattform aufgebaut und in Betrieb genommen. Die Seite www.klima-altotting.de umfasst Informationen rund um die Themen Klima und Energie. Die Nutzer können sich z. B. über Energieanbieter und -dienstleister in ihrer Umgebung informieren und bei Bedarf Kontakt mit diesen aufnehmen. Hausbesitzer haben die Möglichkeit, in einem nur für sie zugänglichen Bereich die energierelevanten Daten ihres Gebäudes sowie ihren Ressourcenverbrauch für Mobilität, Strom, Heizung und Wasser einzugeben und zu pflegen. Die Plattform gibt Auskunft über den jeweiligen energetischen Status Quo des Gebäudes und bietet einen Kennzahlenvergleich im Ranking mit vergleichbaren Objekten. Daran lässt sich ablesen, ob eine energetische Sanierung des Gebäudes in Betracht gezogen werden sollte oder Potenziale im Bereich der erneuerbaren Energien bestehen.

Mit dem Einverständnis der Eigentümer kann die Kommune die online eingegebenen Daten

Emnid-Umfrage:

Bürger wollen mehr Wettbewerb

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) hat in Berlin die Ergebnisse einer aktuellen, repräsentativen Umfrage von TNS Emnid zur Energiegewinnung in Deutschland vorgestellt. Gegenstand der Umfrage waren Fragen zur Energieerzeugung.

„Die Ergebnisse bestätigen die Ziele der Bundesregierung, die im Rahmen des Integrierten Energie- und Klimaprogramms definiert sind“, so VKU-Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck. „Die Deutschen wollen zu 68 Prozent eine dezentrale Stromerzeugung durch regionale und örtliche Energieunternehmen.“

Rolle der Stadtwerke

Noch eindeutiger sind die Ergebnisse, wenn es um die künftige Bedeutung der Stadtwerke am Energiemarkt geht. 84 Prozent der Bevölkerung wollen mehr Marktvielfalt und Wettbewerb und verlangen deshalb, dass Stadtwerke künftig eine wichtigere Rolle spielen sollen. „Die Stadtwerke nehmen diese Aufgabe ernst und sind schon heute dabei, ihre Wettbewerbsposition auszubauen“, er-

z. B. dazu nutzen, Energieträger und CO₂-Emissionen zu bilanzieren, Entwicklungsschritte festzulegen und die Organisation von gemeinschaftlichen Versorgungskonzepten wie Nahwärmeinseln zu unterstützen. Klimaschutzerfolge werden zudem auf diese Art und Weise ablesbar und durch eine gute Kommunikation für die unterschiedlichen Akteure fassbar.

Attraktivität des Angebots weiter verbessern

Die Erfahrungen aus dem Projekt zeigen, dass der Aufbau lokaler oder regionaler Internetplattformen Zeit benötigt und stark von den politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängt. Das Internetportal konnte im Rahmen der zweijährigen Projektlaufzeit erfolgreich ins Leben gerufen werden. Auch wurden die örtliche Handwerkserschaft und die Energieberater unter dem Label Altöttinger Klima Allianz als wichtige Wissensträger und Kooperationspartner in das Projekt eingeführt. Durch verschiedene Stellschrauben – wie eine einfachere Handhabung, zusätzliche Informationen und neue Funktionen – soll die Attraktivität des Angebots weiter verbessert werden.

Aktionsplan

Die Stadt Altötting ist dem Konvent der Bürgermeister/innen beigetreten und damit die Verpflichtung eingegangen, bei der Reduzierung der CO₂-Emissionen über die Ziele der Europäischen Union für 2020 hinauszugehen. Aus dem Beitritt ergibt sich für die Stadt die Aufgabe, einen „Aktionsplan für nachhaltige Energie“ auszuarbeiten und umzusetzen. Dieser soll den Status Quo in der Kommune verdeutlichen und Schritte zur Erreichung der Klimaschutzziele umfassen. **DK**

Als Partner für Städte und Gemeinden:

Thüga meldet sich zurück

Neuer Schwung nach der Rekommunalisierung / Vor hohen Investitionen

Nach acht Jahren mehr oder weniger stillen, unauffälligen Daseins hat sich die Thüga mit einer Pressekonferenz in der Öffentlichkeit zurückgemeldet, „denn“, so Ewald Woste, „2009 war für uns ein Jahr, das in unserer Unternehmensgeschichte einen besonderen Platz einnehmen wird“. Der Vorstandsvorsitzende spielte damit auf die Tatsache an, dass die ehemalige Tochter des Eon-Konzerns seit 1. Dezember 2009 ein selbstständiges Unternehmen ist. Zuvor sei man in einen Konzern eingebunden gewesen, jetzt stehe man auf eigenen Füßen. Thüga will nun wieder verstärkt seine traditionelle Rolle als Partner für Stadtwerke und Kommunen auf dem Gebiet der Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung wahrnehmen. Eine solche Kooperation beinhaltet eigenständige Unternehmen in einem gemeinsamen Verbund.

Im Jahre 2003 war es der damaligen Eon-Tochter durch das Kartellamt aus wettbewerbsrechtlichen Gründen untersagt worden, sich an weiteren kommunalen Versorgungsunternehmen zu beteiligen. Damit war dem über all

die Jahre erfolgreichen Geschäftsmodell des schon 1867 in Gotha gegründeten Unternehmens ein Riegel vorgeschoben. An vernünftige Weiterentwicklung oder gar Wachstum war nicht mehr zu denken mit der Folge, dass Eon

sich von dieser solide fundierten Tochter trennen wollte und letztlich wohl auch musste.

Zum 1. Dezember 2009 hat ein kommunales Erwerberkonsortium, das nach komplizierten rechtlichen Schritten heute in der Thüga Holding GmbH & Co KGaA, München, vereint ist, für 2,9 Milliarden Euro Eon die Thüga AG abgekauft. An 38 Prozent dieser Muttergesellschaft der Thüga-Gruppe sind mit je 20,53 Prozent die Stadtwerke Hannover AG, die Mainova AG mit dem Großaktionär Stadt Frankfurt und der Nürnberger Versorger N-Ergie mit dem Großgesellschafter Nürnberg sowie die Gesellschaft Kom9 GmbH & Co KG mit 38,41 Prozent beteiligt.

In der Kom9 haben sich 47 lokale und regionale Versorgungsunternehmen zusammengefunden. Im übrigen ist die Thüga AG selbst an der Holding beteiligt, die ihrerseits alle Aktien der Thüga AG hält. Alles in allem also recht komplizierte Beteiligungsverhältnisse. Die Thüga Holding, für die mit 2,273 Mrd. Euro eine Eigenkapitalquote von 65 Prozent aus-

schusst die LfA mit 40 bzw. 60 Euro – je nach Wärmeabsatz, wobei für einen Meter bis zu 1000 Euro zu berappen sind. Beierl zufolge macht es die Förderung dem Projektierer leichter, die Kommunen für sich zu gewinnen. Der Förderhöchstbetrag beträgt 1,5 Mio. Euro pro Projekt.

„Infrakredit Tiefengeothermie“

Bislang haben folgende Unternehmen einen Antrag im Programm „Infrakredit Tiefengeothermie“ gestellt: Energie-Wend-Garching GmbH & Co. KG, Innovative Energie für Pullach GmbH (IEP GmbH), GEOVOL Unterföhring GmbH und AFK-Geothermie GmbH. „Wir gehen davon aus, bis 2011 weitere Interessenten gewinnen zu können“, äußerte sich Beierl zuversichtlich. Schließlich sei das Thema es wert, weiter verfolgt zu werden, „da uns mit der Tiefengeothermie eine dauerhafte, preiswerte, CO2-freie Energiequelle direkt unter unseren Füßen zur Verfügung steht“.

Rund 50 Prozent der deutschen Kommunen befassen sich laut einer Studie des Marktforschungsinstituts trend:research mit einer Rekommunalisierung der Energieversorgung. Auch die LfA beobachtet Beierl zufolge, dass Gemeinden sich zunehmend des Werts eigener Stadtwerke bewusst werden: „Die Zielrichtung geht eindeutig dahin, die Wertschöpfungskette bei der Energie auch als kommunaler Versorger abzubilden.“

Stadtwerke und Erneuerbare Energien

Ein weiterer Trend sei die beträchtliche Investitionstätigkeit von Stadtwerken im Bereich Erneuerbare Energien. Im Gegensatz zum Infrakredit Kommunal sei die LfA hier allerdings nicht als Förderer mit verbilligten Darlehen unterwegs. „Vielmehr wird die wettbewerbsneutrale Förderbank von Geschäftsbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken angesprochen, ob sie in ein Darlehenskonsortium mit eintreten will.“ Somit trage die LfA dazu bei, das Risiko zu diversifizieren. Beierl: „Für einen Partner LfA, der die Risiken mit den anderen Banken teilt, ist man sehr dankbar. Wir sind hier gut aufgestellt. Bei großen Stadtwerken haben wir es durchaus mit Projekten im dreistelligen Millionenbereich zu tun.“ DK

gewiesen wird, ist im Zuge des Kaufvorgangs Finanzverbindlichkeiten von 775 Millionen Euro eingegangen, die nun, um günstigere und längerfristige Konditionen zu nutzen, über bilaterale Bankdarlehen und Schuldscheindarlehen refinanziert werden. In der Überlegung ist auch, einen weiteren Gesellschafter über eine Kapitalerhöhung aufzunehmen, der bis zu 20 Prozent zusätzliches Kapital und Know-how einbringen soll.

Unternehmensziele

Darüber hinaus will sich das Unternehmen, das sich nun durch die kommunale Eignerschaft erheblich gestärkt fühlt, über Bankdarlehen, Schuldscheine und Genosscheinkapital, das auch den Endverbrauchern, also den Haushalten, angeboten werden soll, zur Finanzierung seiner strategischen Weiterentwicklung etwa 1,1 Milliarden Euro beschaffen. Zu den Unternehmenszielen der Thüga, die gewisse genossenschaftsähnli-

che Merkmale aufweist, zählt die Beteiligung an weiteren kommunalen Unternehmen. Derzeit gehören zum Thüga-Beteiligungskreis etwa 450 Städte bzw. Gemeinden mit 90 Stadtwerken.

Klare Positionierung

Weitere Ziele sind die Beratung und damit die Effizienzsteigerung der rechtlich selbständigen Partner, die Nutzung von Vorteilen bei der Energie- und Materialbeschaffung – die Tochter Syneco ist der größte kommunale Energiehändler in Deutschland –, gemeinsame Serviceleistungen, etwa bei Abrechnungen über die Tochter Visconto und das Metering, worunter das Messwesen, das Energiedatenmanagement, aber auch der Aufbau und der Betrieb von DSL-Netzen für Stadtwerke zu verstehen sind. Aber auch die Förderung von Unternehmenszusammenführungen über Beratung, soweit die Unternehmen einzeln nicht leistungsstark genug sind, zählen zu den Aufgaben. Außerdem will sich

Thüga auf dem Gebiet Erneuerbarer Energien positionieren und u. a. dazu eine Gesellschaft zur Nutzung von Windkraft gründen, die sich an entsprechenden Unternehmen beteiligen soll. Bis Ende dieses Jahres sollen etwa 400 Millionen Euro in Bioenergien investiert werden, nächstes Jahr sollen 225 Millionen Euro folgen. Bei all diesen Aktivitäten soll das Prinzip der Dezentralisierung gewahrt bleiben. Die kommunalen Partner bleiben immer Mehrheitsgesellschafter, die ihre Selbständigkeit bewahren. Oberste Ziele sind hohe Kundenbindung, wettbewerbsfähige Preise, ökologische Produkte und Bemühungen um Innovationen, zu denen auch die Beobachtung der Elektromobilität gehört.

Wegen der erst Ende 2009 erfolgten Übernahme der Gruppe sind die Unternehmensdaten nur bedingt aussagefähig. In den Presseunterlagen wird für die Gruppe ein Anteil von 16 Prozent am Gasmarkt, von 7 Prozent am Strommarkt und von 12 Prozent am Wärmemarkt genannt. 2009 betrug der Umsatz 15,3 Milliarden Euro. Investiert wurden 2,4 Milliarden Euro. Der Gasabsatz erreichte 123,7 Milliarden Kilowattstunden (kWh), der Stromabsatz 36,6 Milliarden kWh. Die Thüga AG wies ein Beteiligungsergebnis von 320 Millionen Euro aus. Über den Abführungsvertrag wurden aber 400 Millionen Euro an die Thüga Holding transferiert. Grundsätzlich sollen die Gewinne thesauriert werden.

Regionale Kundennähe

Die Thüga als Energieholding ist also spezialisiert auf die Beteiligung an Energieunternehmen und deren Beratung. Durch ihre Kapitalbeteiligung übernimmt sie unternehmerische Mitverantwortung auf partnerschaftlicher Basis und bildet mit ihren Beteiligungen ein Netzwerk von Energiedienstleistern, „das regionale Kundennähe mit überregionaler Stärke verbindet“, wie es im Geschäftsbericht heißt. In diesem Jahr werden in Finanzanlagen etwa 100 Millionen Euro investiert. Als jüngste Beteiligung ist heuer mit 25,1 Prozent die Wemag AG, der regionale Stromversorger in Westmecklenburg und Teile Brandenburgs, hinzugekommen.

Woste und seine Vorstandskollegen sehen in der Zukunft für das Thüga-Modell gute Chancen, zumal immer mehr Städte und Kommunen ihre privatisierten oder sonstwie verkauften Versorgungsunternehmen zurückkaufen wollen. Bei solchen Schritten könne die Thüga beratend tätig werden, sagte Woste. Wie sich aber die Thüga letztlich entwickeln wird, lässt sich in ersten Ansätzen frühestens in einem Jahr sagen, wenn das erste komplette Geschäftsjahr (2010) abgeschlossen ist. dhg.



Bolzplätze mit Dach – die Sonne finanziert´s

Die Mannheimer GRAEFF Container & Hallenbau GmbH hat auf der Basis der aus dem Hallenbau verfügbaren Module mehrere Varianten von Überdachungen für Kleinspielfelder – Bolzplätze – entwickelt.

Dabei werden Kleinspielfelder (eines oder mehrere) komplett überdacht, mit unterschiedlichen Dachformen, die sich aus der Statik der Überbauung ableiten. Jede dieser Dachformen ist für die Installation einer Photovoltaik-Anlage vorbereitet. In den überwiegenden Fällen lassen sich mit der Energieeinspeisung (derzeitiges EEG!) die Überdachungen kostendeckend oder sogar gewinnbringend betreiben.

Die auf dem Dach der Konstruktion installierte Photovoltaik-Anlage ist jeweils so konzipiert, dass Investition und Betrieb der gesamten Anlage – Überdachung und Photovoltaik-System – zumindest kostenneutral, in der Regel aber profitabel sind.

Je nach Anspruch an die Anlage und deren Nutzung erlaubt

das modulare System von GRAEFF die Ausstattung mit Geräteraum oder mit Sanitär- und Umkleidekabinen, mit transparenten Wandpaneelen oder anderen baulichen Zusatzelementen. Die für die unterschiedlichen Sportarten notwendigen Tore, Körbe, Netze oder Ballfangnetze können von GRAEFF schon in der Bauphase installiert bzw. bereit gestellt werden.

„Wir bieten mit unserem Überdachungskonzept die Möglichkeit, die Kleinspielfelder deutlich häufiger zu nutzen“, so Heinrich Graeff, der Inhaber des alt eingesessenen Unternehmens. „Weil wir die Module selbst fertigen, können wir auch Sonderwünsche umsetzen und genau die Überdachung bauen, die gebraucht wird“, ergänzt er. □



Im Dialog: GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel und LfA-Vorstandsmitglied Dr. Otto Beierl. □

überrascht, dass im Bereich ÖPNV bislang kein einziger Antrag gestellt wurde“, ergänzte Beierl.

Seit 2009 können Bayerns Städte und Gemeinden deutlich mehr Infrastrukturvorhaben fördern lassen. Die LfA hat die förderfähigen Investitionsfelder erweitert und finanziert jetzt auch Projekte in Bereichen wie Abfall/Entsorgung, touristische Infrastruktur (z. B. Erlebnisbäder, Kurhäuser), Energieeinsparung und Umstellung auf umweltfreundliche Energieträger, Erschließung von Gewerbeflächen sowie Wissenschaft, Technik und Kulturpflege.

LfA-Vorstandsmitglied Otto Beierl berichtete, dass die Fördermöglichkeiten gut angenommen werden: „Der Infrakredit bietet attraktive Konditionen speziell für die Bedürfnisse der Kommunen. Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke können Investitionen aus den neuen Förderbereichen sofort in Angriff nehmen.“

Durch lange Zinsbindungsfristen und Laufzeiten bis zu 30 Jah-

ren erhalten die Kommunen langfristige Planungssicherheit. Bis zu einem Kreditbetrag von zwei Millionen Euro werden bis zu 100 Prozent der Darlehenssumme zinsverbilligt, bei einem größeren Kreditvolumen 50 Prozent. Eine Kombination mit anderen Förderprogrammen ist möglich, Mittel aus dem Konjunkturpaket II des Bundes können allerdings nicht einbezogen werden. Der Antrag wird direkt bei der LfA gestellt. Das Förderverfahren ist einfach und schnell. Innerhalb von drei Arbeitstagen liegt der Bescheid in der Regel vor. Ebenfalls im vergangenen Jahr

haben die LfA mit dem Infrakredit Tiefengeothermie ein Programm aufgelegt, das wahlweise über einen Investitions- oder einen Zinszuschuss für ein Förderdarlehen abgewickelt werden kann. Mit dem Programm, das bis 2011 mit einem Gesamtvolumen von insgesamt 12 Mio. Euro läuft, ermöglicht der Freistaat Bayern über die LfA die günstige Finanzierung von Wärmenetzen, in die überwiegend Wärme aus Tiefengeothermieranlagen eingespeist wird. Hierbei ist sowohl die Neuerrichtung als auch die Erweiterung bereits bestehender Wärmenetze förderfähig.

Neben den Investitionskosten für die Errichtung eines Wärmenetzes werden auch die Kosten für eine Erweiterung (Hauptanbindungsleitung, Hausübergabestation und Hausanschlussleitungen abzüglich Baukostenzuschüsse und Anschlusskostenbeiträge) finanziert. Bohrungen sind davon ausgenommen. Pro Meter Rohrleitung bezu-

Bayerische Landessiedlung®

Energie und Kommunale Entwicklung

Erneuerbare Energien als Standortvorteil

Straßenbeleuchtung
Innovative Beleuchtungskonzepte für Städte und Gemeinden

Solarenergie
Planung und Projektierung von Photovoltaikanlagen

Baulandentwicklung
Wohn- und Gewerbegebietserschließung

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München
Tel. (0 89) 23 87-0
info@bls-bayern.de
www.bls-bayern.de

Informationen:
www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Günter Beermann / BWE Bayern:

Planung, Errichtung und Betrieb einer Windkraftanlage

Standortvoraussetzungen und rechtliche Vorgaben

„Europa hat einen wichtigen und beispielhaften Schritt getan mit der Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen. Diese enthält zum ersten Mal in Europa rechtlich verbindliche Ziele zum Ausbau Erneuerbarer Energien für alle Mitgliedstaaten“, stellte der bayerische Landesvorsitzende des Bundesverbandes WindEnergie e. V. (BWE) Günter Beermann fest.

Demnach müssen bis 2020 in Europa mindestens 20 % des Bruttoendenergieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen stammen; derzeit sind es 8,5 %. Ziel der Windenergie in Bayern ist



Günter Beermann.

BayWa r.e GmbH:

Erweiterte Kompetenz in der Biomethanherzeugung

Übernahme der Mehrheit an Schradenbiogas

Die BayWa r.e GmbH übernimmt von Hideal Partners einen 94,5-prozentigen Anteil an der Schradenbiogas GmbH & Co. KG für einen Kaufpreis von rund 6 Mio. Euro rückwirkend zum 1. Januar 2010. Die BayWa r.e ist eine 100-prozentige Tochter der BayWa AG, München. Die Übernahme steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Bundeskartellamtes.

Die Schradenbiogas GmbH & Co. KG wurde 1994 gegründet und betreibt drei Biomethananlagen in Brandenburg und Sachsen-Anhalt mit einer elektrischen Gesamtleistung von rund 3,6 Megawatt. Hier werden jährlich bis zu 100.000 Tonnen unverpackte und verpackte organische Abfälle und die gleiche Menge an Gülle verarbeitet.

Rund 50 Mitarbeiter sind an diesen Standorten beschäftigt. Zu den Kunden von Schradenbiogas zählen führende Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels, der Lebensmittelindustrie sowie Kleinbetriebe, deren organische Abfälle das Unternehmen zum Großteil mit eigener Logistik entsorgt. Das Unternehmen realisierte im vergangenen Geschäftsjahr einen Umsatz von rund 5 Mio. Euro.

Branchenerfahrung

Geschäftsführer der Schradenbiogas GmbH & Co. KG ist der Minderheitsgesellschafter Christoph von Jan, der über mehr als 15 Jahre Branchenerfahrung in leitenden Positionen verfügt. Seine Aufgabe wird es auch sein, mit der Schradenbiogas GmbH & Co. KG weitere Biomethananlagen zur Verwertung von organischen Abfällen zu entwickeln und zu betreiben.

Wichtiger Schritt

„Für die BayWa bedeutet diese Akquisition den Einstieg in die organische Abfallverwertung zur Stromerzeugung auf Basis von Biogas. Deshalb ist die Übernahme von Schradenbiogas ein wichtiger Schritt zur weiteren, konsequenten Umsetzung unserer Strategie im Bereich der erneuerbaren Energien“, erläutert der Vorstandsvorsitzende der BayWa AG, Klaus Josef Lutz.

„Mit diesem Zukauf erweitert

BayWa r.e ihre Kompetenz im Bereich Biomethanherzeugung und erhöht ihre Wertschöpfungstiefe“, betont Roland Schuler, BayWa-Vorstand und Geschäftsführer der BayWa r.e. Die effektive Nutzung des energetischen Potenzials von organischen Abfällen sei aus ökologischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten geboten und entspreche dem in der BayWa gelebten Nachhaltigkeitsprinzip.

Vorbildliche Strategie

„Die Strategie von Hideal Partners ist es, herausragende Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien zu identifizieren und durch Investitionen zu entwickeln. Bei der Schradenbiogas ist dies vorbildlich gelungen. Hideal Partners hat Schradenbiogas durch Prozessoptimierungen und den Ausbau der Kapazitäten in eine marktführende Stellung gebracht. Wir sind davon überzeugt, dass die Schradenbiogas als Teil des BayWa-Konzerns noch großes Potenzial entwickeln kann“, sagt Riccardo Rivero, Managing Partner der Hideal Partners Gruppe.

Bündelung der Aktivitäten

Im Geschäftsbereich der BayWa r.e bündelt der Konzern alle Aktivitäten im Bereich der regenerativen Energien und positioniert sich in diesem Wachstumsmarkt.

Hideal Partners ist eine der führenden unabhängigen Beratungs-, Projektentwicklungs- und Managementgesellschaften im Infrastruktur-Sektor in Europa. Ein wesentlicher Fokus besteht dabei auf dem Bereich der erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft verfügt über Büros in Luxemburg, UK, Deutschland, Italien und Spanien.

die kurzfristige Verdoppelung der Anlagen auf ca. 1000 Stück sowie die Vervielfachung der Stromproduktion auf 4 %. „Das geht nur, wenn die Windenergie einen wesentlichen Beitrag leisten kann“, so Beermann. Bereits jetzt kämen 6,5 % des gesamten deutschen Stroms aus der Windenergieerzeugung. Laut Umweltministerium liegt das Ausbaupotential bei 25 %.

Geringer Flächenbedarf

Die Windenergie könne hierbei der Motor sein, denn: „Sie lässt sich schnell ausbauen, sie hat einen geringen Flächenbedarf, es stehen ausreichend Flächen im Binnenland zur Verfügung, sie ist neben der Wasserkraft eine preiswerte Energie und sie entlastet durch die dezentrale Einspeisung die Netze.“

Kriterien für geeigneten Standort

Voraussetzungen für einen geeigneten Standort sind laut Beermann:

- Windhöflichkeit (ausreichende Windgeschwindigkeit)
- Die Anlagen müssen vom Wind frei anströmbar sein.
- Das ungestörte Windfeld wird nur in Höhen von oberhalb 100 Metern über dem großflächig gesehenen Gelände erreicht.
- Die Anlagen sollen einen

Abstand zu einander von etwa dem sechsfachen Rotordurchmesser aufweisen.

- Die Grenzwerte für Schatten und Schall dürfen nicht überschritten werden.
- Aufnahmefähiges Stromnetz in der Nähe
- Straßen und Wege für Schwertransporte.

Naturschutzaspekte

Mit Blick auf den Naturschutz wies Beermann darauf hin, dass in Naturschutzgebieten der Bau von Windenergieanlagen grundsätzlich ausgeschlossen ist. In Vogelschutzgebieten sei der Bau in der Regel ausgeschlossen. Darüber hinaus verlangten die Naturschutzgesetze eine strenge Rücksichtnahme auf die Flora und Fauna. Neben den ausgewiesenen Schutzgebieten seien besondere Rücksichten auf Vögel und Fledermäuse zu nehmen.

Spezielle Prüfung

Zur Beurteilung einer möglichen Gefährdung vor Tier und Pflanzenarten sei für jede Genehmigung eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung zwingend vorgeschrieben. Zur Beurteilung der Schwere des Eingriffs in den Naturhaushalt bei der Errichtung von Windenergieanlagen verlangten die meisten Genehmigungsbehörden einen „landschaftspflegerischen Begleitplan“.

Nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigt werden Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von über 50 Metern. Der Antrag wird bei der Immissionsschutzbehörde des Landratsamtes eingereicht, die Gemeinde im Rahmen der Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange einbezogen.

DK

Kommunaler Klimaschutz mit Konzept

Die meisten Städte und Gemeinden im Landkreis Lindau engagieren sich

Die Kommunen im Kreis Lindau haben die Zeichen der Zeit erkannt. Zwölf von 19 Landkreismunicipalitäten nehmen das Angebot von eza! an und wollen unter Anleitung von Spezialisten den Energieverbrauch senken und damit den CO2-Ausstoß reduzieren. Dabei geht es nicht um Einzelmaßnahmen, sondern jeweils um ein ganzheitliches Klimaschutzkonzept für das gesamte Gemeindegebiet.

Die Bewohner von Lindau, Lindenberg, Scheidegg, Heimenkirch, Weiler-Simmerberg, Grünbach, Maierhöfen, Hergensweiler, Oberreute, Stiefenhofen, Wasserburg und Weißensberg beteiligen sich an dem Projekt, das Bürgerengagement voraussetzt und von eza! (Energie- und Umweltzentrum Allgäu) kompetent begleitet wird. Ein Energieteam in jeder Stadt und Gemeinde soll als Kopf und Motor das Klimaengagement zum dauerhaften Erfolg führen. Es setzt sich jeweils aus Mitgliedern des Gemeinderats, Bürgern, Energieexperten, Handwerkern und Verwaltungsmitarbeitern zusammen.

Treffende Formel

„Hilfe zur Selbsthilfe – so heißt die Formel, die den Kern des Klimaschutzkonzeptes einfach am besten trifft“, betont eza!-Geschäftsführer Martin Sambale, dessen Team aus Ingenieuren und Fachleuten die professionelle Umsetzung gewährleistet. „Dass Gemeinden blind Geld in einzelne Klimaschutzmaßnahmen stecken, führt nicht weiter“, so Sambale. Von der Analyse über die gezielte Auswahl der effektivsten Maßnahmen hin zur Umsetzung – damit soll eine deutliche Reduzierung des CO2-Ausstoßes und eine Stärkung der regionalen Wertschöpfung erreicht werden.

Damit das bis zu zehn Mann starke Energieteam das Klimaschutzkonzept konsequent im Gemeindealltag umsetzen kann, bekommt es ein Instrument an die Hand: Einen Aktivitätenplan, den eza! individuell für jede einzelne Gemeinde erarbeitet.

Davor nehmen die Experten von eza! die Gemeinden genau unter ihre Klima-Lupe. Basis ist eine Energie- und CO2-Bilanz für das gesamte Gemeindegebiet – und zwar sowohl für die privaten Haushalte als auch für Gewerbe, Verkehr und kommunale Liegenschaften. Zudem wird analysiert, welches Potenzial für Energieeinsparung und für die Nutzung erneuerbarer Energien in der Gemeinde vorhanden ist.

Drängende Themen

„Umwelt- und Klimaschutz sind wichtige und drängende Themen unserer Zeit. Über ein integriertes Klimaschutzkonzept können wir dazu beitragen in unserem Landkreis Einsparpotenziale zu identifizieren und damit nicht nur unseren Haushalt sondern auch die Umwelt zu schonen“, betont der Lindauer Landrat Elmar Stegmann.

Mit den Klimaschutzkonzepten leisten die Städte und Gemeinden einen wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge und erhalten dafür auch noch eine Förderung aus der Klimaschutzinitiative des Bundesum-



Michael Werner.

Michael Werner / Siemens AG:

Energetische Sanierung kommunaler Gebäude

Konzentration auf das Wesentliche heißt das Zauberwort. Vorhandene Energiesparpotenziale in der Gebäudetechnik erschließt die Siemens AG nach Michael Werners Worten durch gezielte Modernisierung und Optimierung. Dies führt zur Betriebskostensenkung und Wertsteigerung. Die erforderlichen Investitionen amortisieren sich dabei aus den Energie- und Betriebskosteneinsparungen während der Vertragslaufzeit.

Die Einspargarantie sichert dem Kunden den wirtschaftlichen Erfolg. Die Modernisierung von technischen Anlagen und die Gewährleistung der Funktion während der Vertragslaufzeit erhöht die Betriebssicherheit. Durch Einsparung von Energie wird ein wertvoller Beitrag zum Umweltschutz geleistet. „Mit Energiespar-Contracting können Sie also nur gewinnen“, betonte Werner.

Finanzierungsmodell

Das Finanzierungsmodell stellt sich wie folgt dar: „Vom Garantiebeginn bis zum Vertragsende werden mit den garantierten Einsparungen alle notwendigen Einsparmaßnahmen finanziert, Mehreinsparungen partnerschaftlich aufgeteilt, nicht erreichte Einsparungen von uns getragen. Nach Vertragsende profitieren Sie zu 100 Prozent von den reduzierten Kosten.“

Der Projektablauf wird vom Kunden mit Siemens zusammen festgelegt. Nach der Bestimmung der geeigneten Gebäude werden in der Vorstudie die Einsparpotenziale abgeschätzt. In einer Detailstudie werden diese präzisiert, die Maßnahmen ermittelt und die Wirtschaftlichkeit berechnet. Nach Abschluss des Energiespar-Garantievertrages erfolgen durch die Planung, Lieferung und Installation durch Siemens.

Mit der Fertigstellung beginnt die Effizienzgarantie, also das Sicherstellen der garantierten Einsparungen. Während dieser Phase wird regelmäßig über die erzielten Einsparungserfolge berichtet.

weltministeriums. Für Nachahmer gibt es allerdings einen kleinen Wermutstropfen: Wegen der angespannten Haushaltslage können interessierte Landkreise, Städte und Gemeinden, die jetzt ein Klimaschutzkonzept starten wollen, erst wieder ab 2011 mit Zuschüssen rechnen. „Das ist ein völlig falsches Signal, das die Bundespolitik da aussendet, weil sie vorwärtsgerichtetes Engagement auf kommunaler Ebene so ausbremst“, kritisiert Sambale.

Die Internetplattform www.klimaschutz-allgaeu.de hilft nicht nur Kommunen, sondern auch Privatpersonen und Unternehmen ihren CO2-Ausstoß zu reduzieren. Neben vielen interessanten Informationen finden die Nutzer dort ein Programm, das die persönlichen CO2-Emissionen berechnet.

DK

Voraussetzungen für das Energiespar-Contracting sind:

- Modernisierungs-/Optimierungsbedarf
- Jahresverbrauchskosten größer 150.000 Euro oder Gebäudepool möglich
- Bereitschaft für langfristige Partnerschaft
- Kunde ist Eigentümer der Immobilie.

Einsatzgebiete sind kommunale Gebäude, Krankenhäuser, Kliniken, Schulen / Hochschulen, Hallenbäder, Verwaltungsgebäude und die Industrie.

Als Vorteile des Energiespar-Contracting für öffentliche Auftraggeber nannte Werner:

- Komplette Sanierungsmaßnahmen aus einer Hand (Konzeption, Planung, Umsetzung und Finanzierung)
- Ganzheitliche, neutrale Bewertung unterschiedlicher möglicher energetischer Sanierungsmaßnahmen
- Steigerung der Energieeffizienz
- Reduzierung bürokratischen Aufwands (Nur eine Ausschreibung mit wenig Aufwand nötig)
- Haushaltsentlastungen durch sofortige Energiekosteneinsparungen
- Schaffen kaufmännischer Planungssicherheit für Energiekosten der Folgejahre (Garantien für Energiesparziele)
- Investitionstätigkeit vor Ort schafft bzw. erhält Arbeitsplätze
- Vorbildcharakter bezüglich CO2-Einsparung
- Möglichkeit zur Vergabe an lokale Firmen.

Sehenswerte Bilanz

Die Bilanz des Energiespar-Contractings von Siemens Building Technologies kann sich nach Werners Angaben sehen lassen: So sind derzeit 111 Projekte mit über 1.600 Gebäuden unter Vertrag. 115 Mio. Euro wurden in neue Anlagen investiert, die garantierten Einsparungen belaufen sich auf 160 Mio. Euro. Die Einsparquote liegt bei 110 %, die mittlere Vertragslaufzeit beträgt 8,6 Jahre, die CO2-Emissionseinsparung liegt bei 646.000 Tonnen. Dies entspricht einem Aufkommen von 312.000 PKW mit einer Laufleistung von 11.500 Kilometer pro Jahr.

Referenzobjekte sind u. a. die Gebäudepools der Stadt Memmingen, des Marktes Oberstdorf (Einspar-Garantie beträgt 17 %) und der Stadt Landshut (Einspar-Garantie 37 %) sowie die Landshuter Berufsschule mit einer Einspar-Garantie von 19 %.

Elmar Kaiser / iGuzzini Deutschland:

Perspektiven mit LED-Straßenbeleuchtung

Die Unternehmensphilosophie von iGuzzini besteht nicht nur darin, Leuchten von bester Qualität herzustellen, sondern auch darin, das Licht zu untersuchen, es zu verstehen, zu seinem Verständnis beizutragen und über das Industrial Design schließlich ein besseres Zusammenspiel von Licht und Architektur herbeizuführen. iGuzzini illuminazione gehört in Europa zu den zehn wichtigsten Unternehmen in der Architekturbeleuchtung, hob der Technische Leiter von iGuzzini Deutschland, Elmar Kaiser hervor.

Wie Kaiser erläuterte, sind hierzulande etwa 33 % der Straßenleuchten mit Beleuchtungstechnik aus den 60er Jahren ausgestattet. Für die kommunale Aufgabe „Straßenbeleuchtung“ ist nach Angaben des Deutschen Städte- und Gemeindebunds von Betriebs- und Personalkosten in Höhe von ca. 850 Mio. Euro pro Jahr auszugehen. Die Energiekosten bilden mit etwa 73 % der Gesamtkosten den größten Kostenblock (Straßenbeleuchtung). Das Einsparpotential im Bereich der Straßenbeleuchtung wird auf bis zu 1,7 Milliarden Kilowattstunden oder 260 Mio. Euro pro Jahr beziffert.



Angeregte Gespräche am Stand von iGuzzini.

Als weitere Optimierungsgründe führte der Technische Leiter den aktiven Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz sowie eine verbesserte Beleuchtungsqualität (dadurch u. a. höhere Verkehrssicherheit, Kriminalitätsprävention, Reduzierung von Lichtverschmutzung und Beleuchtung als Gestaltungselement) an.

Zertifizierungen

Neben der Produktzertifizierung hat iGuzzini illuminazione im Laufe der Jahre verschiedene Unternehmenszertifizierungen erhalten: ISO 9001 (für Produktqualität und alle Unternehmensverfahren) und ISO 140001 für das Umweltmanagement. Das Unternehmen verpflichtet sich nicht nur, unter den maximalen Grenzen der Umweltverschmutzung zu bleiben, sondern auch eine ständige Verbesserung in dieser Richtung zu erreichen.

Revolutionäre „Archilede“

Mit der LED-Mastleuchte zur Straßenbeleuchtung „Archilede“ hat iGuzzini ein System entwickelt, das dank modernster LED-Technologie und höchst innovativer Elektronik ein revolutionäres Einsparpotential von Energie, Kosten und CO2 bietet. Im Vergleich zu einem 150 Watt HST Leuchtmittel (Natriumdampf-Hochdrucklampe) verbraucht die Archilede 39 % weniger Energie. Zudem ergibt sich bei 1000 Lichtpunkten mit 84 LED Archilede eine CO2-Einsparung von über 126 Tonnen pro Jahr. Neben einer hohen durchschnittlichen Lebensdauer der LEDs und laborgeprüfter optimaler Leistungen auch unter extremen Bedingungen sei auch der Insektenschutz ein nicht zu unterschätzender Vorteil.

Die Leuchtenform bietet eine

optimale Anordnung der einzelnen Lichtquellen im Hinblick auf Lichtverteilung und Wärmeableitung. Zudem böten die LEDs eine optimale Ausrichtung auf die Straßenoberfläche, einen minimalen Lichtsmog sowie eine maximale Effizienz. Die Form der transparenten Abdeckung wiederum schütze vor Witterungseinflüssen, minimiere Lichtreflexionen im Leuchtenkopf und Sorge für eine geringe Verschmutzung.

„Mit bereits ca. 15.000 Stück installierten LED Straßenleuchten in 2009 und 2010 gehören wir zu den Marktführern in Europa“, berichtete Kaiser. Die Ausfallrate bei den LEDs liege

bei gleich null. Hier habe sich Osram als deutscher Qualitätshersteller absolut bewährt. Bayernweit könnten die Kommunen Aschau, Erlangen, Landsberg, Lauingen, Planegg, Regensburg und Thaining dies guten Gewissens bestätigen.

Intelligente Nutzung

„Im Dunkeln tapen ist nicht wirklich die wirtschaftlichste Lösung, um den Energieverbrauch zu senken. Wenn zu wenig Licht vorhanden ist, dann verringern sich Lebensqualität und Produktivität“, lautete Kaisers Fazit. Für einen rationellen und nutzbringenden Einsatz des Stroms (und der gleichzeitigen Reduzierung von CO2-Ausstoß) müsse man besser beleuchten, nicht weniger. Aus diesem Grund hat iGuzzini eine Reihe von Leuchten entwickelt, die Lichtquellen mit hoher Energieeffizienz und Optiken mit guter Lichtausbeute verwenden und über Computer mit Steuerungssystemen für die elektrischen Anlagen verbunden werden können. So kann die Energie auf intelligente Weise genutzt werden.

Weltweit im Einsatz

Der Technische Leiter verdeutlichte dies an einem praktischen Beispiel: Der Bürgermeister von Recanati (Italien) hat kürzlich erklärt, dass er 40 % der Stromkosten dank einer neuen öffentlichen Beleuchtung eingespart hat, die von einem Lighting Designer im Auftrag von iGuzzini, dem Sponsor des Projekts, geplant wurde. Ähnliches könnten aber auch die Bürgermeister von New York, Paris, London, Melbourne oder Shanghai berichten, wo iGuzzini regelmäßig Gebäude und öffentliche Straßen beleuchtet.

DK



Umfangreiches Informationsangebot bei Buderus.

Bosch Thermotechnik GmbH / Buderus Deutschland:

Atemtechnik fürs Haus

Sommer wie Winter angenehm temperierte Räume: Dafür sorgen zwei neue Systeme von Buderus. Die Sole/Wasser-Wärmepumpe Logatherm WPS produziert in Kombination mit der Passiven Kühlstation Logatherm PKSt Kälte und Wärme. Beim zweiten System arbeitet ein Erdwärmetauscher mit dem kontrollierten Wohnungslüftungssystem Logavent HRV zusammen. Buderus, eine Marke der Bosch Thermotechnik, bietet somit zwei innovative Lösungen für das Heizen, Kühlen und Lüften aus einer Hand.

Die Raumkühlung erfolgt bei der Sole/Wasser-Wärmepumpe in Kombination mit der Passiven Kühlstation über eine Fußbodenheizung oder einen Gebläsekonvektor. Während des Betriebs ist der Kompressor in der Wärmepumpe ausgeschaltet, gekühlt wird stattdessen über den Solefluss mittels der Passiven Kühlstation. Über eine Flächenkühlung entzieht das System dem Raum Wärme und führt diese dem Erdreich zu.

Nahezu konstante Raumtemperatur

Zur Flächenkühlung lässt sich beispielsweise eine Fußbodenheizung verwenden. Um eine Reduzierung der Raumtemperatur zu erreichen, können alle geeigneten Heizkreise im Gebäude genutzt werden. Während des Kühlbetriebs hält das System die Raumtemperatur selbst bei steigender Außentemperatur nahezu konstant.

Einfacher Einbau

Der Einbau ist besonders einfach, weil die Passive Kühlstation vormontiert ist und alle erforderlichen Komponenten integriert sind. Mit den kompakten Außenmaßen 500 x 373 x 433 Millimeter und einem Gewicht von 32 Kilogramm lässt sich die Logatherm PKSt sogar in beengten Räumen gut einbauen.

Die Passive Kühlstation von Buderus integriert unter der Verkleidung Wärmetauscher, Umwälzpumpe, Mischer sowie eine Leiterplatte zur Regelung des Kühlbetriebs und der Kommunikation mit der Regelung der

Wärmepumpe Logatherm WPS.

Für den Betrieb eines Erdwärmetauschers (EWT) ist eine mechanische Lüftungsanlage im Gebäude erforderlich. Hier bietet Buderus mit dem Wohnungslüftungssystem Logavent HRV eine innovative Lösung. Dieses System tauscht die verbrauchte Luft automatisch aus, führt dabei wiederum 91 Prozent der in der Raumluft enthaltenen Wärme zurück in die Wohnräume und senkt somit den Heizbedarf.

Gleichzeitig sorgt das System für ein gesundes und behagliches Raumklima. Der Erdwärmetauscher ergänzt die zentrale Lüftungsanlage, denn er nutzt das Erdreich als Energiespeicher im Winter zur Vorwärmung der Luft und im Sommer zur Luftkühlung.

Natürlicher Kühleffekt und Komfortgewinn

Das Erdwärmetauschersystem besteht aus mehreren Komponenten: einer Außenluft-Ansaugsäule, einem etwa 50 Meter langen, in der Regel ab einer Tiefe von 1,20 bis 1,50 Meter horizontal im Erdreich verlegten Erdkollektorrohr und Formteilen beispielsweise zur Abführung des Kondensats. Die gefilterte Frischluft wird durch dieses Rohr über eine Lüftungsanlage in das Gebäude geleitet, der Temperaturunterschied zwischen Erdreich und Außenluft kühlt die geförderte Luftmenge im Sommer um bis zu zehn Grad Celsius ab. Das System sorgt für einen natürlichen Kühleffekt im Haus und für einen erheblichen Komfortgewinn.

DK



Für zwischendurch: Spannende Autorennen am Stand von E.ON Bayern.

LRS Lüftungs- und Reinigungsservice:

Optimaler Brandschutz, maximale Hygiene

Der LRS Lüftungs- und Reinigungsservice ist der qualifizierte Partner für die Reinigung von Klima- und Lüftungsanlagen. Das kompetente Team steht in allen Situationen rund um die Reinigung und Wartung von Raumlufttechnischen (RLT) Anlagen mit individuellen Lösungen zur Seite. Der Betrieb mit Sitz in Pullach im Isartal beschäftigt ausschließlich ausgebildete Meister, Gesellen oder Fachkräfte für Raumhygiene und Brandschutz sowie Hygienefachkräfte.

Mit modernen und effektiven Verfahren reinigt das LRS-Team verschmutzte Lüftungsanlagen nach den Vorgaben der Richtlinie VDI 6022. Selbst in unzugänglichen Rohrabzweigen werden hartnäckige Verschmutzungen entfernt.

Eine regelmäßige Inspektion, Reinigung und Wartung der RLT-Anlagen hat viele Vorteile:

- Durch gesunde Raumluft kann eine erhöhte Infektionsgefahr, die durch die Verbreitung von Krankheitserregern, Feinstaub und Schimmelpilzen in den Lüftungssystemen auftreten kann, vermieden werden.
- Brandschutz: Die Brandgefahr, die in den Rohren durch Staub- und Schmutzablagerungen und andere Aerosole entstehen kann, kann minimiert werden.
- Dem hohen Energieverbrauch und unwirtschaftlichen Betrieb der Lüftungsanlage ist durch Energieeffizienz entgegenzuwirken. Denn verstopfte Filter und Ablagerungen führen zu einem verringerten Luftdurchsatz.

Ausgebildete Spezialisten sorgen für Lüftungsreinigung mit System. Dies gilt sowohl für den Service für Hausverwaltungen, Hotels, Schulen, Krankenhäuser und Heime, für Betreiber von Schwimmbädern, Saunen, Sportanlagen und Fitness-Studios als auch für den Service für Handwerks- und Produktionsbetriebe sowie Labors und Institute. Ausgewählte Kunden sind u. a. das Hallenbad Pullach, die Linde AG Pullach, das Landratsamt Dachau und die Hausgrund GmbH.

DK

Rüstzeug auf dem Weg in die Zukunft

Symposium zum Thema „Effizientes Energiemanagement“ beim Bezirk Unterfranken

Würzburg (keck) Klimaschutz und CO2-Reduzierung zählen zu den großen Herausforderungen unserer Zeit. Nicht umsonst trug das Symposium „Effizientes Energiemanagement“ des Bezirkstags von Unterfranken, das vor kurzem in Würzburg stattfand, den Untertitel „Klimaschutz und CO2-Reduzierung beim Bezirk Unterfranken“.

Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel erläuterte zu Beginn der Veranstaltung die übergreifende Bedeutung des Symposiums: „Aus Sicht vieler Forscher ist der Klimawandel nicht mehr völlig zu stoppen. Daher müssen wir alles daransetzen, den Klimawandel abzumildern oder zu begrenzen. Global denken und lokal handeln bedeutet zu allererst, aufzuklären und umzudenken.“ Das von Baureferent Ottmar Zipperich konzipierte und organisierte Symposium sollte aufklären über technische und rechtliche Möglichkeiten von Klimaschutz und CO2-Reduzierung und es sollte zum Umdenken in dieser wichtigen Zukunftsfrage anregen, so der Bezirkstagspräsident weiter.

Impulsreferate

In Impulsreferaten beleuchteten sieben Referenten aus der freien Wirtschaft, der Fachhochschule und der Regierung von Unterfranken die komplexe Thematik. Sie informierten über gesetzliche Vorgaben und Fördermöglichkeiten und zeigten u. a. Wege zur Steigerung der Energieeffizienz auf.

„Die erklärten politischen Ziele für die Energieeinsparung und für den Klimaschutz führen in Deutschland zu einer zunehmend strenger werdenden Gesetzgebung für die Energieeffizienz von Gebäuden. Dies betrifft in erster Linie Neubauten, zunehmend jedoch auch den Gebäudebestand“, erläuterte Baureferent Ottmar Zipperich. Neben Neubauten habe der Bezirk Unterfranken eine ganze Reihe historischer Gebäude. Er denke beispielsweise an das Schloss Werneck und das Pflegeheim Schloss Römershag. „Es gilt Energiekreisläufe zu schaffen und die Beschäftigten und Verantwortlichen nachhal-

tig zu sensibilisieren und dauerhaft „mitzunehmen“, so Zipperich weiter. „Wir haben deshalb bewusst unsere Politikerinnen und Politiker sowie Personen in Schlüsselpositionen aus unseren Häusern wie Verwaltungs-, Betriebsleiter und Leiter unserer technischen Dienste heute hier versammelt.“

Im Symposium wurde deutlich: Das Bewusstsein für die Energie- und Umweltpolitik ist gegenwärtig. Daher ist es zwingend notwendig, Wege für einen rationellen Energieeinsatz für die verschiedensten Anwendungsbereiche aufzuzeigen, um tatsächlich „effizientes Energiemanagement“ durchführen zu können. Die Referate zeigten, dass nicht immer im großen Stil investiert werden muss. Auch in Teilbereichen sind Optimierungen möglich.

Auf dem richtigen Weg

Der Bezirk Unterfranken hat bereits bewiesen, dass Klimaschutz und CO2-Reduzierung möglich sind. Wenn ab der Heizperiode 2010 die Holzhackschnitzelanlage im Bezirkskrankenhaus Lohr am Main in Betrieb geht, wird 26 Prozent der in allen Einrichtungen benötigten Wärmeenergie aus nachwachsenden Rohstoffen stammen. „Wir sind also auf dem richtigen Weg“, erklärte Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel.

„Wir sind am Ball und wollen weiter am Ball bleiben“, resümierte Ottmar Zipperich. „Daher untersuchen wir derzeit weitere bauliche und technische Möglichkeiten zur CO2-Reduzierung und zum Einsatz von regenerativen Energieträgern.“ Das Symposium, sind sich alle Beteiligten einig, habe maßgeblich dazu beigetragen, sich das „Rüstzeug“ für diese Weiterentwicklung zu verschaffen.

□

Bayern Innovativ:

Kommunale Energiekonzepte

Kooperationsforum in Regensburg mit begleitender Fachausstellung

„Kommunale Energiekonzepte – Klimaschutz und Wertschöpfung“ lautete das Thema eines Kooperationsforums der Bayern Innovativ Gesellschaft in Regensburg. Experten aus Kommunen, Energieagenturen und Wirtschaft berichteten über Planungsinstrumente und Technologien für optimale Energieeffizienz, über Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten sowie über erfolgreich realisierte Pilotprojekte im kommunalen Bereich. Eine Podiumsdiskussion und eine Fachausstellung rundeten das vielfältige Angebot ab.

Laut dem Geschäftsführer der Bayern Innovativ Gesellschaft für Innovation und Wissenstransfer mbH, Nürnberg, Prof. Dr.-Ing. habil. Josef Nassauer, wurde die Gesellschaft 1995 gegründet. Zentrale Aufgabe von Bayern Innovativ sei die Intensivierung und Ausdehnung der technologieorientierten Zusammenarbeit von Unternehmen und wissenschaftlichen Instituten. Sie konzentriere sich dabei auf ein Feld von zehn zukunftsorientierten Technologien und zehn für Bayerns Wirtschaft wichtige Branchen.

Klimaschutzkonzepte

Erich Maurer, Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Energieagenturen und Geschäftsführer der ENERGIEregion GmbH Nürnberg, stellte Aufbau, Inhalte und Finanzierung integrierter Klimaschutzkonzepte vor. Die verschiedenen Endenergien würden bilanziert und CO₂-Emissionen dargestellt. Die Dienstleistung werde im Rahmen der Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums mit bis zu 70 % gefördert. Mehrere Anträge konnten in diesem Programm bereits erfolgreich platziert werden.

Neumarkter Pläne

Den Energienutzungsplan der Stadt Neumarkt in der Oberpfalz als Teil einer strategischen Stadtentwicklung präsentierten Bürgermeisterin Ruth Dörner und Josef Konradl, Geschäftsbereichs-

leiter KEWOG Städtebau GmbH, Geschäftsbereich ZREU, Regensburg. Ruth Dörner nannte dabei Projektbeispiele, die im Gesamtkontext des Energienutzungsplans und des Klimafahrplans zu sehen sind. Wie Dörner berichtete, hat das städtische Energiemanagement die Reduzierung des Energieverbrauchs in stadteigenen Liegenschaften ebenso zum Ziel wie die durchschnittliche Einsparung durch Gebäudeleitetchnik von 15 % innerhalb von fünf Jahren und die Einsparung durch bauliche Sanierungsmaßnahmen bis zu 48,5 %.

Millionen-Programm

Die große Kreisstadt hat zudem ein millionenschweres Klimaschutzförderprogramm aufgelegt. Ziel des Programms ist es, bei Gebäudesanierungen bzw. Neubauten die Ausrichtung auf energetische Anforderungen zu fördern. Mit zwei bis drei Millionen Euro jährlich will Neumarkt in den nächsten Jahren einen erheblichen Anstoß geben und einen deutlichen Beitrag zum Klimaschutz erreichen. Der Name des Förderprogramms „Faktor 10“ rührt daher, dass man davon ausgeht, dass ein Euro Förderung durch die Stadt rund zehn Euro Investitionen bei den Bürgern auslösen wird.

Maßnahmen

Weitere zielgerichtete Maßnahmen sind Dörner zufolge u. a. der Bau eines BHKW, einer Infra-

struktureinrichtung, mit der ein Fernwärmenetz geschaffen wird, das künftig entsprechend erweiterbar ist, das 100-Dächer-Plus-Programm, eine Bürgersolaranlage sowie die jährliche Veranstaltung „Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz“ mit namhaften Referenten.

Spezielle Kreditprogramme

Auch wenn es um einen Beitrag zum Klimaschutz geht, hilft die KfW Bankengruppe mit speziellen Kreditprogrammen bei der energieeffizienten Sanierung kommunaler und öffentlicher Gebäude, erläuterte Hans Michael Witt, KfW Bankengruppe (Geschäftsbereich KfW Kommunalbank, Berlin).

Neben dem Programm „Energieeffizient Sanieren – Kommunen“ stellte Witt auch das Programm „Sozial Investieren – Energetische Gebäudesanierung“ vor, in dem die KfW die energetische Sanierung von Schulen, Schulschwimmhallen, Sporthallen, Kitas und Gebäuden der Kinder- und Jugendarbeit fördert. Witt wies darauf hin, dass bereits Einzelmaßnahmen förderfähig sind. Bei Kommunen in einem Regionalfördergebiet werden bis zu 100 % der Investitionskosten finanziert. Für alle anderen Kommunen übernimmt der Kredit bis zu 70 % der Kosten.

Standort Merkendorf

Die Stadt Merkendorf im Landkreis Ansbach hat frühzeitig die Zeichen der Zeit erkannt. Wie Bürgermeister Hans Popp erläuterte, nutzte die 3000-Einwohner-Kommune, seit dem 18. Jahrhundert auf den Krautbau spezialisiert, die Vorteile der Erneuerbaren Energien, um sich im ländlichen Raum zu einem High-Tech-Standort zu wandeln.

Enorme CO₂-Einsparung

Neun Biogasanlagen erzeugen rund um die mittelfränkische Kommune Ökostrom. Auch fossilen Strom aus Kohle, Erdöl und Erdgas benötigt in Merkendorf niemand mehr, denn die innerhalb der Stadtgemeinde produzierte Elektrizität deckt rechnerisch bereits 189 Prozent des Verbrauchs. Neben rund 150 Photovoltaikanlagen auf Dachflächen mit einer Leistung von 2,4 Megawatt gibt es unter anderem eine Bürgerfreiflächenanlage mit 1 Megawatt Leistung (jährliche CO₂-Einsparung: 890 Tonnen) sowie eine Bürgersolaranlage, die für eine jährliche Einsparung von 66 Tonnen CO₂ sorgt.

Private Public Partnership

In der Stadt Merkendorf selbst wurde 2008 eine Private Public Partnership umgesetzt: Eine Biogasbetreiber-Gemeinschaft verlegte eine Fernwärmeleitung bis zu einer Verteilerstation an der Grundschule. Das parallel von der Stadt errichtete Nahwärmenetz versorgt darüber hinaus die Sporthalle, das Feuerwehrhaus, den Bauhof und zwei weitere Gebäude mit zusammen zehn Wohneinheiten. Die Amortisati-

„Energieeffizient Sanieren“ sowie aus Mitteln des Marktanzreizprogramms für erneuerbare Energien (MAP). Zudem wurde das Sanierungsobjekt vom Institut für wirtschaftliche Oelheizung (IWO) im Rahmen des Modernisierungswettbewerbs „Energie-Gewinner“ gefördert. Denn auch unter primärenergetischen Aspekten, dem maßgeblichen Kriterium in der Energieeinsparverordnung (EnEV), ist

onszeit für die Kosten der Fernwärmeleitung wurde auf zehn Jahre kalkuliert. Für die Zeit danach vereinbarten die Vertragspartner einen Wärmepreis, der 50 Prozent unter dem dann aktuellen Preis liegt. Bürgermeister Popp hat errechnet, dass sich mit dem Modell über die Laufzeit von 19 Jahren etwa 250.000 Euro an Heizkosten einsparen lassen.

Paradebeispiel

Auch der „Energiepark Merkendorf“ wird mit Biogaswärme beheizt. Vor den Toren der Stadt liegt nicht wie andernorts einfach ein Gewerbegebiet, sondern eine Ansammlung aus Unternehmen der Solar- und Bioenergiebranche, die als Paradebeispiel eines Clusters bezeichnet werden kann.

Insgesamt kann sich die wirtschaftliche Bilanz der Stadt Merkendorf sehen lassen: Aus der Stromspeisung wurden 2009 Erlöse in Höhe von 4,4 Mio. Euro erwirtschaftet. Hinzu kommen Einnahmen aus dem Wärmeverkauf. Außerdem konnten seit 2005 im „Energiepark“ 200 Arbeitsplätze geschaffen werden. 50 % der Gewerbesteuereinnahmen entstammen dem Bereich Erneuerbare Energie. Hinzu kommt eine enorme regionale Wertschöpfung durch die Sicherung der Erwerbsstrukturen für kommende Generationen und die Stärkung des ländlichen Raums.

LED-Straßenbeleuchtung in Kissing

Am Beispiel eines Neubaugebietes in Kissing zeigte Michael Romberg, Leiter Projektierung, LEW Netzservice GmbH, Augsburg, auf, wie eine energieeffiziente LED-Straßenbeleuchtung funktioniert. In Kissing setzen die Lechwerke mit der Gemeinde ein Projekt um, das Pilotcharakter für ganz Bayern hat.

Die erwarteten niedrigeren Betriebs- und Wartungskosten führten dazu, dass sich LED-Projekte in der Straßenbeleuchtung über die gesamte Lebensdauer der Leuchten trotz höherer Investitionskosten rechnen. „LED-Leuchten brauchen gut zwei Drittel weniger Strom als herkömmliche Leuchten und sind auch bei den Wartungskosten erheblich günstiger“, erklärte Romberg. Gerechnet werde mit einer Lebensdauer von etwa 20 Jahren. Zum Vergleich: Die bisher in der Straßenbeleuchtung eingesetzten Lampen müssen nach etwa vier Jahren ausgetauscht werden.

Verbesserte Wahrnehmung

Ein weiterer Vorteil der LED-Leuchten sei, dass ihre Lichtabstrahlung gut gesteuert werden kann. Die in Kissing eingesetzten Leuchten strahlen ihr Licht beispielsweise nur nach unten auf die Straße ab. Dies verbessert auch die Wahrnehmung und damit die Verkehrssicherheit. Darüber hinaus wird der nächtliche Sternenhimmel nicht aufgehellert, wodurch die Verschmutzung durch Insekten reduziert wird. Auch in einer anderen Hinsicht sind die neuen LED-Leuchten in Kissing schonend für die Umwelt: Der Hersteller der Lichtmasten verwendet recyceltes Aluminium und investiert in Klimaschutz-Projekte, so dass die Lichtmasten in ihrer Gesamtbilanz CO₂-neutral hergestellt worden sind. **DK**

der sanierte Altbau vorbildlich: Mit einem Primärenergiebedarf von 74 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr (kWh/m²a) unterschreitet er den maximal zulässigen Wert eines vergleichbaren Neubaus.

Die IWO-Aktion „Energie-Gewinner“ läuft noch bis Ende 2011. Modernisierungsinteressenten können sich unter www.oelheizung.info/energiegewinner bewerben. □



Die Kommunen sind Planer und Regulierer, sie sind Versorger, Entsorger und Anbieter; sie sind Verbraucher, Berater und Promoter gerade auch in Energiefragen. Sie setzen Maßstäbe, üben eine Vorbildfunktion aus, tragen große Verantwortung und beeinflussen sehr stark das Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger sowie die Lebensgrundlagen für Mensch und Natur in ihrer Region. Deshalb sind sie in besonderer Weise der Nachhaltigkeit in all' ihrem Facettenreichtum verpflichtet. Dieses Resümee wurde im Rahmen einer Podiumsdiskussion am Ende des von Bayern Innovativ veranstalteten Kooperationsforums „Kommunale Energiekonzepte“ gezogen.

Unser Bild zeigt (von links): Hans Popp, Erster Bürgermeister der Stadt Merkendorf, Ruth Dörner, Bürgermeisterin von Neumarkt i.d. Opf., Stefan Graf, als Direktor beim Bayerischen Gemeindetag zuständig für Umwelt- und Energiethemen, Moderatorin Anne-Marie von Hassel, Chefredakteurin der Bayerischen Gemeindezeitung, Dr. Michael Joneck, verantwortlich für den Projektschwerpunkt Klimawandel beim Bayerischen Landesamt für Umwelt, Erich Maurer, Geschäftsführer der Energieregion GmbH, Nürnberg, Dipl.-Ing. Alexander Lyssoudis, Mitglied im Vorstand der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau und Torsten Schwarz von der Kommunalpartner Beteiligungsgesellschaft mbH & Co KG Friedrichshafen. Bild: Bayern Innovativ



Von links: Manfred Gahler, Vorsitzender des Bezirksjugendrings Schwaben, Dr. Markus Litpher, Vorstandsmitglied der Lechwerke und Jürgen Reichert, Bezirkstagspräsident von Schwaben. □

LEW und Bezirksjugendring Schwaben :

Innovationspreis „Volle Energie“

In Zusammenarbeit mit dem Bezirksjugendring Schwaben schreiben die Lechwerke (LEW) zum fünften Mal den Innovationspreis „Volle Energie“ aus. LEW unterstützt diese bayernweit einmalige Initiative zur Förderung der Offenen Jugendarbeit sowie die Arbeit des Bezirksjugendrings Schwaben im Bereich der politischen Bildung mit einem Betrag von 8.500 Euro.

„Die Offene Jugendarbeit bietet den Jugendlichen eine Plattform für ihre Kreativität. Hier können sie eigene Ideen verwirklichen und Initiative zeigen“, sagte LEW Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher bei der Vorstellung des Wettbewerbs in der Augsburger Unternehmenszentrale der Lechwerke. „Wir wollen die Motivation und das Engagement der Jugendlichen fördern und ihnen einen Anreiz geben, gemeinsam etwas auf die Beine zu stellen.“

Für den Wettbewerb können Projekte aus fünf Themenbereichen angemeldet werden: Kultur & Kunst, Migration & Vielfalt der Kulturen, Sucht & Gewalt, Politik & Engagement und erstmals auch Medien & Onlinewelten. Bewerben können sich alle Jugendzentren, Jugendtreffs und Initiativgruppen, die zu keinem Verein gehören.

Voraussetzungen für eine Teilnahme: Die Projekte müssen aktuell und bis zum Einsendeschluss umgesetzt sein. Sie dürfen nicht älter als zwei Jahre sein und sollten sich durch einen innovativen Ansatz auszeichnen. In einer schriftlichen Bewerbung müssen Projektdauer und -verlauf, Zahl der angesprochenen Jugendlichen und die pädagogi-

schen Zielvorstellungen dargestellt werden. Einsendeschluss ist der 8. Oktober 2010. Weitere Infos sowie Teilnehmerformulare unter www.lew.de und www.bezirksjugendring-schwaben.de.

Insgesamt werden vier Projekte mit Preisgeldern in einer Gesamthöhe von 2.500 Euro ausgezeichnet. Alle anderen teilnehmenden Projektgruppen erhalten Anerkennungspreise. Die Preisverleihung findet am 23. November 2010 im Rathaus der Stadt Gersthofen statt.

Im Vorjahr ging der mit 1.000 Euro dotierte erste Preis des „Volle Energie“-Wettbewerbs an das Jugendzentrum Pfaffenhausen. Die Mädchen und Jungen hatten die Idee, einen Generationenpark in ihrer Gemeinde zu schaffen. Die „Oase der Friedfertigkeit“ überzeugte durch das Konzept, Jung und Alt zu verbinden und eine generationenübergreifende Kommunikation zu ermöglichen. Das Projekt wird im Rahmen der Initiative „Grüne Mitte“ in der Gemeinde Pfaffenhausen umgesetzt werden.

Zusätzlich zu den Preisgeldern des Wettbewerbs unterstützt LEW im Rahmen der Initiative „Volle Energie“ die Arbeit des Bezirksjugendrings Schwaben im Bereich der politischen Bildung. □

Institut für wirtschaftliche Oelheizung e.V.:

56 Jahre altes Gebäude erreicht Niveau eines Vier-Liter-Hauses

Heizölbedarf sank nach energetischer Sanierung um 84 Prozent

Mit effizienter Heiztechnik und Solarthermie sowie Verbesserungen beim Wärmeschutz können auch Altbauten das energetische Niveau aktueller Niedrigenergiehäuser erreichen. In einem 56 Jahre alten Einfamilienhaus im oberbayerischen Penzberg beispielsweise sank der Heizölbedarf nach einer energetischen Sanierung um 84 Prozent. Statt bei vormals 4450 Litern liegt der jährliche Heizölbedarf für Heizung und Warmwasser jetzt nur noch bei 700 Litern. Das sind vier Liter pro Quadratmeter und Jahr – ein Wert, der von manchem Neubau nicht erreicht wird.

Gut 40 Prozent des gesamten Energieeinsparvolumens entfallen auf das neue Heizsystem. Das Öl-Brennwertgerät mit zweistufigem Brenner, der sich automatisch dem jeweiligen Wärmebedarf anpasst, hat einen überdimensionierten 30 Jahre alten Standardkessel ersetzt. Ergänzt wird die neue Brennwertheizung von einer zwölf Quadratmeter großen Solarthermieanlage zur Warmwassererzeugung und Heizungsunterstützung.

Solarschichtenspeicher bevorratet Wärme

Die solar und vom Brennwertgerät erzeugte Wärme wird in einem 800 Liter fassenden Solarschichtenspeicher bevorratet. Dieser Speicher verfügt über mehrere Anschlüsse und bietet so die Möglichkeit, nachträglich einen wasserführenden Holzkaminofen in die Heizungsanlage zu integrieren. Damit kann der Anteil erneuerbarer Energieträger an der Wärmeversor-

gung nochmals erhöht werden.

Neben der Heizungserneuerung wurde der bauliche Wärmeschutz des Hauses optimiert. Die bislang ungedämmten Außenwände aus verputztem Bimsstein erhielten ein 18 Zentimeter starkes Wärmedämmverbundsystem, das Dach bekam eine Zwischen- und Untersparrendämmung, die Kellerdecken wurden wärmeisoliert und die Doppelglasfenster durch Dreifachfenster wärmeschutzverglasung ersetzt.

Darlehen aus KfW-Programm

Hohe Flexibilität für einen möglichst günstigen Heizölankauf gewährleistet ein standortgefertigter Stahltank mit einem Volumen von 5000 Litern. Dieser Langzeit-Energiespeicher ermöglicht nun eine Bevorratung für insgesamt sieben Jahre.

Finanziert wurde die energetische Sanierung zum Großteil über ein zinsvergünstigtes Darlehen aus dem KfW-Programm



Glanzvoller Höhepunkt der Unternehmerkonferenz: Galaabend mit Verleihung des Bayerischen Gründerpreises in den Bereichen Konzept, StartUp, Aufsteiger, Nachfolge, Lebenswerk und Sonderpreise (vgl. Seite 11). □

Unternehmerkonferenz 2010 der bayerischen Sparkassen im CCN Nürnberg:

„Special Kommunen“

Motto: Aufschwung – Balance – Stabilität

Als Kommune ist man den Turbulenzen des Alltags unerbittlich ausgesetzt. Wer hier bestehen will, braucht eine große Portion Mut, Wissen und Verstand. Das „Special Kommunen“ während der Unternehmerkonferenz der bayerischen Sparkassen im Messe-CongressCentrum CCN Ost in Nürnberg brachte die Kommunen in Position.

Top-Experten präsentierten die neuesten Trends aus der Praxis. In Vorträgen, Expertenrunden und Diskussionsveranstaltungen wurden Themen durchleuchtet, die die Vertreter der Kommunen ebenso ansprachen wie Unternehmer.

Praxisnähe und Praxistauglichkeit

Praxisnähe und -tauglichkeit der Themen wurde neben Experten von Finanzdienstleistern durch die Einladung von Bürgermeistern, Kämmerern und Vertretern von Stadtwerken gewährleistet. Ganz konkret wurden außerdem Einsparpotenziale im Immobilienbereich angesprochen und

eine kommunale Verschuldungsdiagnose zeigte Chancen zur Wirtschaftlichkeitsoptimierung auf.

Erfolgsfaktoren

Weitere Themenschwerpunkte der Unternehmerkonferenz waren stabile Finanzierungsstrukturen, unternehmerische Erfolgsfaktoren, internationales Geschäft, Zukunftsmärkte, Energie-Management sowie nachhaltige Immobilien-Wirtschaft. Über 30 Fachvorträge garantierten eine hohe Praxisorientierung.

An der Tagung, die sich als eine breite Informations- und Know-how-Plattform zum Knüpfen und Vertiefen von Business-Kontakten etabliert hat,

nahmen heuer über 1.100 Gäste teil. Eingebettet in die Unternehmerkonferenz war die Verleihung des Bayerischen Gründerpreises 2010. Diese höchste Auszeichnung für Unternehmer in Bayern wird für besondere und herausragende Erfolge beim Aufbau und Erhalt von Unternehmen in den Kategorien Konzept, StartUp, Aufsteiger, Nachfolge, Sonderpreis und Lebenswerk verliehen. □

Termin für 2011

Die nächste Unternehmerkonferenz der bayerischen Sparkassen findet am 26. Mai 2011 im Messe-CongressCentrum CCN in Nürnberg statt.

Informationen über die Veranstaltung gibt es im Internet unter www.unternehmerkonferenz.de. Kontakt über Andrea Bastian, Tel. 089/2173-1377; Fax: 089/2173-1393; eMail: andrea.bastian@svb-muc.de □

Prof. Rudolf Faltermeier:

Sparkassen sind eine solide Festung

„Das Leben ist wie ein Fahrrad. Man muss sich vorwärts bewegen, um das Gleichgewicht nicht zu verlieren.“ Mit diesem Zitat Albert Einsteins verwies der Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern, Prof. Rudolf Faltermeier, auf das Motto der diesjährigen Unternehmerkonferenz.

Faltermeier bezeichnete die Tagung als „Dreh- und Angelpunkt für den direkten Kontakt zwischen den Unternehmern und den Vertretern der Städte, Gemeinden und Landkreise – sozusagen auf neutralem Boden“. Zum einen stünden die Kommunen vor vergleichbaren Herausforderungen wie Unternehmen, zum anderen seien sie sowohl Kunden als auch Partner und Eigentümer der Sparkassen.

Fest verwurzelt in der Region

Die Sparkassen seien in ihren Regionen und Ortschaften fest verwurzelt, d. h. dem Dialog zwischen den Kommunen und Sparkassen komme eine große Bedeutung zu, „haben doch beide die Zukunft und Wachstumsperspektiven ansässiger und neuer Unternehmen an ihren Standorten im Blick“.

„Die S-Finanzgruppe und ihre Part-

ner sind ein verlässlicher Pfeiler für ein stabiles Unternehmer-Fundament“, fuhr der Vizepräsident fort. In Zeiten der sog. Finanzmarktkrise hätten sich die Sparkassen als „ein Faktor der Stabilisierung und des Gleichgewichts“ herausgestellt. Das zu Recht große Wort „Vertrauen“ sei bei den Sparkassen nicht nur „ein Reklamespruch, sondern An-Spruch“ im täglichen Umgang mit den Unternehmen und den Menschen dahinter.

Rettungspakete für den Mittelstand

Die sog. Rettungspakete für den Mittelstand werden in diesem Jahr weiter ausgebaut, so der Vizepräsident. Ein eigens für den Mittelstand konzipierter bundesweiter Mittelstandskreditfonds der Sparkassen gehe noch in diesem Jahr an den Start und



Prof. Rudolf Faltermeier während der Pressekonferenz. □

werde bereits in der Startphase ein Volumen im dreistelligen Millionen-Euro-Bereich umfassen. Dieses Kapital werde ergänzt durch ein ebenfalls bundesweit angelegtes Eigenkapitalhilfeprogramm der Sparkassen, das zunächst 550 Mio. Euro umfasst und bei Bedarf aufgestockt wird.

Höchstes Vertrauen

Wie Faltermeier weiter feststellte, verfügten die Sparkassen über eine stabile Refinanzierungsbasis, die sich auf dem Vertrauen ihrer Kunden gründe. Laut einer erst kürzlich durchgeführten Forsa Umfrage genießen die Sparkassen bei den Bundesbürgern höchstes Vertrauen; lediglich der Polizei, dem Bundespräsidenten und dem eigenen Arbeitgeber vertrauten sie noch mehr. Kreditinstitute allgemein rangierten bei dieser Umfrage mehr oder weniger „unter ferner liefen“.

Klares Geschäftsmodell

Seit Jahrzehnten funktioniere das klare und relativ einfache Geschäftsmodell der Sparkassen äußerst erfolgreich, wie der Vizepräsident abschließend konstatierte. „Wir sammeln Geld aus der Region und verleihen es in der Region. Und zwar von Personen an Personen und Unternehmen die wir kennen. Und die uns - und denen wir vertrauen.“ All diese genannten Fakten bildeten eine „solide Festung“ vor Krisen und wirtschaftlichen Katastrophen. □



Prof. Faltermeier mit den Gewinnern des Bayerischen Gründerpreises. Die Auszeichnung, eine Initiative des Bayerischen Sparkassenverbands gemeinsam mit der Zeitschrift Stern, dem ZDF und Porsche ist die höchste Auszeichnung in Bayern für vorbildhafte Gründer und Unternehmer. Sie fördert damit den Mut zur Selbstständigkeit und würdigt herausragende Leistungen in den verschiedenen Unternehmensphasen. □

Experten im Dialog

„PPP – ein Konzept für Schlaue und Schnelle?!“ lautete das Thema einer von Dr. Josef Wallner, Bayerischer Bauindustrieverband, moderierten Podiumsdiskussion. Über ihre Erfahrungen berichteten Gabriele Engel von der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Harald Riedel, Kämmerer der Stadt Nürnberg sowie Johann Bögl, Gesellschafter der Firmengruppe Max Bögl, Neumarkt i. d. Opf.

Eine kommunale Investitionswende zur Sicherung der angegriffenen Bau-substanz und zur Erhaltung einer leistungsfähigen Infrastruktur in den deutschen Städten und Gemeinden ist mehr als überfällig. Wenn die öffentliche Hand keine finanziellen Mittel für dringend notwendige Bauinvestitionen zur Verfügung hat, kann Public-Private-Partnership durchaus eine Alternative sein.

700 Milliarden Euro Investitionsbedarf

Laut einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) beziffert sich der kommunale Investitionsbedarf 2006 bis 2020 auf 700 Milliarden Euro. Weder Deutschland noch Bayern sind bislang PPP-Vorzeigeländer, wie Josef Wallner eingangs konstatierte; jedoch „geht es im Freistaat voran“. Erstes PPP-Bundes-pilotprojekt sei die Fürst-Wrede-Kaserne in München gewesen, als weitere bayerische PPP-Projekte führte Wallner u. a. die Flughafentangente München-Ost, die Ortsumfahrung Miltenberg sowie die vier unterfränkischen Mainbrücken an.

Lebenszyklusansatz

Als entscheidendes Kriterium für PPP bezeichnete Gabriele Engel von

der Obersten Baubehörde den sog. Lebenszyklusansatz. Planung, Bau, Finanzierung, Bauunterhalt und Betrieb aus einer Hand brächten Kostenvorteile, die bei herkömmlicher Bauerstellung nicht in diesem Umfang erwirtschaftet werden könnten. Bei konventionellen Vergaben stehe lediglich die Fertigstellung im Fokus. Eine Umfrage der Obersten Baubehörde im Herbst 2008 zu kommunalen PPP-Projekten in Bayern, an der insgesamt 77 % aller Kommunen teilnahmen, habe den hohen Stellenwert des Themas wiedergegeben. Den Schwerpunkt bildeten hierbei Energie-Contracting Modelle, gefolgt von Projekten des Sektors Schule/Bildungseinrichtungen. Bei der Auswertung der Umfrageergebnisse wurde besonderes Augenmerk auf die sog. echten PPP-Projekte gelegt. Nach Definition der Obersten Baubehörde sind darunter Projekte mit mindestens drei Lebenszyklusphasen, darunter die Betriebsphase, zu verstehen.

Praxisbeispiel Nürnberg

Welchen Aufwand eine Kommune betreiben muss, um ein PPP-Projekt zu schultern, berichtete Nürnbergs Finanzreferent Harald Riedel. Wie der Kämmerer darlegte, habe die Norisstadt ein 60-Millionen-Euro-Paket als PPP vergeben, das den Abriss und den

Neubau von zwei Schulen, die Sanierung eines bestehenden Schulgebäudes und den Neubau einer Dreifachturnhalle umfasst.

Konzentration auf Kernaufgaben

Als wesentliche Motive, sich für PPP zu entscheiden, nannte Riedel die Senkung der Gesamtkosten einer öffentlichen Immobilie über den gesamten Lebenszyklus, die Transparenz und Nachprüfbarkeit sämtlicher Projekt-



Dr. Josef Wallner, Bayerischer Bauindustrieverband und Johann Bögl, Gesellschafter der Firmengruppe Max Bögl. □

kosten über die komplette Vertragslaufzeit, die zeitnahe Realisierung von öffentlichen Investitionsvorhaben gegen periodisch zu entrichtendes Entgelt ohne den sofortigen Einsatz der gesamten Investitionsmittel, die langfristige Instandhaltung/Qualitätssicherung von öffentlichen Einrichtungen über konkret vereinbarte Qualitätsstandards während der gesamten Vertragslaufzeit, die Begrenzung des Risikos von Nutzungsänderungen zum Vertragsende und schließlich die Möglichkeit für die öffentliche Hand, sich nur auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren.

Hoher Ressourcenaufwand

Um ein PPP-Projekt auf den Weg zu bringen, sei freilich ob des Faktors Risikoverteilung „ein hoher Ressourcenaufwand“ zu bewältigen, fuhr Riedel fort. Im Falle des 60-Millionen-



Gabriele Engel von der Obersten Baubehörde im bayerischen Innenministerium gemeinsam mit Nürnbergs Kämmerer Harald Riedel. □



In der Fachausstellung präsentierten Sparkassenpartner Best-Practice-Beispiele. Unser Bild zeigt die Info-Stände von Deutscher Leasing und Sparkassen-Leasing. □

Pakets der Stadt Nürnberg seien von den ersten Überlegungen bis zum Baubeginn immerhin sieben Jahre vergangen.

Partnerschaftliche Realisierung

Grundsätzlich müssten PPP-Projekte partnerschaftlich zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer realisiert werden, stellte der Kämmerer fest. Die Stadt Nürnberg hat für ihr Projekt ein Inhabernutzungsüberlassungsmodell gewählt. Dabei handelt es sich um eine „Forfaitierung mit Einredeverzicht“.

Erschließung neuer strategischer Geschäftsfelder

Johann Bögl, Gesellschafter des größten deutschen Bauunternehmens in Privatbesitz, sieht die Chancen von PPP für die Bauindustrie in der Generierung zusätzlichen Bauvolumens durch PPP-Projekte (wovon auch Bauunternehmen profitieren, die sich nicht an diesen PPP-Projekten beteiligen), in der Stärkung bestehender Geschäftsfelder (vor allem Kernkompetenz Bauen), der Erschließung neuer strategischer Geschäftsfelder (zum Beispiel Facility Management) und der Verstärkung der Erträge durch langfristige Verträge.

Konstante Cashflows

Hinzu kämen die Generierung konstanter Cashflows auch in Krisenzeiten, eine langfristige Zusammenarbeit mit verlässlichen und solventen Vertragspartnern, die partnerschaftliche Zusammenarbeit der Vertragsparteien, die Überführung des Preiswettbewerbs in einen Qualitätswettbewerb sowie

die Entwicklung der Bauwirtschaft von einer reinen nachfrage- zu einer stärker angebotsorientierten Branche.

Für den Mittelstand geeignet

Bögl relativierte die bisweilen kursierende Einschätzung, wonach PPP sich nur für die ganz großen Bauunternehmen und nicht für den Mittelstand lohne. Nach einer Untersuchung des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie sind von 134 PPP-Hochbauprojekten in Deutschland immerhin 63 Projekte (830 Mio. Euro Investitionsvolumen) vom Mittelstand und 71 Projekte (2990 Mio. Euro Investitionsvolumen) von der Industrie realisiert worden.

Immenser Aufwand

Als problematisch wertete der Bauunternehmer den Umstand, dass die Teilnahme an Ausschreibungen zu PPP-Projekten einen zehnfach höheren Aufwand verursache wie eine konventionelle Fachlosvergabe. Erhalte man dann keinen Zuschlag, bleibe man auf den (nicht selten millionenschweren) Kosten sitzen. Kein Wunder, dass viele Firmen deshalb vor einer PPP-Angebotsabgabe zurückschrecken. □



Ganzheitliche und bedarfsorientierte Beratung auch bei allen PPP-Fragen mit dem Sparkassenfinanzkonzept. □



Angeregtes Gespräch (v.l.): Sebastian Zunhammer (Zunhammer GmbH, Traunreut), Moderator Martin Reents (Energiewende Oberland), Ingrid Pongratz (Erste Bürgermeisterin der Stadt Miesbach) und Günther Reithmeir (BayernLB). □

Podiumsdiskussion:

Nachhaltigkeitsprojekte und Zukunftsvisionen im kommunalen Bereich

Mit „Nachhaltigkeitsprojekten und Zukunftsvisionen im kommunalen Bereich“ befassten sich Ingrid Pongratz, Erste Bürgermeisterin der Stadt Miesbach, Günther Reithmeir (BayernLB) sowie Sebastian Zunhammer (Zunhammer GmbH, Traunreut). Die Moderation oblag Martin Reents, Energiewende Oberland Bürgerstiftung für Erneuerbare Energien und Energieeinsparung.

Die Bürgerstiftung Energiewende Oberland, deren ehrenamtlicher Vorstandsvorsitzender Reents ist, fördert den Gedanken der Nachhaltigkeit in Politik, Wirtschaft und privaten Haushalten, versteht sich als Element einer selbst bestimmten Bürgergesellschaft, ist geografisch auf die Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen und Miesbach ausgerichtet, wird von den Landkreisen und den Kommunen unterstützt und fördert Projekte, die von bürgerschaftlichem Engagement getragen werden oder Hilfe zur Selbsthilfe leisten.

Energieautark bis 2035

Bis zum Jahr 2035, so die Vision der Energiewende, soll das Oberland energieautark sein. Dieses Ziel möchte die Stiftung in den beiden Landkreisen durch 60 Prozent Energieeinsparung und 40 Prozent erneuerbare Energien erreichen. Als Energiequellen sollen insbesondere Holz und Geothermie sowie als ergänzende Technologien Photovoltaik und Windenergie dienen. Wie Ingeborg Pongratz, seit 2003

Erste Bürgermeisterin von Miesbach hervorhob, wurden in der Kreisstadt während ihrer Amtszeit bereits einige Nachhaltigkeitsprojekte umgesetzt. „Nach großem Überzeugungskampf“ sei 2004 an der Grund-, Haupt- und Berufsschule eine neue Biomasseheizung installiert worden. „Nach sechs Jahren schreiben wir hier bereits die ersten schwarzen Zahlen“, so die Ratshauschefin. Zudem werde derzeit im Warmbad eine Solarabsorberanlage installiert. „Damit werden wir immerhin zu 60 % das Wasser heizen können und dadurch Einsparungen erzielen“, meinte Pongratz.

Bürgersolaranlage

Darüber hinaus wurde Ende 2009 auf dem Dach der Miesbacher Berufsschule eine neue Bürgersolaranlage, die größte Photovoltaik-Anlage im Landkreis, eingeweiht. Hiervon profitiert nicht nur die Umwelt und damit die Gesellschaft im Kollektiv. Vielmehr finanzieren die Einheimischen die rund eine Million Euro teure

Anlage. Für sie konnten Anteile von jeweils 2.500 Euro erworben werden. Derzeit realisiert die Energiewende Oberland (EWO) den Solarpark II.

Alles Machbare unterstützen

Pongratz forderte in diesem Zusammenhang zum Umdenken auf: Bei der Aufstellung kommunaler Bebauungspläne dürfe den Bürgern kein Ärger bereitet werden, wenn es um deren Wunsch gehe, Photovoltaikanlagen auf ihre Dächer installieren zu lassen. Mit Ausnahme von „aufgeständerten Dächern“, die nicht in die Landschaft passten und Freiflächenanlagen „unterstützen wir alles, was im Rahmen des Machbaren und Verträglichen ist“, machte das Stadtoberhaupt deutlich. Modernste Umwelttechnik verbirgt sich hinter der Produktion von Güllewagen, für die das Traunreuter Familienunternehmen Zunhammer seit 1957 verantwortlich zeichnet. Geschäftsführer Sebastian Zunhammer zufolge hält die Firma 50 Patente und erfindet ständig Neues. Der Betrieb mit 100 Mitarbeitern ist dank BHKW und Solardach energieautark.

In diesem Jahr kam ein neues Geschäftsfeld hinzu: Zunhammer produziert und vertreibt genehmigungsfreie Kleinwindanlagen. Das auf dem Betriebsgelände neu gebaute Wind-

krafttrad der Firma Envento ist in Deutschland das erste seiner Art. Das Besondere dieser Windenergieanlage sind die Flügel, die nicht wie bisher horizontal, sondern vertikal drehen. Dadurch arbeitet der Generator bei jeder Windrichtung und Stärke. Ein hoher Nutzungsgrad und optimale Windausnutzung sind das Ergebnis. Die 10kW Anlage liefert im Jahr rund 25.000 kW/h.

Zunhammer sieht jede Menge Potenzial in dem neuen System. Er geht davon aus, dass Kleinwindenergieanlagen eine große Chance haben. Diese Technik sei vor allem für zukunftsorientierte Landwirte interessant und aufgrund der kompakten Bauweise besonders preiswert. Durch regenerative Energien erwartet sich der Unternehmer für seinen Betrieb eine deutliche Kostensenkung.

Imagefrage Klimaneutralität

Laut BayernLB-Bereichsleiter Günther Reithmeir hat der Finanzdienstleister, der inzwischen auch zum Kreis der EWO-Stifter gehört, vor rund zehn Jahren das attraktive Thema Nachhaltigkeit erkannt und es sich auf seine Fahnen geschrieben.

Die BayernLB ist seit 2008 am Standort München „klimaneutral“ und das aus gutem Grund, wie Reithmeir, zuständig für Umweltförderdarlehen und Zukunftsmärkte, konstatierte: „Eine Bank, die nicht nachhaltig ist, verliert ihre Investoren. Das Ganze ist auch eine Imagefrage. Der Markt ist groß und wir können damit ein gutes Geschäft machen.“

In die Zuständigkeit der BayernLB konsortial mit der örtlichen Sparkasse fallen zum Beispiel die Finanzierung des ersten und bundesweit größten Geothermie-Projekts in Unterhaching, außerdem u. a. Finanzierungen von Geothermie-Projekten in Pullach so-



Ein interessantes Publikum lauschte hochkarätigen Experten. □

wie Aschheim-Feldkirchen-Kirchheim. Nicht zu vergessen die energetische Sanierung von 5.000 Wohnungen der GEWOFA München, die Errichtung von Solarparks (z. B. mit EWO) sowie der Export von Windkraftanlagen und die Gemeinschaftsstudie „Auswirkungen des Klimawandels auf Branchen in Bayern“ mit dem Wissenschaftszentrum Umwelt der Universität Augsburg und der Arquum GmbH.

Konsortialfinanzierung für Unternehmenswachstum

Mit einer Konsortialfinanzierung unter Führung der BayernLB sichert sich beispielsweise der Photovoltaik-Systemintegrator Gehrlicher Solar AG (Dornach bei München) ausreichend Mittel für das geplante Unternehmenswachstum. Die Transaktion hat einen Umfang von 95 Millionen Euro, der anteilig von der BayernLB, ande-

ren Banken und bayerischen Sparkassen bereitgestellt wird, wie Reithmeir zudem berichtete.

Hilfe bei Förderprogrammen

Auf die Frage, wie ein Unternehmer, der einen „energieintensiven Betrieb“ unterhält und auf dem Feld der Nachhaltigkeit aktiv werden möchte, vorgehen sollte, riet Reithmeir dazu, fachlich mit einem Energieberater (Bafazertifiziert) und in Finanzierungsfragen mit der Sparkasse Kontakt aufzunehmen. Die BayernLB sei als Partner der Sparkasse gerne bei der Suche nach Förderprogrammen behilflich.

Fazit: Nachhaltigkeit ist nicht nur eine Zukunftsvision, sie ist auch ein Zukunftsmarkt. Die Erkundung Erneuerbarer Energien ist nicht selten eine Gratwanderung. Gefragt sind Fingerspitzengefühl und eine große Portion Mut. □



Die BayernLB wartet mit maßgeschneiderten Finanzlösungen auf. □

Stefan Tromm:

Finanziell gesund bleiben

Leasing als Finanzierungsinstrument im Gesundheitswesen

Hinter der Deutschen Leasing steht ein starker Verbund: die Sparkassen Finanzgruppe, der größte Finanzverbund der Welt. Von dieser Verbindung profitiert der Kunde nach Darstellung von Stefan Tromm gleich doppelt: durch spezialisierte Leasing- und Finanzdienstleistungen, die gleichzeitig die (Haus-) Banklinien schonen sowie durch einen kommunalen und wirtschaftlich stabilen Finanzierungspartner.

Wie der diesjährige Krankenhaus-Rating-Report des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung ausweist, geht es den meisten deutschen Kliniken wirtschaftlich relativ gut. Bundesweit gibt es 2087 Krankenhäuser, davon 677 in kommunaler Hand.

Effizienzsteigerung

Wenn sie ihre Effizienz in den nächsten Jahren allerdings nicht steigern, drohe die Zahl der von Insolvenz bedrohten Kliniken von zuletzt elf Prozent auf 18 Prozent im Jahr 2020 zu steigen. Vor dem Hintergrund des Krankenhausfinanzierungsreformgesetzes, des Konjunkturpakets II, einer unzureichenden Fördermittelsituation, einem wachsenden Investitionsstau (30.000 bis 50.000 Mio. Euro), immer kürzeren Innovationszyklen in der Medizintechnik sowie einer zunehmenden Wettbewerbssituation seien betriebliche Optimierungsmaßnahmen wie Investitionen in hochmoderne Technik überlebenswichtig.

Investitionsstau

Tromm zufolge beliefen sich die laufenden Ausgaben für den Gesamtmarkt (Basis 2007) auf 243.981 Mio. Euro, was etwa 10,4 % des Bruttoinlandsprodukts entspricht. Davon wurden 91.772 Mio. Euro für den stationären und 124.440 Mio. Euro für den ambulanten Sektor ausgegeben. Die Investitionen beliefen sich auf 8.771 Mio. Euro p. a.

Auch eine Studie der Unternehmensberatung Roland Berger zur „Zukunft der Krankenhausfinanzierung in Deutschland“ stellt fest, dass ob des aufgelaufenen Investitionsstaus Krankenhäuser dazu angehalten sind Investitionen aus eigener Kraft zu tätigen. Der hohe Investitionsmittelbedarf im deutschen Krankenhauswesen und der gleichzeitige Rückgang der öffentlichen Fördermittel erforderten die Nutzung verschiedener Finanzierungsinstrumente. Mit Blick auf die künftige Entwicklung sahen Experten das größte Potential für eine weitergehende Inanspruchnahme beim Leasing. Die Bedeutung von Leasing bei kleineren

und von Projektfinanzierung bei größeren Investitionen werde zunehmen. Zu den krankenhausspezifischen Leasing-Themen zählten IT-Projekte (Hard-/Software), Outsourcing, Großprojekte (z. B. Medizintechnik), Immobilien, Incentivierung (z. B. PKW).

Bilanzeffekte

Als gute Gründe für Leasing nannte Tromm die Bilanzeffekte und die Mehr-

niken darüber hinaus, ihren Gerätepark ständig an den schnellen technologischen Wandel anzupassen. Denn das Verwertungsrisiko für Anlagen, die nicht mehr dem neuesten Stand der Technik entsprechen, aber durchaus noch voll funktionsfähig sind, übernimmt zu einem erheblichen Teil die Leasinggesellschaft.

4. Kliniken können den Aufwand nach vorne ziehen, wo Sie absehbar über Liquidität und Rentabilität verfügen. Hierdurch findet eine schnellere Entschuldung statt. Alternativ können die Raten auch progressiv gestaltet werden. Zum Ende der Vertragslaufzeit entscheidet der Leasingnehmer frei zwischen unterschiedlichen Optionen.

5. Da die Leasinggesellschaft die



Bilanz- und Mehrwertsteuereffekte können laut Stefan Tromm Argumente sein, die für Leasing sprechen. □

wertsteuer, zudem Innovation, Flexibilität und Liquidität.

1. Da der Leasing-Geber juristischer Eigentümer des Leasing-Objektes ist und es in seiner Bilanz ausweist, kommt es beim Leasing-Nehmer nicht zu einer Bilanzverlängerung. Dies habe positive Auswirkungen auf die Eigenkapitalquote, was nicht zuletzt unter Basel-II-Gesichtspunkten sehr wesentlich sei.

2. Durch einen Bestelleintritt werde die Leasinggesellschaft zudem wirtschaftlicher Eigentümer des Objektes. Die Mehrwertsteuer müsse nicht anfänglich mitfinanziert werden, sondern verteile sich ratierlich über die Laufzeit. Bei Verwertung bzw. Weiterveräußerung des Systems habe dies neben dem Stundungseffekt Vorteile, da die Mehrwertsteuer von der Leasinggesellschaft dabei ausgewiesen werden kann.

3. Leasing ermöglicht es den Kli-

Finanzierung des Objektes übernimmt, kommt es zum Investitionszeitpunkt nicht zu einem Liquiditätsentzug oder/und einer generellen Ausweitung der Fremdfinanzierung. Über die Leasing-Raten werden die Kosten der Investition über die Zeitspanne verteilt, in der mit dem Leasing-Objekt Erträge erwirtschaftet werden.

Herstellerunabhängiger Finanzierungspartner

Die Vorteile eines herstellerunabhängigen Finanzierungspartners liegen auf der Hand: Tromm nannte die Faktoren Kostentransparenz (Trennung Investition und laufende Kosten), Unabhängigkeit (insbesondere zum Vertragsende), breites Finanzierungsspektrum/Partnerschaft, Branchen-/Assetkenntnisse sowie die Offenlegung wirtschaftlicher Zahlen und strategischer Planungen. □

Michael Maurer / Ulrich Beckstein:

Kommunale Verschuldungsdiagnose

Chancen zur Wirtschaftlichkeitsoptimierung

Immer mehr Gemeinden, Städte und Landkreise setzen angesichts steigender finanzieller Belastungen auf ein aktives Zins- und Schuldenmanagement - mit dem Ziel, Zinslasten zu senken, Risiken zu reduzieren und so eine direkte Haushaltsentlastung zu erzielen. Helfen kann dabei die Kommunale Verschuldungsdiagnose, wie Michael Maurer, Vorstandsmitglied der Sparkasse Hochfranken, bei einer von Andrea Bastian vom Sparkassenverband Bayern moderierten Expertenrunde ausführte.

Unter Federführung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes hat die Sparkassen-Finanzgruppe die Kommunale Verschuldungsdiagnose initiiert. Ziel ist es, Gemeinden, Städte und Landkreise mittels einer umfangreichen Analyse ihres Schuldenportfolios eine transparente Grundlage zur gezielten Liquiditätssteuerung im Zins- und Schuldenmanagement zur Verfügung zu stellen. Im Zuge der Kommunalen Verschuldungsdiagnose erhielten bundesweit 600 Gemeinden, Städte und Landkreise, davon 99 aus Bayern, bis Ende April 2010 die Möglichkeit, ihre Kredit- und Derivateportfolios kostenlos ganzheitlich analysieren zu lassen.

Individuelle Auswertung

Im Ergebnis erhalten die Teilnehmer in einem ersten Schritt eine auf ihre individuelle Situation ausgerichtete Auswertung ihres Schuldenportfolios. Diese Ist-Analyse beinhaltet eine transparente Aufschlüsselung aller Kredite und Zinsderivate, umfassende Kennzahlen- und Szenarioanalysen – aufbereitet in tabellarischer und grafischer Form – sowie eine fundierte Cash-Flow-Analyse.

In einem zweiten Schritt bekommen die Teilnehmer ab Herbst 2010, wenn alle Daten der teilnehmenden Kommune an der Kommunalen Verschuldungsdiagnose vorliegen, einen Kennzahlenvergleich ihres Portfolios in Relation zu bundes- und regionalbezogenen Vergleichsgruppen. Dabei zielt die Vergleichsanalyse nicht auf die Erstellung einer Benchmark oder eines Ratings der Teilnehmer untereinander ab, sondern bietet eine neutrale und sachliche Gegenüberstellung der Kennwerte des eigenen Portfolios zu der Vergleichsgruppe. Die Ergebnisse der Vergleichsanalyse werden auf einer zentralen Veranstaltung vorgestellt, zu denen die teilnehmenden Sparkassen und Kommunen eingeladen werden.

Die Teilnahme an der Kommunalen Verschuldungsdiagnose ist mit folgenden Vorteilen verbunden:

1. Kompakte Übersicht und Aufschlüsselung des eigenen Portfolios:

Die Positionen des Portfolios werden systematisch und übersichtlich dargestellt. Eine Bewertung aller Kredite und Derivate erfolgt auf aktuellen Marktdaten.

2. Darstellung charakteristischer Steuergrößen und Ergebnisberichte (u. a. grafisch): Schulden- und Derivateportfolios werden vollständig abgebildet. Mögliche Veränderungen des Portfolios im Zeitablauf und resultierende Auswirkungen werden detailliert dargestellt und mögliche Risiken identifiziert.

3. Ausgabe von Kennzahlen und Ergebnisberichten im Peergroup-Vergleich: Ein Großteil der ermittelten Kennzahlen wird den Kennzahlen der Portfolios von Kommunen gleicher Struktur (Peergroup) gegenübergestellt.

4. Darstellung von Szenarien (Was-wäre-wenn-Analysen):

Unterschiedliche Entwicklungen des Portfolios bei z. B. sich ändernden Zinsniveaus inklusive resultierender Effekte eingesetzter Derivate werden analysiert und ausgewertet.

5. Entwicklung von Handlungsempfehlungen: Auf Basis individueller Prioritäten und Zielvorstellungen können in Zusammenarbeit mit der Sparkasse/Landesbank konkrete Handlungsempfehlungen entwickelt werden.

Professionelle Aufklärung und Beratung

Statt isolierter Produktabschlüsse setzt die Sparkassen-Finanzgruppe als Partner der Kommunen mit der Kommunalen Verschuldungsdiagnose auf eine professionelle Aufklärung und Beratung mit dem Ziel ganzheitlicher Lösungskonzepte, die der aktuellen Bedarfslage der Kommune gerecht werden. Datenschutz und Datensicherheit sind dabei selbstverständlich gewährleistet.

Zu den Teilnehmern am Pilotprojekt „Kommunale Verschuldungsdiagnose“ zählte die oberfränkische Stadt Rehau. Dessen Kämmerer Ulrich Beckstein, gleichzeitig Sprecher aller oberfränkischen Kämmerer, bezeichnete die Kommunale Verschuldungsdiagnose als sinnvolles Instrument, biete sie doch

beispielsweise objektivere Entscheidungsvorschläge für die Finanzierungsstruktur kommunaler Investitionsvorhaben. Im Vordergrund steht nicht mehr das einzelne Darlehen, sondern die gesamte Portfoliostruktur.

Valide Datenbasis, schnelle Neuberechnung

Die Kommunale Verschuldungsdiagnose sorgt dafür, dass die Bürgermeister sowie Stadt- bzw. Gemeinderäte eine wesentlich validere Datenbasis erhielten, um Entscheidungen zu treffen. Wie Beckstein bemerkte, seien die Entwicklung mit festen und variablen Zinssätzen, der Derivateinsatz und der Marktwert des Schuldenportfolios für einen Kämmerer ohne externe Unterstützung nicht darstellbar. Die Möglichkeit, eine oder mehrere Grundannahmen bei der Zinsentwicklung zu verändern und eine schnelle Neuberechnung zu erhalten, habe sich als großer Vorteil herausgestellt.

Wie sich die Finanzierung der geplanten Schulhaussanierung in Rehau mit einem Volumen von etwa 6,5 Millionen Euro auf den kommunalen Haushalt auswirken wird, sei anhand der Kommunalen Verschuldungsdiagnose sehr deutlich geworden. Da die Summe kreditfinanziert werden muss, sei es wichtig gewesen, im Vergleich der einzelnen Zinsszenarien die günstigste Variante für die Stadt bestimmen zu können.

Risikoreiche Alternativen enttarnen

Neben der Möglichkeit der Dokumentation liefert die Kommunale Verschuldungsdiagnose nach Becksteins Auffassung Argumente zur Abwehr vermeintlich moderner Finanzierungsformen, die im Stadt- oder Gemeinderat gerne mit Verweis auf andere Kommunen angeführt werden.

Somit könnten unwirtschaftliche oder risikoreiche Alternativen zur Finanzierung umgehend enttarnt werden. Auch sei es möglich, mit einer verbesserten Datenbasis schnell auf Veränderungen in der Zinsmarktentwicklung zu reagieren.

Darüber hinaus bedeute die Kommunale Verschuldungsdiagnose einen geringeren Arbeitsaufwand für die Verwaltung. „Je größer das Schuldenportfolio einer Kommune ist, umso zahlreicher werden die Vorteile“, lautete Becksteins Fazit. □

Dr. Florian Bieberbach:

Chancen der regionalen Energieversorgung

Weichenstellung für die energiepolitische Zukunft

Die Stadtwerke München sind, so ihr Kaufmännischer Geschäftsführer Dr. Florian Bieberbach, das kommunale vollintegrierte Versorgungs- und Dienstleistungsunternehmen der bayerischen Landeshauptstadt. Das zweitgrößte Stadtwerk in Deutschland ist zugleich auch das sechstgrößte Energieversorgungsunternehmen sowie das drittgrößte ÖPNV-Unternehmen bundesweit. Seit 125 Jahren begleiten die SWM, die nach wie vor im 100 %igen Eigentum der Landeshauptstadt sind, das Leben in München.

Als Teil der Kommune leisteten die SWM als bedeutender Gewerbesteuerzahler und Konzessionsnutzer durch jährliche Gewinnausschüttungen an die Stadt ihren Beitrag zum Haushalt. Sie seien Partner in der Erreichung kommunalpolitischer Ziele – Stichwort „Citizen Value“. Der Nutzen für die Münchner Bürger, die Münchner Wirtschaft und den Stadthaushalt soll in Summe optimiert werden.

Ehrgeiziges Ziel

Was die Umsetzung klimapolitischer Ziele anbelangt, so gibt es nach Auskunft des Geschäftsführers folgende Vorgabe durch den Münchner Stadtrat: Bis zum Jahre 2025 sollen die SWM soviel Strom aus erneuerbaren Energien produzieren wie private Haushalte und das Gewerbe der Stadt gemeinsam verbrauchen – damit wäre München die erste deutsche Großstadt, die dieses ehrgeizige Ziel auf dem Gebiet der Energiegewinnung erfüllt. Der von den SWM angestrebte Energiemix erfordert enorme Investitionen. Der Finanzierungsbedarf bis 2025 beträgt rund 9 Mrd. Euro.

„Eckpfeiler“ der Ausbauoffensive „Erneuerbare Energien“ sind die Sicherung der Finanzkraft zur Finanzierung der Investitionen, Risikominimierung durch Investitionen in unterschiedliche Technologien und Regionen, Partnerschaften mit Projektentwicklern und gemeinsame Projekte mit kommunalen Partnern. Realisiert werden nur wirtschaftliche Projekte.

Aktuelle Projekte

Als aktuelle Projekte der SWM nannte Bieberbach drei Wasserkraftwerke an der Isar und im Raum Moosburg, ein Erdwärme-Kraftwerk in Sauerlach, ein Solar-Großkraftwerk in Helmeringen, ein Windpark in der Nordsee, fünf Windparks in Deutschland sowie ein Parabolrinnen-Solkraftwerk in Südsanien. Allein mit den bisher angestoßenen und realisierten Projekten könnten die

SWM ihre Ökostrom-Erzeugung bereits um 160 Prozent steigern.

Wie Bieberbach betonte, schreitet auch der Ausbau der Glasfaser-Infrastruktur in München voran. Schnelle Internet-Zugänge seien zu einem entscheidenden Standortfaktor für Wohnen und Gewerbe geworden. Die SWM und



Dr. Florian Bieberbach.

ihre Beteiligung M-net werden in den kommenden Jahren eine flächendeckende Glasfaserinfrastruktur (FttB) in München aufbauen. Das Netz diene zur Anbindung elektronischer Zähler (Smart Meter) und zum Aufbau von extrem schnellen Internet-Zugängen für Privatsleute und Gewerbe.

Vergleichbare Projekte beginne M-net auch in anderen bayerischen Städten, wobei das Investitionsvolumen bei mehr als 200 Mio. Euro und der

Investhorizont bei mehr als 20 Jahren liegen.

Strategische Schwerpunkte

Sonstige strategische Schwerpunkte der SWM sind unter anderem der Fernwärmeausbau in und um München, die Elektromobilität mit dem Ziel eines Aufbaus von 100 öffentlichen und nicht-öffentlichen Ladestationen in der Modellregion München sowie der weitere Ausbau des ÖPNV, finanziert aus Gewinnen der Energieversorgung. Laut Bieberbach „leisten die SWM durch die genannten Projekte in Summe einen erheblichen Beitrag zur Weiterentwicklung des Lebens- und Wirtschaftsraums München“.

Gestaltungsspielräume

Eine regionale und dezentrale Energieversorgung besitzt erhebliche Vorteile, so Bieberbach in seinen weiteren Ausführungen. Dazu zählten die Erschließung energiepolitischer Gestaltungsspielräume für die Kommunalpolitik, die Chance zur Verbesserung des lokalen und regionalen Klimaschutzes, der Wettbewerb im Energiemarkt, die Ausnutzung möglicher Synergien im kommunalen Querverbund, die Finanzierung und Umsetzung von „geschäftsnahen Infrastrukturprojekten sowie der Umstand, dass die Wertschöpfung regional und örtlich gebunden bleibt. Bieberbach: „Regionale Energieversorger stärken die Wirtschaftskraft der Kommunen in vielfacher Hinsicht und schaffen konkreten Mehrwert für Bürger, Kommune und lokale Wirtschaft.“

Rekommunalisierung

Mit Blick auf die Rekommunalisierung bieten sich nach Ansicht des Stadtwerke-Geschäftsführers folgende Fragestellungen an: Welche Wertschöpfungsstufen sollen rekommunalisiert werden? Bei welchen ist es wirtschaftlich? Welche Möglichkeiten gibt es für die Rekommunalisierung der Versorgung? Wie entwickeln sich die rechtlichen, politischen und kommunalen Rahmenbedingungen für die Rekommunalisierung? Woher bekommt man das erforderliche Know-how? Welche Anforderungen stellen die Zielkundengruppen an die Kommunen? Wie werden die hohen Anfangsinvestitionen sowie die laufenden Investitionen für Erzeugungsanlagen und Netzbetrieb bewältigt? Bieten sich Kooperationen mit anderen EVUs an? „Rekommunalisierung“, so Bieberbach, „ist kein Selbstläufer, sondern erfordert eine klare Strategie, sehr hohen organisatorischen Aufwand und erhebliche Finanzmittel, wenn sie erfolgreich sein soll.“

Martin Wieland / Uta Käding:

Optimierung von kommunalen Immobilien

Lebenszykluskosten als Entscheidungshilfe

Ein professionell gesteuerter Immobilienbestand ist der wichtigste Schlüssel auf dem Weg zu mehr ökonomischer und ökologischer Nachhaltigkeit. Martin Wieland (Beratung und Vertrieb BayernFM) referierte gemeinsam mit Uta Käding (Geschäftsführerin Integrale Planung GmbH) über Strategien, Methoden und die Umsetzung von Kostenoptimierungen bei kommunalen Immobilien.

Die Bayern Facility Management GmbH ist ein gemeinsames Tochterunternehmen der BayernLB und der Flughafen München GmbH. Im Rahmen eines ganzheitlichen Facility Management Ansatzes bietet das

dem Kriterium „Gebäudebezogene Kosten im Lebenszyklus“ der Thematik angenommen. Auch in der Schweiz nehme sich die Empfehlung des Berufsverbandes SIA „Nachhaltiges Bauen“ mit dem Kriterium Wirtschaftlichkeit der Thematik Life Cycle Costs an.



Die BayernFM-Repräsentanten Thomas Aumer und Martin Wieland (v. l.).

Unternehmen seinen Kunden über den gesamten Objektlebenszyklus hinweg intelligente und hochwertige FM Dienstleistungen. Den Kunden von seinen Sekundärprozessen zu entlasten steht hierbei im Fokus.

Nachhaltige Bewirtschaftung

Intep ist ein Beratungsunternehmen in der Management- und Immobilienberatung für private Unternehmen und die öffentliche Hand. Wie Uta Käding betonte, ist im Hinblick auf die nachhaltige Immobilienbewirtschaftung und PPP-Lösungen eine fundierte Life-Cycle Cost-Analyse unerlässlich. Die Geschäftsführerin zeigt dazu verschiedene Beispiele der erfolgreichen Umsetzung.

Laut Käding und Wieland verlangen Global Players auch am Deutschen Markt immer häufiger fundierte Aussagen und Nachweise über die Performance von Nachhaltigen Immobilien. Die Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen habe sich mit

Langfristige Perspektiven

Als Beispiele für die Integration der Lebenszykluskosten (LzK) in ein Managementsystem wurden die Green Building Initiative von Siemens – Ziel ist die Reduzierung des Strom-, Wärme- und Wasserverbrauchs im strategischen Kernbestand der Siemens Real Estate um 20 % bis 2011 – sowie das Projekt „Nachhaltige Stadt Zürich – auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft“ angeführt. Die Züricher Stadtregierung setzt hierbei einen Schwerpunkt in der Umwelt-, Energie- und Klimaschutzpolitik, der auf eine langfristige Perspektive (bis 2050) ausgelegt ist.

Qualität der Umwelt

Der Umfang und die Art des Energie- und Ressourcenverbrauchs sollen so gestaltet werden, dass die Verfügbarkeit der Energie und die Qualität der Umwelt auch für die zukünftigen Generationen erhalten bleiben. Im Zentrum stehen dabei ein geringerer und umweltverträglicher Energieverbrauch sowie ein umweltfreundlicher Umgang mit Ressourcen und geschlossene Stoffkreisläufe. Innovative technische Lösungen, gesellschaftliche Lernprozesse, neue Lebensstile und Managementkonzepte sollen dem Erreichen des Ziels dienen.

In einer Kooperation mit der Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin, erarbeitet Intep derzeit die neue Richtlinie GEFMA (German

Facility Management) 220-1 und -2 Lebenszykluskosten im Facility Management. Zudem wird die Überarbeitung auch in Abstimmung mit der IFMA (International Facility Management Association) Schweiz durchgeführt. Bis Mitte 2010 wird eine neue Richtlinie entstehen, die die finanzmethodischen Grundlagen und die Rahmenbedingungen der Lebenszykluskostenrechnung definiert.

An einem vollständig durchgearbeiteten und in Teil 2 der Richtlinie dokumentierten Beispiel werden die in Teil 1 formulierten Empfehlungen zur Lebenszykluskostenmodellierung und -berechnung anschaulich dargestellt. Es ist vorgesehen, das Beispiel als Tabellenkalkulation über die beiden Verbände abrufbar zu machen. Auf diese Weise wird der Einstieg in die Lebenszykluskostenberechnung für eine breite Fachöffentlichkeit spürbar erleichtert. Und die Entwicklung eines Benchmarks mit Lebenszykluskosten kann vorbereitet werden.

(Nach-)Investitionsalternativen

Lebenszykluskosten stellen die Summe aller über den Lebenszyklus von Facilities anfallenden Kosten dar. Ihr Nutzen liegt auf der Hand: Verhindert wird zunächst eine einseitige Optimierung hinsichtlich der Baukosten bzw. Nutzungskosten bei Neubauten und bei Sanierungen. Sie stellen eine Entscheidungshilfe beim Vergleich von (Nach-)Investitionsalternativen (kaufen oder mieten; Sanierung) sowie von Ausführungsvarianten bei Neubauten und im Bestand (Transparente Darstellung) dar. Zudem erfolgt während der Nutzungsphase eine Budgetplanung. Durch die Berechnung von Lebenszykluskosten kann die langfristig kostengünstigste und damit die unter ökonomischen Gesichtspunkten nachhaltigste Handlungsalternative bestimmt werden.

LzK-Ermittlungen bieten Transparenz für Entscheidungen im Bauprozess und Sicherheit in der Prognose der Folgekosten. Zudem sind sie methodisch und kalkulatorisch sehr gut möglich. An Datenquellen für Kennzahlen muss allerdings noch gearbeitet werden. □

Verleihung des Bayerischen Gründerpreises:

Sieger in sechs Kategorien

Im Umfeld der jährlichen stattfindenden Unternehmerkonferenz zeichnete der Sparkassenverband Bayern in Nürnberg die Gewinner des Bayerischen Gründerpreises 2010 aus.

In der Kategorie „Konzept“ ging der Preis an die Firma Sheet Cast Technologies für die Entwicklung einer neuartigen mehrteiligen Bremsscheibe. Durch den Einsatz von radialelasti-

schen Stahleinlegern, die als Bestandteile des Sandkerns in die Sandform eingelegt werden, konnte eine großserientaugliche Leichtbau-Verbundbremsscheibe entwickelt werden. Die Pro-

duktionskosten wurden im Vergleich zu anderen Metall-Verbundbremsscheiben halbiert.

Bestes „StartUp“-Unternehmen

Mit der Einführung der Sheet Cast Disc wird sich nach Expertenmeinung der Bremsscheibenmarkt wesentlich neu formieren. Das Marktpotenzial für die neue Leichtbau-Bremsscheibe erscheint riesig. Bereits für das Jahr 2013 wird europaweit ein Marktanteil von ca. fünf Prozent angepeilt. Die Sheet Cast Technologies GmbH übernimmt die Entwicklung zur Bauteilauslegung verschiedener Applikationen und übergibt die lizenzierte Fertigung an einen Bremsscheiben-Hersteller.

Als bestes „StartUp“-Unternehmen wurde die FMP Technology GmbH aus Erlangen ausgezeichnet. Das junge, 2006 aus dem Lehrstuhl für Strömungsmechanik der Universität Erlangen-Nürnberg ausgegründete Unternehmen hat sich im Bereich der Strömungsmechanik spezialisiert. Ziel ist es, wissenschaftliche Entwicklungen aufzugreifen und auf deren Basis neuartige Produkte zu entwickeln und zu vermarkten.

Neue Entwicklungen in allen Geschäftsbereichen

In den vier unterschiedlichen Geschäftsbereichen der FMP Technology GmbH, die alle auf strömungsmechanischen Grundlagen basieren, konnten neue Entwicklungen insbesondere für die Beschichtungs- und Einspritztechnik durchgeführt werden. Im Bereich der Beschichtung betrifft die Entwicklung der FMP Technology neuartige Beschichtungsdüsen. Im Bereich der Einspritztechnik hat das Unternehmen ein neuartiges Einspritzsystem für Diesel- und Ottomotoren entwickelt. Damit lassen sich Spritverbrauch und CO₂-Emissionen gleichermaßen um ca. 30 % bei gleichzeitiger „Lifetime“-Steigerung derzeitiger Motorenkomponenten senken.

Der „Aufsteiger“ des Jahres 2010 ist die Firma SUXCEED Sales for your Success aus Nürnberg.

„Aufsteiger“ des Jahres

Das Unternehmen bedient mit umsatzorientiertem Kleinkundenmanagement internationale Unternehmen aus den Branchen IT/TK, Unterhaltungselektronik, Logistik, Elektrotechnik, Medi-

Thomas Aumer:

Ressource Immobilie

Durch nachhaltige Bewirtschaftung Kosten senken und Klima schützen

Die Bau- und Immobilienwirtschaft spielt eine Schlüsselrolle im Bereich Nachhaltigkeit, stellte Thomas Aumer, Bereichsleiter Vertrieb bei der BayernFM, fest. Etwa 30 % der Treibhausgasemissionen, ca. 40 % des Bedarfs an Primärressourcen und Energie und etwa 50 % des Abfallaufkommens seien in Deutschland dem Gebäudebereich zuzurechnen.

Aktuell nutzen die Kommunen bundesweit rund 175.000 Immobilien. Damit sei die öffentliche Hand der mit Abstand größte Immobilieneigentümer und -nutzer in Deutschland. Dieser Bestand sei zu über 70 Prozent älter als 20 Jahre und wurde bislang nur in geringem Umfang modernisiert. Allein bei den bundesweit rund 37.000 Schulen habe sich nach Angaben des Deutschen Instituts für Urbanistik ein Instandhaltungsrückstau von 71 Mrd. Euro gebildet.

Auf Basis der Ergebnisse RealisBench 2009 ergibt sich bei den Nutzungskosten öffentlicher Gebäude (Verwaltung, Schule, Kinderbetreuung, Feuerwehr, Halle) Aumer zufolge ein hohes Einsparpotenzial von rund 45 Prozent. Rechnet man die Einsparpotenziale bei den Stromkosten für alle Schulen hoch, so können – konservativ betrachtet – rund 250 Mio. Euro pro Jahr eingespart werden. Die Ergebnisse von RealisBench erlauben auch eine Prognose des Einsparpotenzials beim Heizenergieverbrauch. Dieses beträgt im Jahr eine Milliarde Euro.

„Beim Gebäudemanagement heißt es also: Gut organisiert ist die halbe Miete“, betonte Aumer. Als Bausteine für eine Optimierung nannte er das Festlegen von Visionen und Zielen, die Analyse der Ist-Situation, die Definition der Bewirtschaftungsstrategie, das Festlegen von Maßnahmen (Soll-Konzept), die Priorisierung und Umsetzung der Maßnahmen und das Etablieren einer selbst lernenden Organisation.

Zu den Erfolgsfaktoren zählten die zentrale Verantwortung, ein optimaler Eigen-/Fremdleistungsmix, klare Strukturen und Prozesse, ein transparenter Datenhaushalt und eine sinnvolle IT-Lösung sowie ein effektives Controlling.

Die Energetische Optimierung von Immobilien erfordere eine ganzheitliche Betrachtung, fuhr der Vertriebsleiter fort. Sie sei eine Kombination aus den Handlungsfeldern bauliche Substanz, Anlagentechnik sowie Nutzerverhalten und Betrieb. Transparenz sei die Basis zum Erfolg. Es gelte, hierzu verschiedene Analyseinstrumente miteinander zu kombinieren. Dazu zählten die energetische Gebäudeanalyse, die Identifizierung im Rahmen der Wartung, regelmäßige Begehungen, der Vergleich der Objekt-Verbrauchsdaten, die Auswertung von Nutzermeldungen, der Einsatz von Gebäudeleitetchnik sowie spezieller Analysetechniken, z. B. Thermographie.

Als Beispiele für die Optimierung technischer Anlagen nannte Aumer den Austausch von Leuchtstoffröhren sowie die Umstellung der Klimaregelung im Netzwerk-Serverraum der BayernFM-Zentrale in München. Jährliche Einsparung: rund 45.000 Euro.

Wie Aumer abschließend hervorhob, führe die Zertifizierung einer Immobilie mit dem „Deutschen Gütesiegel Nachhaltiges Bauen“ zu einer ganzheitlichen Optimierung der Immobilie und ermögliche einen effizienten und kostengünstigen Gebäudebetrieb. Voraussetzung sei ein integraler Planungsprozess mit frühzeitiger Einbindung von FM-Spezialisten. Infos: www.bayernfm.de. □

zintechnik, Maschinenbau und Solar. Die SUXCEED Sales Evolution Group, der Nürnberger Spezialist für Vertriebs-Outsourcing, setzt seinen Wachstumskurs seit der Gründung 2003 unvermindert fort. Trotz schwieriger Wirtschaftslage konnte der Premiumdienstleister auch 2009 zulegen. Für das laufende Jahr plant er einen deutlichen Umsatzzuwachs von 20 %. Die Zahl der Beschäftigten soll um 50 auf insgesamt 200 Mitarbeiter steigen.

„Nachfolge“

In der Kategorie „Nachfolge“ gab es in diesem Jahr erneut zwei Preisträger. Aus Augsburg stammt die Brauerei Riegele. Sie steht für eine erfolgreiche Fortentwicklung eines mittelständischen Bier- und Getränke Spezialisten. Zu den 14 ganzjährigen Bierspezialitäten bietet das Brauhaus Riegele auch Marken im alkoholfreien Bereich. Als Vollsortimenter mit einer Vielzahl von Handelsmarken profitieren die Partner aus der Hotellerie oder Gastronomie vom ‚One-stop-shopping‘ und Serviceleistungen vom Getränkeautomaten bis zum Großevent. Heute macht das Brauhaus ca. 19 Mio. Euro Umsatz und beschäftigt knapp 100 Mitarbeiter. Als gleichberechtigter erster Sieger in der Kategorie „Nachfolge“ fungiert die Franz Anton Niedermayr Graphische Kunstanstalt GmbH & Co. KG aus Regensburg.



Für ihren jahrzehntelangen, vorbildlichen Einsatz in ihrem Unternehmen und ihr großherziges soziales Engagement wurde die Augsburger Verlegerin Ellinor Holland ausgezeichnet. □

Neupositionierung

Diese Firma hat ein alteingesessenes Unternehmen der Drucktechnik für das digitale Zeitalter umgerüstet und neu positioniert. Die neuen Angebote wurden exakt auf die Bedürfnisse wachstumsstarker Kunden angepasst.

Nach Investitionen von 50 Mio. Euro wurde aus dem handwerklich geprägten regional tätigen Druckbetrieb von 1989 ein bundesweit agierender, industriell produzierender Mediendienstleister mit Schwerpunkt Rollenoffset.

Kombination aus Dienstleistung und industrieller Produktion

Den Schwerpunkt der Produkte bilden Beilagen in Millionenhöhe und umfangreiche Katalogproduktionen. Die Kombination aus Dienstleistung und industrieller Produktion bringt den entscheidenden Wettbewerbsvorteil. Der Umsatz der Druckerei wuchs seit 1989 von 7 Mio. Euro im Jahr auf 60 Mio., der Bereich Neue Medien liegt zusätzlich bei 3 Mio. Euro. Auf 24.000 qm entstand eine neue Betriebsstätte mit 13.500 qm Produktionsfläche. Die maximale Tagesproduktion an Druckprodukten wuchs von 14 auf rund 280 Tonnen pro Tag.

Sonderpreise

Sonderpreise gingen an die Technologieregion Bayerischer Wald für die Entwicklung neuer High-Tech-Standorte sowie an die Augsburger Gesellschaft für Lehnbau, Bildung und Arbeit für integrative berufsbildende Qualifizierungsmaßnahmen.

Für ihr unternehmerisches Lebenswerk, den Erhalt des Familienunternehmens und ihr soziales Engagement ausgezeichnet wurde die Verlegerin und Herausgeberin der Augsburger Allgemeinen Ellinor Holland. □

Mit Gründungsdarlehen 5.000 neue Jobs finanziert

2009 haben die bayerischen Sparkassen für ca. 1.800 Existenzgründungen insgesamt 170 Mio. Euro an Gründungsdarlehen ausgereicht, betonte Vizepräsident Prof. Rudolf Faltermeier. Da mit einer Errichtung eines Unternehmens jeweils mehrere Arbeitsplätze geschaffen werden, ermöglichen die Initiativen der Gründer sowie die Kredite der Sparkassen etwa rund 5.000 neue Jobs.

Die Zahlen zur Vergabe von Neukrediten zeigten außerdem, so Faltermeier, dass es für Projekte mit einem durchgerechneten Geschäftsmodell keine Kreditklemme gebe. Im Jahresverlauf 2009 seien von den bayerischen Sparkassen gut 10,2 Milliarden Euro neue Kredite an Unternehmen und Selbstständige zugesagt worden. Dies entspricht einem Plus von 14 Prozent. Auch bei den Darlehensauszahlungen an Unternehmen und Selbstständige hätten die Sparkassen im vergangenen Jahr mit einem Plus von ca. 7 Prozent deutlich zugelegt. Insgesamt konnten die Unternehmen und Selbstständigen durch die bayerischen Sparkassen somit über 8,9 Milliarden Euro an neuen Kreditmitteln für Investitionen und Wachstum verfügen.

Die Entwicklung beim Neukredit für Unternehmen und Selbstständige setzt sich Faltermeier zufolge auch in diesem Jahr fort. So wurden in den ersten drei Monaten 2010 die kurz-, mittel- und langfristigen Darlehenszusagen an Unternehmen und Selbstständige um 18 % erhöht.

Der Bayerische Gründerpreis entstand aus dem 1997 ins Leben gerufenen StartUp-Wettbewerb für Existenzgründer. „Nicht die Konzeption allein entscheidet. Auch Wachstum, Aufstieg und Nachfolge wollen im ökonomischen Leben gut organisiert sein“, so der Vizepräsident. Deshalb sei aus dem „StartUp“-Gedanken der ersten Stunde ein umfassender, praxisorientierter Unternehmerpreis entwickelt worden.

Die Bundessieger des Deutschen Gründerpreises werden am 14. September 2010 in Berlin geehrt. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

Sonderdruck der Bayerischen Gemeindezeitung

Redaktion: Doris Kirchner

Fotos: Brigitte Aiblinger

Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Creo-Druck, Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg